

N i e d e r s c h r i f t

**der 54. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
30.04.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 21:16 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	ab 17:17 Uhr
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	ab 15:15 Uhr
Herr Roland Hildebrandt	CDU	ab 18:26 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	ab 14:37 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE	ab 14:10 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	ab 14:13 Uhr
Frau Birgit Leibrich	parteilos	bis 19:27 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	bis 19:16 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	ab 14:50 Uhr
Herr Rudenz Schramm	parteilos	ab 14:34 Uhr
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE	
Herr Robert Bonan	parteilos	bis 17:57 Uhr
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	bis 20:55 Uhr
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	bis 18:56 Uhr
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	bis 20:08 Uhr
Herr Gottfried Koehn	SPD	bis 18:56 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	ab 14:02 Uhr
Frau Beate Fleischer	FDP	
Herr Andreas Hajek	FDP	ab 15:00 Uhr bis 20:46 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	
Herr Martin Bauersfeld	parteilos	ab 14:42 Uhr bis 19:26 Uhr
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	bis 20:21 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 20:20 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 14:05 Uhr
Herr Olaf Sieber	parteilos	ab 14:05 Uhr
Herr Gerhard Pitsch	NPD	

Herr Egbert Geier
Frau Dr. Judith Marquardt
Herr Tobias Kogge
Herr Wolfram Neumann
Frau Sabine Ernst
Herr Oliver Paulsen
Herr Marco Schreyer
Frau Anja Schneider

Bürgermeister
Beigeordnete
Beigeordneter
Beigeordneter
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft
Herr Bertolt Marquardt
Herr René Trömel
Herr Dr. Mohamed Yousif
Herr Dietrich Strech
Herr Uwe Stäglin

parteilos
DIE LINKE
DIE LINKE
DIE LINKE
MitBÜRGER für Halle
Beigeordneter

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 54. Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Herr Mario Tacke zum Gerätehaus Freiwillige Feuerwehr Dölau

Herr Tacke stellte sich als Ortswehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Dölau vor. Er bedankte sich beim Stadtrat und der Stadtverwaltung für die Unterstützung bezüglich der Teilentwidmung der Flächen um das Gerätehaus Dölau, was eine Grundvoraussetzung darstelle, um ordentliche Verhältnisse im Gerätehaus für die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr zu schaffen.

Herr Hans-Joachim Berkes zum Brückenbau Merseburger Straße

Als Vertreter der Bürgerinitiative Umbau Knoten Rosengarten bezog sich **Herr Berkes** auf die Tagesordnungspunkte 7.5 – Neubau einer Eisenbahnbrücke über die Merseburger Straße und 8.2 – Verbesserung der verkehrlichen Leistungsfähigkeit der Merseburger Straße/Höhe Rosengartenbrücke und fragte an, ob auch in Zukunft ein leistungsfähiges Straßennetz mit optimalen Entwicklungschancen der Stadt Halle für die nächsten 50 – 80 Jahre gewollt sei.

Er appellierte daran, die wirtschaftliche Attraktivität der Stadt, mit der Vierspurigkeit der Merseburger Straße und dem erweiterten Brückenneubau durch die Deutsche Bahn AG zu erhalten. Mit großer Sorge sehe man die in Halle sehr oft umgesetzte Strategie, dass Straßen rückgebaut und die größeren Straßen auf Kleinstadtniveau herunter gebrochen werden.

Die Bürgerinitiative habe deshalb die Argumente der Bürgerinnen und Bürger zusammengetragen und diese dem Oberbürgermeister am 04. April 2014 übergeben.

Ebenso habe man sich mit der Argumentation der Stadtplaner auseinandergesetzt, wo behauptet wird, dass sich die Verkehrszahlen in der Merseburger Straße um die Hälfte halbiert hätten.

In diesem Zusammenhang berichtete Herr Berkes von einer in der Bunastraße veranlassten Verkehrszählung am 8. April 2014, bei welcher gleichzeitig die Merseburger Straße voll gesperrt war. Damit sei eine Verlässlichkeit der Zahlen nicht gegeben.

Auch die Behauptung, dass die Osttangente einmal den Verkehr nach Halle und Halle-Neustadt spürbar entlasten würde, könne nicht so gesehen werden. Seiner Meinung nach wollen die Verkehrsteilnehmer, die die Merseburger Straße befahren, in der Regel in die Innenstadt zur Arbeit.

Bezüglich der Argumentation der Verwaltung, dass die Erhaltung der Vierspurigkeit Millionen kosten würde, machte **Herr Berkes** auf eine schriftliche Aussage von Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, vom 11. Februar 2014 aufmerksam. Darin werde mitgeteilt, dass der Neubau 3,5 Mio. Euro kosten würde, mehrere Fördertöpfe zur Verfügung stehen und der städtische Anteil sich auf 0,5 Mio. Euro beziffern lässt.

Herr Berkes bat die Stadträte um eine sachliche Entscheidung im Sinne der Vorgabe des Planungsausschusses.

Herr Torsten Fritz zum Künstlerhaus 188 und Maßnahmen Saale-Elster-Radweg

In Bezug auf den Tagesordnungspunkt 6.15 – Inhaltliche Neuausrichtung und Umzug des Künstlerhaus 188 in die Märkerstraße, merkte **Herr Fritz** an, dass in der Beschlussvorlage von einem Vermögensverlust gesprochen werde, der dadurch ausgeglichen werden soll, dass die Kosten für die Umbaumaßnahme und den Umzug durch die HAVAG übernommen werden sollen.

Diese Aussage könne er nicht nachvollziehen und er bat um Erläuterungen, wo die Vermögensverluste auftauchen.

Desweiteren bezog sich **Herr Fritz** auf die Aussage im TOP 6.4, Anlage Tabelle 1, Nr. 275, in welcher der Elster-Radwanderweg im Abschnitt zwischen Elsterstraße und Georgi-Dimitroff-Straße mit einer Schadenshöhe von 182.000 Euro aufgeführt werde. Seiner Meinung nach habe der betreffende Abschnitt schon immer so ausgesehen und er bat um eine kurze Erläuterung dazu, wie eine Schadenssumme von 182.000 Euro entstanden sei.

Zur Anfrage bezüglich des Elster-Radwanderweges teilte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, mit, dass es sich bei der Vorlage um eine Nachmeldung an das Land handelt. Wenn es Fördermittel geben soll, werde der Schaden begutachtet und auf Grund des Gutachtens der Schaden durch das Land aus den Flutmitteln ersetzt.

Bei der Vermögensverlusten, wie in der Vorlage aufgeführt, habe man dargestellt, dass keine Vermögensverluste auftreten, weder für die Stadt noch für die HAVAG, weil durch den Abriss und die Investitionsmittel, die dann zur Verfügung gestellt werden, in ein anderes Gebäude der Stadt Halle investiert wird. Und wenn die Investition in ein anderes Gebäude der Stadt Halle erfolge, gäbe es auf der anderen Seite einen Vermögenszuwachs, genau in der Höhe der Investitionssumme. Somit gehe man heute davon aus, dass kein Vermögensschaden entstehen wird.

Auf die weitere Nachfrage von **Herrn Fritz** erklärte **Herr Beigeordneter Neumann**, dass der Vermögensverlust an der Stelle entsteht, wo das Gebäude abgerissen wird und die Investition an der anderen Stelle, im Druckereigebäude. Damit habe man dort einen Vermögenszuwachs, der sich ausgleicht und er gehe davon aus, dass es keinen Vermögensverlust geben wird.

Er erläuterte weiter, dass das Gebäude des Künstlerhauses 188 zwar einen gewissen Anlagewert habe, aber in dem Moment, wo das Gebäude abgerissen wird, gäbe es einen Vermögensverlust, den Buchwert. Insgesamt entstehe der Stadt Halle kein Schaden, weil es durch die Fördermittel und die Investitionen in das Druckereigebäude einen Zuwachs in den Buchwerten gäbe, was sich untereinander ausgleiche.

Frau Katrin Moeller zum Hochwasserschutz/Hochwasserbeirat

Frau Moeller bedankte sich bei den Stadträten und der Verwaltung dafür, sich für die Interessengemeinschaft Hochwasserschutz Altstadt und der Probleme des Hochwasserschutzes viel Zeit genommen zu haben.

Jetzt gäbe es viele Anträge und Ideen zum Hochwasserschutz und **Frau Moeller** bat darum, einen Hochwasserbeirat einzuberufen, unter Federführung der Stadtverwaltung und des Stadtrates. Der Beirat sollte mit Kompetenzen und Befugnissen ausgestattet werden, welche den Hochwasserschutz in der Stadt weiter voran bringen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte die Auffassung von Frau Moeller.

Man sei in der Verwaltung intensiv dabei, ein Hochwasserschutzkonzept zu entwickeln. In diesem Zusammenhang schlug **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** vor, nach Fertigstellung des Konzeptes in den nächsten Wochen eine intensive Bürgerbeteiligung durchzuführen. Ebenso wurde schon von einigen Stadträten die Mitwirkung im Hochwasserschutzbeirat signalisiert.

Weiter erklärte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass er einen Vorschlag zur Zusammensetzung des Hochwasserschutzbeirates in den Stadtrat einbringen wird.

Frau Janine Springer zur Grundschule Wolfgang Borchert

Frau Springer fragte nach dem Sachstand der Fusion der Grundschulen Wolfgang Borchert und Zollrain.

Desweiteren wolle sie wissen, inwiefern die Zustimmungskriterien der beiden Schulen eingearbeitet bzw. in den entsprechenden, dafür zuständigen Ausschüssen eingereicht und diskutiert worden sind.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte dazu mit, dass alle Kriterien im jetzigen Planungsstand des Schulentwicklungsplanes aufgenommen wurden. Nach abschließender Diskussion in der Verwaltung soll dazu im Bildungsausschluss ein Beschluss gefasst werden.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 54. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 43 Mitglieder des Stadtrates (76,79 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass die Vorlage zum Tagesordnungspunkt

6.1 Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12089

schon einmal im Finanzausschuss und im Hauptausschuss behandelt wurde. Da sie noch einmal in den Ausschüssen diskutiert werden soll, bat er um Abstimmung zur nochmaligen Verweisung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Damit wurde der nochmaligen Verweisung des TOP 6.1 einschließlich aller Änderungsanträge in den Finanzausschuss und in den Hauptausschuss zugestimmt.

Desweiteren sind nachfolgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.2 Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung
Vorlage: V/2013/12291
Wurde im Finanzausschuss vertagt.
- 6.7 Besetzung des Engagement-Beirates
Vorlage: V/2014/12691
Wurde im Hauptausschuss vertagt.
- 6.11 Bürgerhaushalt Vorschlag B-6 Radweg/Damm
Vorlage: V/2014/12459
Wurde von der Verwaltung im Planungsausschuss zurückgezogen.
- 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: V/2014/12388
Wurde im Hauptausschuss auf September 2014 vertagt.
- 7.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung von Klarnamen beim Bürgerhaushalt 2015
Vorlage: V/2014/12606
Wurde im Finanzausschuss vertagt.
- 7.10.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung eines Bürgerentscheids gegen die Konzessionsabgabe auf Trinkwasser in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12667
Wurde vom Antragsteller im Finanzausschuss zurückgezogen.

Herr Bartl informierte, dass folgende Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

- 8.20 Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zu Abschlagszahlungen für flutgeschädigte Vereine
Vorlage: V/2014/12769

Herr Müller, CDU-Fraktion, begründete die Dringlichkeit damit, dass den Vereinen schnell geholfen werden müsse, damit diese für die Maßnahmen zur Schadensbeseitigung durch das Hochwasser nicht in wirtschaftliche Probleme geraten.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: **mit mehr als 2/3-Mehrheit einstimmig zugestimmt**
Vorlage: V/2014/12769

Damit wird die Dringlichkeitsvorlage unter dem Tagesordnungspunkt 8.20 behandelt.

Herr Bartl informierte, dass nachfolgende Änderungen bzw. Ergänzungen auf die Tagesordnung zu setzen sind:

- 6.16 Bürgerhaushalt Vorschlag B-72 Heizung in städtischen Gebäuden
Vorlage: V/2014/12550
Hier liegen redaktionelle Änderungen im Beschlussvorschlag vor.
- 6.17 Bürgerhaushalt Vorschlag B-48 Energiesparen in öffentlichen Gebäuden
Vorlage: V/2014/12549
Hier liegen redaktionelle Änderungen im Beschlussvorschlag vor.
- 7.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Bekämpfung von Armut im Alter
Vorlage: V/2013/12098
Hierzu liegt noch ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor.
- 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Zweckbestimmung kommunaler Unternehmen
Vorlage: V/2013/12283
Hierzu wurde der Beschlussvorschlag geändert.
- 7.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung eines Bürgerentscheids gegen die Konzessionsabgabe auf Trinkwasser in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12615
Hierzu wurden Änderungen im Antrag vorgenommen.
- 8.1 Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Zukunft des Stadtbads
Vorlage: V/2014/12680
Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor.
- 8.3 Antrag der CDU-Fraktion zur Bewirtschaftung der Saale-Talsperren
Vorlage: V/2014/12710
Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor.
- 8.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu urbanes Gärtnern in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12746
Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor.
- 8.14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass
Vorlage: V/2014/12741
Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor.
- 8.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Information über städtische Baumfällungen und Neupflanzungen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2014/12752
Hierzu wurde eine neue Stellungnahme verteilt.

- 8.17 Antrag des Stadtrates Olaf Sieber zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und zur Einstellung des Aufstellungsverfahrens des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 162 "Dölau, Wohngebiet am Heideweg"
Vorlage: V/2014/12601
Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor.
- 10.2 Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse
Vorlage: V/2014/12532
Hierzu wurde die Anlage 5 ausgetauscht.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte darüber, dass es zum TOP

- 7.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Thema Wirtschaftsförderung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12622

im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung eine Fachdiskussion gab und der Antrag noch einmal diskutiert und deshalb auf die nächste Stadtratssitzung vertagt werden soll.

Zum Antrag

- 8.1 Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Zukunft des Stadtbads
Vorlage: V/2014/12680

machte **Herr Wolter** darauf aufmerksam, dass der Änderungsantrag

- 8.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag zur Zukunft des Stadtbads (V/2014/12680)
Vorlage: V/2014/12768

übernommen wurde und deshalb nicht noch einmal behandelt werden müsse.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte darüber, dass die Vorlage zum TOP

- 6.15 Inhaltliche Neuausrichtung und Umzug des Künstlerhaus 188 e.V. in Räume des ehemaligen Druckereigebäudes Große Märkerstraße 10 / Kleine Märkerstraße 7
Vorlage: V/2014/12592

aus Sicht seiner Fraktion nachzubessern sei. Das Landesverwaltungsamt, die Obere Denkmalbehörde, habe noch nicht über den Abriss des Künstlerhauses 188 entschieden und ein Beschluss würde dem vorgreifen. Seine Fraktion halte eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt für nicht gerechtfertigt.

Aus diesem Grund bat er um Vertagung auf die nächste Stadtratssitzung.

In Bezug auf den Umzug des Künstlerhaus 188 e.V. teilte **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, mit, dass bis Ende April 2014 ein Beschluss gefasst sein muss, damit der Zeitplan eingehalten werden kann. Auch sei die Beschlussvorlage vorbehaltlich der Genehmigung des Abrisses.

Herr Bartl bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Vertagung des TOP 6.15.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

15-Ja-Stimmen

21-Nein-Stimmen

8 Enthaltungen

Damit verbleibt die Vorlage

6.15 Inhaltliche Neuausrichtung und Umzug des Künstlerhaus 188 e.V. in Räume des ehemaligen Druckereigebäudes Große Märkerstraße 10 / Kleine Märkerstraße 7
Vorlage: V/2014/12592

auf der Tagesordnung.

Auf Nachfrage von **Herrn Knöchel, Fraktion DIE LINKE**, teilten **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, und **Herr Bürgermeister Geier** übereinstimmend mit, dass die Kämmerei in der letzten Sitzung des Finanzausschusses zugesagt habe, eine finanzielle Darstellung bis zur nächsten Finanzausschusssitzung vorzubereiten. Die heutige Beschlussvorlage beziehe sich jedoch nur auf den Umzug des Künstlerhauses 188.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, machte deutlich, dass die Vorlage die Bemerkung enthalte, dass es keine finanziellen Auswirkungen im Haushalt gäbe. Er merkte weiter an, dass in der letzten Finanzausschusssitzung von Herrn Knöchel darauf hingewiesen wurde, dass es finanzielle Auswirkungen gäbe, welche auch darzustellen sind. Seiner Meinung nach wurde dies von der Verwaltung bis zum heutigen Stadtrat zugesagt.

Wenn heute keine Information diesbezüglich vorliegt, müsse seine Fraktion die Vorlage ablehnen.

Im Namen seiner Fraktion regte **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, an, den Tagesordnungspunkt

8.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Verbesserung der verkehrlichen Leistungsfähigkeit der Merseburger Straße/Höhe Rosengartenbrücken
Vorlage: V/2014/12587

gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt

7.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Neubau einer Eisenbahnbrücke über die Merseburger Straße
Vorlage: V/2014/12565

zu behandeln.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 26.03.2014
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.03.2014
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
 - 6.1 *Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2013/12089 vertagt
 - 6.1.1 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2014/12422 vertagt
 - 6.1.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale); Vorlagen-Nummer V/2013/12089*
Vorlage: V/2014/12421 vertagt
 - 6.1.3 *Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)" - V/2013/12089*
Vorlage: V/2014/12579 vertagt
 - 6.1.4 *Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Vorlage: - Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: V/2013/12089*
Vorlage: V/2014/12698 vertagt
 - 6.2 *Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung*
Vorlage: V/2013/12291 vertagt
 - 6.2.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung (V/2013/12291)*
Vorlage: V/2014/12767 vertagt
 - 6.3 *Änderung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis*
Vorlage: V/2014/12576
 - 6.4 *Nachmeldungen zum Maßnahmeplan der Stadt Halle vom 11.09.2013 für Investitionen nach dem Hochwasser 2013*
Vorlage: V/2014/12720
 - 6.5 *Beschluss zur Höhe der Schadensmeldung von Fördermitteln nach der Richtlinie Hochwasser bei der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt zur Schadensbeseitigung bei der Sportinfrastruktur der Stadt Halle (Saale)*

- Vorlage: V/2014/12722
- 6.6 Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung im Haushaltsjahr 2013
Vorlage: V/2014/12655
- 6.7 *Besetzung des Engagement-Beirates*
Vorlage: V/2014/12691 *vertagt*
- 6.8 Stadtbahnprogramm Halle Verknüpfungspunkt Veszpremer Straße/Durchbindung
Schleife Südstadt Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2013/12333
- 6.8.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
„Stadtbahnprogramm Halle - Verknüpfungspunkt Veszpremer Straße/Durchbindung
Schleife Südstadt Gestaltungsbeschluss“ (Vorlage V/2013/12333)
Vorlage: V/2014/12735
- 6.9 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 165 "Nahversorgungszentrum Hubertusplatz" -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2013/12243
- 6.10 Bürgerhaushalt Vorschlag B-2 Patenschaften für Grünflächen
Vorlage: V/2014/12458
- 6.11 *Bürgerhaushalt Vorschlag B-6 Radweg/Damm*
Vorlage: V/2014/12459 *abgesetzt*
- 6.12 Vorbereitung der Abfallsatzungen 2015
Vorlage: V/2014/12545
- 6.12.1 Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch (CDU) zur Beschlussvorlage -
Vorberatung der Abfallsatzungen 2015 - Vorlagen-Nr.: V/2014/12545
Vorlage: V/2014/12758
- 6.13 Beabsichtigte Einziehung von Teilflächen der Straßen Am Brunnen und Am Hügel,
gelegen am Grundstück Am Brunnen 6 (Freiwillige Feuerwehr Dölau)
Vorlage: V/2014/12574
- 6.14 Ergänzung des Baubeschlusses: Bau eines Radweges in der Kröllwitzer Straße,
Beschluss Nr. V/2012/11215 vom 12.12.2012, Grundsatzbeschlusses V/2011/ 09498 vom
31.01.2011
Vorlage: V/2014/12636
- 6.15 Inhaltliche Neuausrichtung und Umzug des Künstlerhaus 188 e.V. in Räume des
ehemaligen Druckereigebäudes Große Märkerstraße 10 / Kleine Märkerstraße 7
Vorlage: V/2014/12592
- 6.16 Bürgerhaushalt Vorschlag B-72 Heizung in städtischen Gebäuden
Vorlage: V/2014/12550
- 6.17 Bürgerhaushalt Vorschlag B-48 Energiesparen in öffentlichen Gebäuden
Vorlage: V/2014/12549
- 6.18 Konzeption zu Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12756

- 7. Wiedervorlage
- 7.1 Antrag der Stadträte Andreas Schachtschneider und Raik Müller (beide CDU-Fraktion) zur standardisierten Prüfung des Neustädter Zentrums bei Neubauvorhaben
Vorlage: V/2014/12460
- 7.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Bekämpfung von Armut im Alter
Vorlage: V/2013/12098
- 7.2.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Bekämpfung von Armut im Alter
Vorlage: V/2014/12785
- 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abstimmung von Marketingaktivitäten in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12272
- 7.4 *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Hauptsatzung*
Vorlage: V/2014/12388 *vertagt*
- 7.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Neubau einer Eisenbahnbrücke über die Merseburger Straße
Vorlage: V/2014/12565
- 7.6 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung von Klarnamen beim Bürgerhaushalt 2015*
Vorlage: V/2014/12606 *vertagt*
- 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Zweckbestimmung kommunaler Unternehmen
Vorlage: V/2013/12283
- 7.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu Spontanpartys
Vorlage: V/2014/12475
- 7.9 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Unterhaltungsverband "Untere Saale"
Vorlage: V/2014/12476
- 7.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung eines Bürgerentscheids gegen die Konzessionsabgabe auf Trinkwasser in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12615
- 7.10.1 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung eines Bürgerentscheids gegen die Konzessionsabgabe auf Trinkwasser in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2014/12667 *abgesetzt*
- 7.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Entwicklung eines Konzepts der Wirtschaftsförderung
Vorlage: V/2014/12614
- 7.12 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Thema Wirtschaftsförderung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale)*

- Vorlage: V/2014/12622 *vertagt*
- 7.13 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erläuterungen zum Haushaltsplan 2015
Vorlage: V/2014/12398
- erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters -
- 7.14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu temporären Aufwertungsmaßnahmen am Saaleufer im Sommer 2014
Vorlage: V/2014/12611
- 7.15 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sauberkeit des Hufeisenseegeländes
Vorlage: V/2014/12504
- 7.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Bebauungsplans für den Riebeckplatz
Vorlage: V/2014/12507
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Zukunft des Stadtbads
Vorlage: V/2014/12680
- 8.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag zur Zukunft des Stadtbads (V/2014/12680)
Vorlage: V/2014/12768
- 8.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Verbesserung der verkehrlichen Leistungsfähigkeit der Merseburger Straße/Höhe Rosengartenbrücken
Vorlage: V/2014/12587
- 8.3 Antrag der CDU-Fraktion zur Bewirtschaftung der Saale-Talsperren
Vorlage: V/2014/12710
- 8.3.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der CDU-Fraktion zur Bewirtschaftung der Saale-Talsperren
Vorlage: V/2014/12786
- 8.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Kurzdarstellung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes
Vorlage: V/2014/12711
- 8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Anpassung der Halleschen Sortimentsliste
Vorlage: V/2014/12712
- 8.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum gemeinsamen Internetauftritt der Kreisvolkshochschule Saalekreis und der Volkshochschule „Adolf Reichwein“ Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12603
- erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters -
- 8.7 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für die Katzenkastration

Vorlage: V/2014/12728

- 8.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Cinemaxx-Kinos im Charlottencenter
Vorlage: V/2014/12717
- 8.9 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Kommunalwahl am 25.05.2014
Vorlage: V/2014/12718
- 8.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Gestaltungsbeirat der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12725
- 8.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum künftigen Standort der Eissporthalle und dem Verlauf des Hochwasserschutzdeiches
Vorlage: V/2014/12736
- 8.11.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum künftigen Standort der Eissporthalle und dem Verlauf des Hochwasserschutzdeiches (V/2014/12736)
Vorlage: V/2014/12787
- 8.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu urbanes Gärtnern in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12746
- 8.12.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu urbanes Gärtnern in der Stadt Halle (Saale) (V/2014/12746)
Vorlage: V/2014/12789
- 8.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Analyse über die Leistungsfähigkeit der Saalesparkasse
Vorlage: V/2014/12753
- 8.14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass
Vorlage: V/2014/12741
- 8.14.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass (Vorlagen-Nr.: V/2014/12741)
Vorlage: V/2014/12790
- 8.15 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt von Turnhalle und Nebengebäude des Künstlerhauses 188
Vorlage: V/2014/12748
- 8.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Information über städtische Baumfällungen und Neupflanzungen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2014/12752
- 8.17 Antrag des Stadtrates Olaf Sieber zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und zur Einstellung des Aufstellungsverfahrens des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 162 "Dölau, Wohngebiet am Heideweg"
Vorlage: V/2014/12601

- 8.17.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag des Stadtrates Olaf Sieber zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und zur Einstellung des Aufstellungsverfahrens des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 162 „Dörlau, Wohngebiet am Heideweg“ (Vorlage V/2014/12601)
Vorlage: V/2014/12738
- 8.18 Antrag des Stadtrats Olaf Sieber zum Bau des neuen Deiches am Gimritzer Damm
Vorlage: V/2014/12696
- 8.19 Antrag des Stadtrats Olaf Sieber zum verbesserten Hochwasserschutz für Altstadtbereiche Halles
Vorlage: V/2014/12697
- 8.20 Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zu Abschlagszahlungen für flutgeschädigte Vereine
Vorlage: V/2014/12769
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage der CDU-Fraktion zur Nutzerfreundlichkeit öffentlicher Toiletten in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12706
- 9.2 Anfrage der CDU-Fraktion zum Stellenplanentwurf
Vorlage: V/2014/12707
- 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Kaimauer am MMZ
Vorlage: V/2014/12709
- 9.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Umgang mit gebietsfremden, allergische Reaktionen auslösenden Pflanzen im öffentlichen Raum
Vorlage: V/2014/12719
- 9.5 Anfrage des Stadtrates Lothar Dieringer (CDU) zum KfW Förderprodukt 201
Vorlage: V/2014/12684
- 9.6 Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU) zum Gasthof „Hubertus“ in der Dörlauer Heide
Vorlage: V/2014/12683
- 9.7 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) zur ehemaligen „Garnisonskirche“ im Wohngebiet Heide-Süd
Vorlage: V/2014/12729
- 9.8 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) zum Genehmigungsverfahren für den Bau einer Pyrolyse-Anlage am Hafen Trotha
Vorlage: V/2014/12723
- 9.9 Anfrage der Stadträtinnen Ute Haupt (DIE LINKE), Sabine Wolff (NEUES FORUM) und des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Situation der Leitungsarbeit in Kindertagesstätten
Vorlage: V/2014/12716
- 9.10 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE) zur Belästigung der Tauben in der Neustädter Passage

Vorlage: V/2014/12742

- 9.11 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE) zum Gelände um den Bruchsee
Vorlage: V/2014/12743
- 9.12 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Zukunft der Garagengemeinschaften am Standort Halle-Neustadt
Vorlage: V/2014/12730
- 9.13 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Ampelanlage Paul-Suhr-Straße / Südstadtring
Vorlage: V/2014/12732
- 9.14 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Anzahl geschlossener Verträge der sogenannten Feuerwehr-Rente
Vorlage: V/2014/12733
- 9.15 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bearbeitungszeit des Elterngeldes
Vorlage: V/2014/12734
- 9.16 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Anlieferzone in der Kleinen Steinstraße
Vorlage: V/2014/12737
- 9.17 Anfrage der Stadträtin Hanna Haupt (SPD-Stadtratsfraktion) zur Immobilie des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes
Vorlage: V/2014/12597
- 9.18 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Sportareal Robert-Koch-Straße
Vorlage: V/2014/12724
- 9.19 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur mehrjährigen Nutzung des Eiszeltens
Vorlage: V/2014/12740
- 9.20 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zum ausstehenden Konzept der Städtepartnerschaften (V/2013/12375)
Vorlage: V/2014/12744
- 9.21 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zu der Nutzung von Recyclingpapier an kommunalen Schulen
Vorlage: V/2014/12745
- 9.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Barrierefreiheit von Haltestellen
Vorlage: V/2014/12727
- 9.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Parkraumsituation im Paulusviertel und der Möglichkeit der Einrichtung von Bewohnerparken
Vorlage: V/2014/12731
- 9.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Halle-Pass (G)
Vorlage: V/2014/12739
- 9.25 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Schullaufbahnpfehlungen

- Vorlage: V/2014/12747
- 9.26 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum geplanten Verwaltungsstandort am Riebeckplatz
Vorlage: V/2014/12749
- 9.27 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gewässerunterhaltung in Halle
Vorlage: V/2014/12750
- 9.28 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Baumfällungen und Baumpflanzungen im Stadtgebiet im Jahr 2013
Vorlage: V/2014/12751
- 9.29 Anfrage des Stadtrats Olaf Sieber betreffs eines Urteils zum Sponsoring
Vorlage: V/2014/12754
10. Mitteilungen
- 10.1 Indikatorenbericht für Migration und Integration der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12488
- 10.2 Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse
Vorlage: V/2014/12532
- 10.3 Umsetzung des Grundsatzbeschlusses Papierlose Ratsarbeit
Vorlage: V/2013/12267
- 10.4 Informationsvorlage zur Übertragung der Ratssitzungen im Internet (Live-Stream)
Vorlage: V/2014/12417
- 10.5 Information zur Vorgehensweise der Einbindung und Information beim Zustandekommen städtebaulicher Verträge im Rahmen der Bauleitplanung
Vorlage: V/2014/12544
- 10.6 Turnusmäßige projektorientierte Berichterstattung des FB Bauen
Statusberichte für die Bauprojekte Radweg Kröllwitz, Haupterschließungsstraße 4. Abschnitt, Gewerbegebiete Halle-Ost sowie Endberichte zu den Vorhaben BW 28 Brücke Carl-Robert-Straße, BW 34/35 Brücken über Riebeckplatz
Vorlage: V/2014/12631
- 10.7 Informationsvorlage zum Konzept für ein Kinderbetreuungsangebot für Stadtrats- und Ausschussmitglieder
Vorlage: V/2014/12757
- 10.8 Mitteilungen zu personalwirtschaftlichen Maßnahmen
11. mündliche Anfragen von Stadträten
12. Anregungen
- 12.1 Anregung der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12713

13. Anträge auf Akteneinsicht

13.1 Antrag auf Akteneinsicht der SPD-Stadtratsfraktion in Unterlagen zu Einstellungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 26.03.2014

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 53. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 26.03.2014.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.03.2014

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über folgende in der Stadtratssitzung am 26.03.2014 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse:

zu 4.1 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im Haushaltsjahr 2014 Vorlage: V/2014/12564

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die haushaltsneutrale Umschuldung in Höhe von 4.577.101 Euro im Haushaltsjahr 2014.

zu 4.2 Neue Angebote der Schülerbeförderung Vorlage: V/2013/12158

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt im Vorgriff auf die Haushaltsplanaufstellung die Bereitstellung der finanziellen Mittel in Höhe von insgesamt 9.569.300 € für den Geltungszeitraum Schuljahr 2014/15 bis 2018/19 zur Absicherung der Schülerbeförderung und der Unterrichtsfahrten durch die HAVAG gemäß vorliegenden Vertrag. (Anlage 1)
2. Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister den vorliegenden Vertrag (Anlage 1) zur Absicherung der Schülerbeförderung und der Unterrichtsfahrten durch die HAVAG für den Geltungszeitraum Schuljahr 2014/15 bis 2018/19 mit einem Gesamtwertumfang von 9.569.300 € zu unterzeichnen.
3. Der Stadtrat nimmt die neuen Angebote der HAVAG zur Schülerbeförderung zur Kenntnis.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete, dass derzeit ein Hochwasserschutzkonzept in der Verwaltung erarbeitet wird. Es sei vorgesehen, die Beschlussfassung dazu und zu einem Hochwasserschutzbeirat im Stadtrat vorzunehmen.

Es gäbe auch von Seiten der Stadträte Interesse, in diesem Beirat mitzuarbeiten. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** werde in der nächsten Stadtratssitzung seine Vorschläge in Form einer Beschlussvorlage einbringen.

In Bezug auf das Talsperrenmanagement habe sich federführend der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt bereiterklärt, die Koordination komplett für alle Städte zu übernehmen.

Zur Problematik der sogenannten Eigenfürsorge teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass immer wieder diskutiert werde, ob private Hauseigentümer die Möglichkeit hätten, über öffentliche Mittel ihr Haus vor Hochwasser zu schützen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte weiterhin mit, dass als Vertreter des Konzerns Stadt Herr Johannemann aus dem Fachbereich Umwelt und Herr Prof. Dr. Krause, Geschäftsführer der Stadtwerke, die Stadt in allen Hochwasser-Gremien vertreten..

Zur Theater, Oper und Orchester GmbH informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über weitere Verhandlungen in dieser Woche. Dabei wurden auf Arbeitsebene Gespräche im Hinblick auf Zuschauerzahlen und auf die Erlöserzielung in den einzelnen Sparten der GmbH geführt.

Laut Aussage von Herrn Kultusminister Dorgerloh soll in den nächsten Tagen der Vertrag der Verwaltung zugehen, über welchen dann im Stadtrat entschieden werde.

In diesem Zusammenhang macht **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** deutlich, dass er sehr darauf achte, was in Dessau passiert. Diesbezüglich werde es auch noch Stellungnahmen von Seiten der Landesregierung geben.

Bezüglich des Mitteldeutschen Multimediazentrums (MMZ) wurde in der Aufsichtsratssitzung ein Projektzeitplan aktualisiert. Zurzeit werden ein Variantenvergleich und die Ausschreibung der einzelnen Stufen erarbeitet. Die letzte bauliche Umsetzung soll von Januar 2016 bis Dezember 2017 erfolgen. Man rechne mit der vollständigen Umsetzung sämtlicher Maßnahmen im Januar 2018.

Weiterhin betonte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die Kaimauer am MMZ eine bedeutende Rolle spiele. Diese sei nicht nur auf der Seite des MMZ, sondern auch auf der gegenüberliegenden Seite baufällig und gefährdet, so dass diese Maßnahmen parallel vorgenommen werden müssen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte noch einmal darauf aufmerksam, dass ein umfassender Hochwasserschutz des MMZ nicht möglich sei. Ab einem bestimmten Pegelstand müsse es zu einer Flutung des Kellers kommen. Jedoch sollen die Umbaumaßnahmen so dargestellt werden, dass dann keine Technik oder ähnliches betroffen ist.

Mit Blick auf den Star Park teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass von den 250 Hektar ca. 12,5 Hektar verkauft sind. Dies entspreche nicht den Erwartungen und er

Da er keine Information dazu finden konnte, dass der Verein bisher Tennis betrieben bzw. eine eigene Sportstätte dafür hatte, bat **Herr Kley** um eine Erklärung, wie die Flut dazu führen könne, dass dort jetzt eine eigene Sportstätte errichtet wird, die seines Wissens vorher nicht bestand.

Nach Aussage von **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, handelt es sich um eine Pachtanlage der Stadt und sie bot an, in die vorliegenden Unterlagen Einsicht nehmen zu können. Es liege ein Schadensgutachten in Höhe von 176.000 Euro vor, welches den Schaden auf diesem Platz untersetze.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die begutachteten Schadenshöhen im Bereich der sportlichen Infrastruktur des Geschäftsbereiches Kultur und Sport zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013.

Hierbei ist die ermittelte Schadenshöhe von insgesamt 1.385.200 € für diese aufgelisteten Maßnahmen (Nr. 022, 038, 046 und 128) als Investitionsobergrenze zu berücksichtigen. (Erhöhung der Schadenssumme um 596.200 €, Vergleiche Tabelle 2)

**zu 6.6 Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung im Haushaltsjahr 2013
Vorlage: V/2014/12655**

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE, fragte an, wie sich die Entwicklung der Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung in diesem Jahr vollzieht und ob man mit den Haushaltsansätzen auskomme.

Dazu teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass eine Auswertung der Entwicklung der Ausgaben quartalsmäßig und nach der Sommerpause monatlich erfolge. Im Moment sei alles im grünen Bereich.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Aufwendung für das Haushaltsjahr 2013 für Verbindlichkeiten gegenüber anderen öffentlichen Jugendhilfeträgern für die Produkte:

1.36303/ 1.36304 und 1.36307 Hilfen zur Erziehung
Sachkonten 53310200 und 53320200 Leistungen der Jugendhilfe in und außerhalb von Einrichtungen in Höhe von **718.600 Euro**.

Die Deckung erfolgt aus dem Produkt:
1.36303 Hilfe zur Erziehung für Minderjährige
Sachkonto 42210100 Kostenbeiträge und Aufwandsersatz in Höhe von **718.600 Euro**.

zu 6.8 Stadtbahnprogramm Halle Verknüpfungspunkt Veszpremer Straße/Durchbindung Schleife Südstadt Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2013/12333

zu 6.8.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Stadtbahnprogramm Halle - Verknüpfungspunkt Veszpremer Straße/Durchbindung Schleife Südstadt Gestaltungsbeschluss“ (Vorlage V/2013/12333)
Vorlage: V/2014/12735

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte darauf aufmerksam, dass in der Vorlage keine Radabstellanlagen vorgesehen sind. Mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion soll die Schaffung geeigneter Radabstellanlagen in der weiteren Planung berücksichtigt werden.

zu 6.8.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Stadtbahnprogramm Halle - Verknüpfungspunkt Veszpremer Straße/Durchbindung Schleife Südstadt Gestaltungsbeschluss“ (Vorlage V/2013/12333)
Vorlage: V/2014/12735

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Text ergänzt:

Die Schaffung geeigneter und ausreichender Radabstellanlagen am Verknüpfungspunkt Veszpremer Straße wird in der weiteren Planung mit berücksichtigt. Entsprechende Flächen sind in der Planung zu reservieren. Dem Stadtrat wird im 4. Quartal 2014 ein Finanzierungskonzept für deren Realisierung vorgelegt.

zu 6.8 Stadtbahnprogramm Halle Verknüpfungspunkt Veszpremer Straße/Durchbindung Schleife Südstadt Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2013/12333

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Die Vorzugsvariante der Vorplanung einschließlich der Gestaltungsprinzipien zum Verknüpfungspunkt Veszpremer Straße/Durchbindung Schleife Südstadt wird bestätigt.

Die Schaffung geeigneter und ausreichender Radabstellanlagen am Verknüpfungspunkt Veszpremer Straße wird in der weiteren Planung mit berücksichtigt.

Liter im 4wöchentlichen Rhythmus“ in den neuen Abfallsatzungen 2015 als zusätzliche Option umsetzt.

zu 6.12 Vorbereitung der Abfallsatzungen 2015
Vorlage: V/2014/12545

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat ~~stimmt zu~~ **nimmt zur Kenntnis**, dass bei der Abfallentsorgung in der Stadt Halle (Saale) ein Identsystem zur Behältererkennung eingeführt wird.
2. Der Stadtrat stimmt zu, dass die Stadtverwaltung als Alternative zur nicht mehr zulässigen „pauschalen“ Halbierung der Restmüllgebühr für die kleinstveranlagten Wohngrundstücke zunächst die Variante „Entsorgung der kleinsten Restmülltonne 60 Liter im 4wöchentlichen Rhythmus“ in den neuen Abfallsatzungen 2015 als zusätzliche Option umsetzt.

zu 6.13 Beabsichtigte Einziehung von Teilflächen der Straßen Am Brunnen und Am Hügel, gelegen am Grundstück Am Brunnen 6 (Freiwillige Feuerwehr Dörlau)
Vorlage: V/2014/12574

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die beabsichtigte Einziehung von Teilflächen der Straßen Am Brunnen und Am Hügel nach § 8 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA).
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

zu 6.14 Ergänzung des Baubeschlusses: Bau eines Radweges in der Kröllwitzer Straße, Beschluss Nr. V/2012/11215 vom 12.12.2012, Grundsatzbeschlusses V/2011/ 09498 vom 31.01.2011
Vorlage: V/2014/12636

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Ergänzung des Baubeschlusses für die Maßnahme Radweg Kröllwitzer Straße mit der Erhöhung der Kosten um 261.500 €.

zu 6.15 Inhaltliche Neuausrichtung und Umzug des Künstlerhaus 188 e.V. in Räume des ehemaligen Druckereigebäudes Große Märkerstraße 10/Kleine Märkerstraße 7
Vorlage: V/2014/12592

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde zu den Aussagen von Herrn Bürgermeister Geier und Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte noch einmal auf seine Ausführungen bei der Feststellung zur Tagesordnung zur Problematik der Vorlage aufmerksam.

Seiner Meinung nach reiche der Platz im Stadtmuseum nicht aus, um die umfängliche Nutzung, die im Künstlerhaus 188 stattgefunden habe, vollständig zu übernehmen. Teilweise werden die Werkstätten umziehen, das erfolgreiche Projekt Künstler im Handwerk und es werde ein Verbandsbüro geben. Darüber hinaus eine Mischfläche für Ausstellungen, welche sowohl vom Stadtmuseum als auch vom Künstlerhaus 188 genutzt werden soll, was sich eventuell förderschädlich auswirken könnte.

Da sich die nutzbare Fläche des Stadtmuseums drastisch verringere, stelle dies außerdem eine starke Einschränkung des Betriebes des Stadtmuseums dar-

Desweiteren machte Herr Feigl deutlich, dass Hauptkritik seiner Fraktion die finanziellen Auswirkungen sind, die sich in der Vorlage in keiner Weise abbilden. Dies seien hauptsächlich die finanziellen Auswirkungen für die Nutzer des ehemaligen Künstlerhauses 188, welche nicht dargestellt werden. Auch gäbe es keine Aufschlüsselung der Miet- sowie der Betriebskosten.

Herr Feigl führte weiterhin aus, dass einige Stadträte die Hoffnung hätten, dass durch den Umzug die Kosten für die freien Träger, die ins Künstlerhaus 188 geflossen sind, stark verringert werden, was sich aber in der Vorlage nicht abzeichnet und nicht dargestellt wird.

Auch aus diesem Grund sei die Vorlage nicht qualifiziert genug, um eine solch weitreichende Entscheidung treffen zu können und er empfahl die Ablehnung der Vorlage.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte darauf aufmerksam, dass es sich um eine Informationsvorlage handelt und diese jetzt nur zur Kenntnis genommen werde.

Seine Fraktion habe dem Abriss des Künstlerhauses 188 nicht zugestimmt und sehe sich darin bestätigt, dass hier Mehrkosten entstehen werden. Sie lehnen die Vorlage auch deshalb ab und möchten darüber diskutieren, da die Verwaltung die Summe von ca. 1,4 Mio. Euro für den Umzug über eine Entschädigungszahlung aus dem Förderprogramm des Bundes und durch Eigenmittel in Höhe von 300.000 Euro der HAVAG realisieren möchte.

Desweiteren führte **Herr Wolter** aus, dass seine Fraktion es nicht für sinnvoll ansehe, den Träger in das Stadtmuseum einzufügen und ihn nicht selbständig an einer anderen Stelle der Stadt unterzubringen, wenn es zu einem Abriss kommen sollte.

Auch gäbe es noch kein Szenario für den Abriss und **Herr Wolter** äußerte seine Kritik dahingehend, dass die finanziellen Auswirkungen noch nicht dargestellt worden sind. Seine

Fraktion werde die Vorlage ablehnen.

Zum gleichen Thema führte **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE**, an, dass die finanziellen Auswirkungen in der Vorlage so aufgeführt seien, als lägen sie bei Dritten. Auch wurde im Finanzausschuss schon nachgefragt, mit welchem Wert die Grundstücksteile, welche mit 1,1 Mio. Euro entschädigt werden, in den Büchern der Stadt stehen. Wenn der Verkehrswert den Buchwert darstelle, gäbe es keine Auswirkungen und wenn nicht, hätte die Stadt einen Ertrag oder einen Aufwand.

Weiterhin fragte **Herr Knöchel** nach der Entschädigung von der HAVAG für die Gebäude und ob die Stadt die Sanierung des Druckereigebäudes bei der HAVAG kaufe. Dabei stelle sich die Frage, ob die HAVAG dies für 1,4 Mio. Euro herstelle oder die Stadt 863.000 Euro dafür ausbebe. Auch könne seiner Auffassung nach die HAVAG nicht Bauträger für die Stadt sein.

Herr Knöchel machte weiterhin deutlich, dass bei einer neutral verlaufenden Entschädigung 863.000 Euro haushaltswirksam wären. Dazu wäre es notwendig, die mittelfristige Finanzplanung anzupassen, denn auch hier würden sich bei der HAVAG Erträge bzw. Aufwendungen verändern, da die HAVAG als Zuschussunternehmen einen Betriebskostenzuschuss von der Stadt bzw. von einem dritten Unternehmen bekommt. Diese Fragen müssten im Vorfeld geklärt werden.

Herr Knöchel merkte an, dass man der Vorlage nur zustimmen könne, wenn darauf verwiesen werde, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, dem Stadtrat eine Aufstellung der entstehenden Aufwendungen und Erträge vorzulegen.

Bezüglich der Vorlage machte **Herr Kley, FDP-Fraktion**, darauf aufmerksam, dass mit einer Zustimmung beschlossen wird, den Umzug des Künstlerhauses 188 und die Herrichtung der Räume im Stadtmuseum zu bestätigen. Damit werde ein Baubeschluss vorgelegt, ohne die realen Kosten aufzuführen.

Desweiteren stelle sich für ihn die Frage, wie man den Bereich der Kulturförderung weiter fortsetzen möchte. **Herr Kley** merkte weiter dazu an, dass die gegenwärtigen 130.000 Euro Mietzahlungen in dieses Gebäude als Wirtschaftsförderung im Bereich der Bildenden Kunst genommen werden könnten.

Man könne auch darüber nachdenken, wenn das Gebäude nicht mehr steht, von den 130.000 Euro jährlich für 100.000 Euro Kunst aufzukaufen.

Stattdessen werde ein Projekt, welches seit 25 Jahren nie geprüft wurde, fortgesetzt in einem anderen Haus.

Beginn des Wortprotokolls

Herr Bürgermeister Geier

Das ist natürlich alles sehr komplex. Ich versuche es jetzt mal, etwas zu splitten.

In der Diskussion ist aus meiner Sicht immer, oder sehr stark vermischt, die Frage der Finanzierung, die Frage der bilanziellen Auswirkungen dieses Vorganges und später, wenn diese Maßnahme durchgeführt ist, der Vergleich von den Kosten im jetzigen Haus und nachher die laufenden Kosten in dem Druckereigebäude.

Die Diskussion in dem Finanzausschuss und ich denke, auch in den Fachausschüssen, wo Frau Dr. Marquardt zugegen war, hat sich fokussiert auf die Finanzierung dieser gesamten Umsetzungsmaßnahme. Das heißt also, der Vereine von dem Gebäude Böllberger Weg 188 in das Druckereigebäude. Und die Finanzierung dieses gesamten Vorganges ist untern

Strich ausgeglichen und war hier auch ein Kernpunkt der Diskussion.

Im Finanzausschuss kam dann richtigerweise auch der Blickwinkel, wie sich das alles bilanziell auswirkt, haushaltstechnisch bilanziell. Wir haben da in der Diskussion dort im Finanzausschuss auch sehr schnell festgestellt, dass wir da auch eine detaillierte Rückkopplung zur HAVAG machen müssen.

Ich habe jetzt hier ein erstes Tabloid, wie sich das auswirkt. Das würde ich, nachdem das hier gewünscht ist, auch versuchen entsprechend vorzutragen.

Der Buchwert für den Böllberger Weg 188 steht mit 380.000 Euro bei uns in der Bilanz. Es ist aufgrund der Stadtratsentscheidung vom September eine entsprechende Entschädigung für das Gebäude und Grundstücksteile davon von 1.096.000 Euro fixiert worden. Außerdem sind in diesem Gebäude Böllberger Weg 188 Fördermittel von 233.000 Euro, die insgesamt zurückzuzahlen sind.

Das entspricht dem Beschlussvorschlag Nr. 3 aus dem Beschluss vom September 2013. Bedeutet also, dass wir untern Strich hier einen positiven Saldo bilanziell von 483.000 Euro haben. Ziehe ich von der Entschädigung die Fördermittel, die ich abführen bzw. rückzahlen muss, ab, verbleibt ein Betrag von 863.000 Euro.

Und von dem Geldfluss ist es so, dass diese Entschädigung vom Fördermittelgeber, also das heißt Bund und Land, direkt an den Maßnahmeträger HAVAG geht. Also das heißt, dort fließt in diesem Gesamtkonstrukt das Geld an die HAVAG. Das hängt damit zusammen, dass wir mit dem Stadtbahnprogramm entschieden haben, dass die HAVAG alleiniger Maßnahmeträger ist.

Die HAVAG hat jetzt nach Abzug der Fördermittel 863.000 Euro zur Verfügung. Zu diesen 863.000 Euro, die sie einsetzt in das Druckereigebäude, werden noch beigemischt 376.000 Euro an Städtebaufördermitteln, weil durch die Prüfung verschiedener Fördertöpfe im Städtebaubereich die Maßnahmen, die im Druckereigebäude geplant sind, förderfähig sind.

Und dann bleibt zum Schluss noch ein Eigenanteil übrig, der beträgt 178.000 Euro. Und diese 178.000 Euro übernimmt der Maßnahmeträger HAVAG.

So dass wir insgesamt aus der Umsetzung Gebäude 863.000 Euro plus Fördermittel Städtebauförderung plus Eigenanteil HAVAG aktivierungsfähige Leistungen von 1.417.000 Euro haben.

Das heißt also, da entsteht dann im Prinzip der rechnerische, betragsmäßige Mehraufwand, der aber keiner ist.

Bilanziell würde das bedeuten, dass wir nach Ausbau des Druckereigebäudes dann einen Buchgewinn von 1.3700.000 Euro hätten.

Und jetzt komme ich nochmal zurück auf die Diskussion im Finanzausschuss. Das ist natürlich sauber dann auch mit der HAVAG als Maßnahmeträger abzustimmen, dass das dann entsprechend, wenn diese Maßnahmen gelaufen sind, korrekt bilanziell abgebildet wird.

Das waren die Ausführungen, die ich zu dem finanziellen Teil auf die Schnelle machen kann. Danke.

Ende des Wortprotokolls

Bezugnehmend auf die in der heutigen Sitzung verteilte ergänzende Information, in welcher die Stadtverwaltung auf das Projekt „Gestalter im Handwerk“ eingeht, fragte **Herr Lange, Fraktion DIE LINKE**, an, wie das Projekt weitergehe und ob bekannt sei, ob es einen Bescheid für die ESF-Mittel gäbe. Sollte es noch keinen Bescheid geben, fragte er nach

Alternativen, um das Projekt weiterzuführen bzw. alternative Finanzierungsmöglichkeiten.

Beginn des Wortprotokolls

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport

Das jetzige Projekt ist bis zum Ende des Jahres. Deswegen ist es wichtig für den Verein, dass sie bis Ende des Jahres im Künstlerhaus 188 sind. Und es sind Projektmittel in Aussicht gestellt worden vom Land und es gibt auch ein großes Interesse. Dieses Projekt hat eine große Ausstrahlung. Leute kommen nach Halle, weil die Dozenten sehr anerkannt sind. Das sind zum Teil Dozenten, die an der Burg sind. Und deswegen ist es sehr wichtig, dass dieses Projektierungsquelle ist für den Verein. Also das ist relativ deutlich, dass es fortgesetzt werden soll. Und das ist in Aussicht gestellt worden, dass die Förderung kommt.

Wenn ich schon das Mikro habe, würde ich auch gerne noch was dazu sagen.

Es wird immer gesagt von einigen Stadträten, dass das Museum eingeschränkt werden soll. Diese Maßnahme ist mit dem Museum abgestimmt, weil das Museum hier viele Chancen sieht, Synergien mit den Künstlern, mit den Designern, die in dem Haus arbeiten würden, in den Werkstätten und auch in den verschiedenen Projekte. Es ist eine Möglichkeit auch, Kunst und Design mehr in die Mitte der Stadt zu bringen. Eine Sonderausstellungsfläche ist natürlich erst mal für die Künstler gedacht. Aber das ist eine Möglichkeit, gemeinsame Projekte mit dem Stadtmuseum zu verwirklichen.

Angesichts unserer Haushaltslage ist das natürlich auch wichtig, dass wir solche Sonderausstellungen mit Partnern machen. Das Museum allein kann das gar nicht stemmen.

Und zum Thema Folgekosten. Wenn wir eine deutlich reduzierte Fläche haben, man muss auch im Hinterkopf behalten, das Künstlerhaus 188 hat sehr viel Fläche, die nicht sehr gut nutzbar ist. Es gibt große Flure, das ist auch ein altes Gebäude, die Betriebskosten waren deswegen sehr, sehr hoch. Wir haben in etwa 110.000 Euro pro Jahr nur für die Betriebskosten, für Miete und Betrieb. Wir haben eine deutlich reduzierte Fläche in einem modernen Gebäude. Deswegen haben wir zwar noch nicht die genauen Mietkosten jetzt. Die werden erst ermittelbar sein, wenn die Planung fest ist. Aber es ist absehbar, dass sie deutlich geringer sein werden.

Ende des Wortprotokolls

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, machte deutlich, dass das Thema des Umzuges des Künstlerhauses 188 im Kulturausschuss schon ausgiebig besprochen wurde und die momentane Besetzung des Künstlerhauses 188 dem Umzug positiv gegenüber stehe. Aus diesem Grund könne dem Antrag zugestimmt werden.

Bezüglich der finanziellen Mittel merkte **Herr Dr. Wend** an, dass man momentan pro Jahr für den nicht gebundenen Teil in der Kultur ca. 200.000 Euro zur Verfügung habe, die an freie Träger in der Bildenden Kunst, im Theater etc. vergeben werden können. Davon seien automatisch 100.000 Euro für Betriebskosten des Künstlerhauses 188 vorgesehen gewesen.

Da er davon ausgehe, dass bei einer vernünftigen Sanierung in den Räumen des Stadtmuseums nicht mehr so hohe Nebenkosten anfallen werden, frage er an, ob die Differenz den Freischaffenden in der Kunstszene zu Gute komme oder dem Stadthaushalt zugeführt werde.

Dazu äußerte sich **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** dahingehend, dass die Mittel, die im Haushalt nicht ausgegeben werden, automatisch in den Gesamthaushalt einfließen. Man könne sich aber gemeinsam gute Projekte überlegen, um das Ansinnen von Herrn Dr. Wend

voranzubringen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass die von Herrn Bürgermeister Geier gemachten Ausführungen schon im Vorfeld hätten schriftlich vorliegen sollen, denn seine Fraktion wolle der Vorlage zustimmen.

Weiterhin verwies er darauf, dass der Verein im Künstlerhaus 188 schon vor über zwei Jahren darüber nachdachte, wie es weitergehen soll und wo man hinziehen könne. Und dann hätte man auch darüber nachdenken müssen, wie man mit den vielen Nebenflächen in dem Gebäude umgehen und eine Nutzung weiterbetreiben wolle.

Zum gleichen Thema äußerte sich **Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, mit dem Hinweis, dass es zwar keine Pflicht zur Unterstützung gäbe und dies eine freiwillige Aufgabe sei, aber sie auch eine Unterstützung der Künstler für notwendig halte.

Sie wies weiter darauf hin, dass in das Gebäude des Künstlerhauses 188 mehr als zwei Drittel der gesamten Mittel für die Freie Projektförderung in der Kultur gehe und damit eigentlich nur eine Immobilie gefördert werde, in der noch einige Werkstätten betrieben werden. Es werde nur noch ein Bruchteil der Fläche dort wirklich genutzt und nur noch wenige Ateliers sind vorhanden.

Auch die Druckereiwerkstatt, die in der Diskussion immer eine große Rolle gespielt habe, hätte schon seit langem keine Drucker mehr, um diese Werkstatt zu betreiben.

Frau Dr. Wünscher machte weiterhin deutlich, dass es mit dem Umzug eine große Chance gäbe, das Druckereigebäude im Stadtmuseum zu sanieren, was sonst durch die Stadt aus finanziellen Gründen mittelfristig nicht möglich wäre. Außerdem könnten die Ateliers und Werkstätten und die Vereine, die im Künstlerhaus 188 noch aktiv sind, im Stadtzentrum untergebracht werden.

Sollte der Vorlage nicht zugestimmt werden, habe man ein marodes Gebäude am Böllberger Weg und ein Druckereigebäude, welches auch nicht saniert und instandgesetzt werden könne.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ergänzte, dass es sich bei der Ablehnung der Vorlage nicht um eine Ablehnung der guten Arbeit des Künstlerhauses 188 handelt. Es sei ein Hinweis darauf, dass die Vorlage in der gegenwärtigen Form nicht beschlussfähig wäre.

In Bezug auf die Aussage in der Vorlage, dass die Umzugskosten von der HAVAG erbracht werden, fragte **Frau Dr. Brock** nach, für wen diese Kosten erbracht werden sollen, da nicht alle Künstler Platz in dem neuen Objekt haben werden und dies zu einer Ungleichbehandlung führen würde.

Desweiteren merkte sie an, dass sie die Antwort von Herrn Oberbürgermeister auf die Anfrage von Herrn Dr. Wend nicht nachvollziehen könne. Es gäbe einen Haushaltsansatz zur Kulturförderung, welcher in der Vergangenheit, der Entscheidung des Kulturausschusses entsprechend, als Summe in das Künstlerhaus 188 gesetzt wurde. Dies könne nicht heißen, dass der Gesamtansatz um diese Summe vermindert und die Kultur nicht weiter gefördert werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete darauf, dass er diese Aussage so nicht getroffen habe.

Bezugnehmend auf den Beschlusstext wies **Herr Misch, CDU-Fraktion**, darauf hin, dass im ersten Satz des Beschlussvorschlages nur die inhaltliche Neuausrichtung des Vereins zur

Kenntnis genommen werden kann. Im zweiten Satz soll der Umzug, welcher mit Kosten verbunden ist, bestätigt werden.

In diesem Zusammenhang verwies er darauf, dass diese beiden Punkte getrennt behandelt werden müssten, da es sich bei Punkt 1 um eine Kenntnisnahme und beim Punkt 2 um einen Beschluss handeln würde.

Diese beiden Punkte des Beschlussvorschlages müssten rein aus diesen beiden Gründen getrennt werden. Punkt 1 – die inhaltliche Neuausrichtung wird zur Kenntnis genommen und Punkt 2 – der Umzug werde mit den entsprechenden Kosten beschlossen.

Herr Misch bat die Verwaltung, darüber nachzudenken, ob sie seiner Anregung folgen könne.

Beginn des Wortprotokolls

Frau Dr. Marquardt

Ich sehe eigentlich keine unmittelbare Notwendigkeit dafür, denn beide hängen natürlich miteinander zusammen. Wir beschließen den Umzug, das ist das, was beschlossen werden muss und nehmen gleichzeitig zur Kenntnis. Das ist die Folge davon. Das gehört eigentlich zusammen.

Ende des Wortprotokolls

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte an, was mit den Künstlern geschieht, welche nicht in den Genuss der Umzugskosten kommen.

Desweiteren fragte sie nach den Einsparungen der energetischen bzw. Betriebskosten im alten Druckereigebäude des Stadtmuseums. Sie habe es im Kulturausschuss so verstanden, dass die bisher eingeplante Summe für das Künstlerhaus 188 auch dort wieder eingeplant werde.

Im Hinblick auf die Ablehnung der Beschlussvorlage durch ihre Fraktion wies **Frau Wolff** darauf hin, dass diese Ablehnung nichts mit der Arbeit des Künstlerhauses 188 zu tun habe.

In ihren weiteren Ausführungen bezog sich **Frau Wolff** auf die Aussagen der Verwaltung zum Verein und dem Projekt „Gestalter im Handwerk“ und fragte an, ob die Verwaltung die fehlenden Mittel zur Verfügung stellen werde, wenn es keine Nachförderung mit ESF- Mitteln gäbe.

Beginn des Wortprotokolls

Frau Dr. Marquardt

Jeder Verein hat natürlich die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass er tätig werden kann über einen längeren Zeitraum. Das heißt, es ist nicht die Aufgabe der Stadt, dafür zu sorgen, dass Fördermittel überall angeworben werden. Aber der Verein hat ein interimistisches Interesse daran.

Wir entscheiden über die Förderhöhe für den Künstlerverein sowie für andere Vereine jedes Jahr aufs Neue im Zuge der Haushaltsplanung. Und so soll das auch sein dieses Jahr, dass wir in den Kulturausschuss einen Vorschlag bringen über die Höhe der Förderung für diesen e. V. sowie für andere Vereine, für die Projektförderung, für Veranstaltungsförderung. Das werden wir im Herbst machen, so wie immer.

Wir gehen stark davon aus, dass die Betriebskosten nicht mehr in der erforderlichen Höhe nötig sein werden, weil im Künstlerhaus 188, Böllberger Weg deutlich mehr Fläche bezahlt

werden muss, auch wenn es nicht alles genutzt werden kann und weil das natürlich ein sehr altes Gebäude ist.

Das war früher etwa 110.000 €, habe ich gesagt, pro Jahr ...*unverständlich* ... deutlich weniger wird. Wir können das noch nicht genau beziffern. Wir gehen von etwa 60.000 Euro aus.

Ende des Wortprotokolls

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Hesalle – NEUES FORUM, wies auf das Problem hin, dass mit dem Umzug des Künstlerhauses 188 in Gebäude des Stadtmuseums bildende Künstler in ein geschichtliches Museum eingegliedert werden sollen.

Es müsse noch einmal darüber nachgedacht werden, ob es wirklich sinnvoll sei, den Verein Künstlerhaus 188 ins Stadtmuseum umzusetzen oder ob es nicht eine bessere Lösung dafür gäbe, damit die vorhandenen Flächen im Stadtmuseum auch für dieses erhalten bleiben können.

Herr Knöchel machte darauf aufmerksam, dass die Mitteilung über den Ertrag von 716.000 Euro in die Stadtkasse durch den Abriss des Künstlerhauses 188 in die Vorlage gehört und er beantragt hätte, diese Mittel zu binden und für den künftigen Denkmalschutz zur Verfügung zu stellen.

Auch seien die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Geier zwar aufschlussreich gewesen, jedoch an einigen Stellen für ihn nicht ganz nachvollziehbar. In diesem Zusammenhang wies **Herr Knöchel** darauf hin, dass von aktivierten Eigenleistungen gesprochen wurde, welche die HAVAG der Stadt übergebe. Seiner Auffassung nach handelt es sich um Drittaufwand und es müsse geklärt werden, wie die Summe wieder in die Bilanz der Stadt Halle kommt.

Bezüglich des Abrisses des Künstlerhauses 188 äußerte sich **Herr Knöchel** dahingehend, dass wegen fehlender Mittel für den Denkmalschutz entsprechende Mittel zumindest in Rückstellungen zur Sicherung von Baudenkmalen in der Stadt Halle bereitgestellt werden sollten.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, gab ihre Bedenken darüber zum Ausdruck, dass im Stadtrat noch einmal dieselben Dinge diskutiert werden, wie schon in den vorausgegangenen Ausschüssen. Die Antworten seien dort bereits gegeben und Details diskutiert worden. Damit stelle sich für sie die Frage nach der Notwendigkeit von Ausschusssitzungen.

Auch den Hinweis von Herrn Häder, sich nach einem neuen Standort für den Verein Künstlerhaus 188 umzusehen halte sie nicht für erforderlich, da seit Monaten eine Diskussion dazu in den Ausschüssen erfolgte und im Ergebnis dessen der Umzug in das Druckereigebäude des Stadtmuseums herausgearbeitet wurde.

Weiterhin verwies **Frau Dr. Bergner** darauf, dass im Kulturausschuss alle Beteiligten der Vorlage und damit dem Umzugsverfahren zugestimmt haben. Es werde auch ein Profit für das Museum gesehen, da pädagogische Projekte gemeinsam gestaltet werden können.

Abschließend bat **Frau Dr. Bergner** darum, über die Vorlage abzustimmen.

Nach dem Geschäftsordnungsantrag von **Herr Dr. Wend** auf Ende der Debatte und Abstimmung der Vorlage bat **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Damit wurde die Diskussion beendet und **Herr Bartl** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die inhaltliche Neuausrichtung des Vereins Künstlerhaus 188 e.V. zur Kenntnis. Der Stadtrat bestätigt den Umzug in Räume des ehemaligen Druckereigebäudes Große Märkerstraße 10 / Kleine Märkerstraße 7 (jetzt Stadtmuseum) einschließlich der dazu notwendigen Herrichtung als Folgemaßnahme des Stadtbahnprogramms.

**zu 6.16 Bürgerhaushalt Vorschlag B-72 Heizung in städtischen Gebäuden
Vorlage: V/2014/12550**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ~~1.D~~ die Ausstattung städtischer Gebäude mit Thermostatventilen und anderer energieeffizienter Regelungstechnik systematisch fortzuführen.

**zu 6.17 Bürgerhaushalt Vorschlag B-48 Energiesparen in öffentlichen Gebäuden
Vorlage: V/2014/12549**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ~~1.D~~ die regelmäßige und systematische Information über Ressourcen schonende Nutzung städtischer Gebäude fortzuführen, die Transparenz der Verbrauchsdaten zu erhöhen und den Zugang dazu weiter zu erleichtern.

**zu 6.18 Konzeption zu Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften der Stadt
Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12756**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies die Konzeption im Namen ihrer Fraktion in den Kulturausschuss und in den Hauptausschuss zur Vorberatung.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, bestätigte die Wichtigkeit einer Konzeption zu Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften. An der vorliegenden Konzeption äußerte er jedoch seine

Kritik darüber, dass es keine inhaltliche Orientierung gäbe und die Aufgaben vorwiegend auf die Vereine übertragen werden.

Desweiteren wies er darauf hin, dass der Termin für die Abgabe von Stellungnahmen der Städtefreundschaften zu kurzfristig gewesen sei. Bei der nun folgenden Diskussion in den Ausschüssen soll darauf geachtet werden, mehr auf die Organisationen zuzugehen, damit diese ihre inhaltlichen Beiträge einbringen können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete darauf, dass die Vereine umfangreich befragt und die Vorschläge in die vorliegende Konzeption eingearbeitet worden sind. Jetzt werde gemeinsam mit den Stadträten an der Fortentwicklung der Konzeption gearbeitet.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

in den

Kulturausschuss

und in den

Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Konzeption zu Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften der Stadt Halle (Saale).

zu 7 Wiedervorlage

**zu 7.1 Antrag der Stadträte Andreas Schachtschneider und Raik Müller (beide CDU-Fraktion) zur standardisierten Prüfung des Neustädter Zentrums bei Neubauvorhaben
Vorlage: V/2014/12460**

Herr Müller, CDU-Fraktion, begründete den Antrag damit, dass es im Neustädter Zentrum noch immer den städtebaulichen Missstand der leer stehenden Hochhausscheiben gäbe. Bei den Überlegungen der Stadt sollte das Zentrum Halle-Neustadt immer vorrangig betrachtet werden.

Dazu äußerte sich **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, dahingehend, dass der Antrag zu unbestimmt sei und er sich eine Konkretisierung gewünscht hätte. Seiner Meinung nach sei der Antrag zu unkonkret und wenig aussagefähig und zwingt niemanden zu einer tatsächlichen Handlung.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, machte deutlich, dass die Konkretisierung im Antrag darin bestehe, dass die Stadtverwaltung bei jeder einzelnen Neubaumaßnahme eine eventuelle Realisierung im Neustädter Zentrum prüfen soll.

Zum gleichen Thema wies **Herr Krause, SPD-Fraktion**, darauf hin, dass die Bekenntnis und die Entwicklung in Halle-Neustadt mit einer strategischen Stadtentwicklungsplanung zu tun habe. Jedoch gäbe es auch noch andere Stadtteile in der Stadt, welche den gleichen Anspruch darauf hätten, bei Neubaumaßnahmen näher betrachtet zu werden. Seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung zur Vorlage der Stimme enthalten.

Nach Aussage von **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, sei der Antrag unschädlich, da man von der Verwaltung erwarte, dass bei den Bauvorhaben nicht nur ein einzelner Stadtteil geprüft wird. Bezüglich der Aussage von Herrn Dr. Meerheim zur unkonkreten Antragstellung regte **Herr Wolter** an, dass es möglich wäre, einen Änderungsantrag einzubringen. Seine Fraktion werde dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Abschließend führte **Herr Müller** noch einmal aus, dass der Antrag offen in die Zukunft gerichtet sei und man sich nicht nur auf ein bestimmtes Vorhaben bzw. Projekt allein fokussieren wollte. Dafür sehe man in Halle-Neustadt einen wichtigen Anknüpfungspunkt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Verwaltung prüft bei allen eigenen Neubaumaßnahmen von Gebäuden eine Realisierung im Zentrum Halle-Neustadt, unter Einbeziehung der vorhandenen Hochhausscheiben, es sei denn, dass eine Realisierung an diesem Standort von vornherein aus bauplanungsrechtlichen Gesichtspunkten nicht in Frage kommt.

**zu 7.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Bekämpfung von Armut im Alter
Vorlage: V/2013/12098**

**zu 7.2.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Bekämpfung von Armut im Alter
Vorlage: V/2014/12785**

Frau Haupt Fraktion DIE LINKE, informierte darüber, dass eine Veränderung des Antrages ihrer Fraktion vorliege, was darauf basiere, dass im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss sehr zielführend diskutiert wurde.

Man fordere jetzt den Bericht von der Stadtverwaltung ab, um dann gegebenenfalls weitere Maßnahmen auf diesem Gebiet zu erfassen.

Im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss habe man ein einstimmiges Ergebnis dazu gefunden und sie bat um Zustimmung des Antrages.

Im Namen ihrer Fraktion teilte **Frau Haupt** mit, dass sie den Änderungsantrag der SPD-Fraktion übernehmen werden.

**zu 7.2.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Bekämpfung von Armut im Alter
Vorlage: V/2014/12785**

Abstimmungsergebnis:

erledigt

Änderungen wurden durch Antragsteller übernommen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister

1. *im IV. Quartal 2014 einen Bericht zur aktuellen Situation der Altersarmut in der Stadt Halle (Saale) unter der besonderen Berücksichtigung des Personenkreises, der von folgenden Transferleistungen abhängig ist:*

- *Grundsicherung im Alter*
- *Wohngeld*
- *Hilfe zur Pflege*
- **Asylbewerberleistungsgesetz**

vorzulegen;

2. *eine Darstellung von speziellen Angeboten für ältere Menschen, die von Armut betroffen oder bedroht sind (kulturelle und soziale Teilhabe, Wohnungswesen u.a.m.), zu erarbeiten.*

**zu 7.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Bekämpfung von Armut im Alter
Vorlage: V/2013/12098**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister

1. ~~im I. IV. Quartal des Jahres 2014 einen Bericht zur aktuellen Situation der Konzept vorzulegen, welches die kommunalen ressortübergreifenden Möglichkeiten einer aktiven Bekämpfung von Altersarmut beinhaltet. Dabei sollten insbesondere die Gebiete der kulturellen und sozialen Teilhabe, der gesundheitlichen Daseinsfürsorge, das Wohnen und die Stadtentwicklung betrachtet werden. „Der Arbeitskreis Armut“ und der Seniorenrat der Stadt Halle (Saale) sollten bei der Erarbeitung des Konzeptes mitwirken.~~

Altersarmut in der Stadt Halle (Saale) unter der besonderen Berücksichtigung des Personenkreises, der von folgenden Transferleistungen abhängig ist:

- **Grundsicherung im Alter**

Ebenso gehe man davon aus, dass sich in Ammendorf bzw. den südlichen Stadtteilen die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe weiter verbessert.

Herr Felke machte weiterhin deutlich, dass der Antrag seiner Fraktion den Ansatz habe, die entsprechenden Umsteigebeziehungen an dem Knotenpunkt zu verbessern. Wichtig war dabei auch, dass die Nebenanlagen mit einer entsprechenden Aufweitung verbessert werden können.

Im Namen seiner Fraktion informierte **Herr Felke** darüber, dass der Punkt 3 des Beschlussvorschlages um den Satz ergänzt werden soll: „Zu prüfen ist die Anlage eines Park & Ride Platzes an der Kasseler Straße.“

Herr Sänger, CDU-Fraktion, befürwortete den vierstreifigen Ausbau der Merseburger Straße in dem dargestellten Bereich, da man nicht nur für wenige Jahre, sondern für Jahrzehnte bauen werde.

Auch **Frau Fleischer, FDP-Fraktion**, unterstützte den Antrag auf Vierspurigkeit der Merseburger Straße.

Ihr gehe es dabei nicht nur um den Verkehrsfluss, welcher bei der entsprechend kleineren Variante beeinträchtigt werde, sondern bei der entsprechend kleineren Variante der Brücke wäre auch ein Argument, dass die Spurbreite der Straße entsprechend verringert werde. Dies würde dazu führe, dass viele Lkw und große Fahrzeuge die Fahrbahn nicht ausreichend nutzen können.

Damit hätten die dort ansässigen Gewerbe nicht mehr die Möglichkeit ihre Arbeit ordentlich durchzuführen. Und es dürfe nicht zugelassen werden, dass Gewerbe deshalb in den Saalekreis abwandern.

Ihre Fraktion werde deshalb dem Antrag zustimmen.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, lobte ausdrücklich die Verkehrsplanung der Stadt für die fundierte Verkehrsplanung, welche dazu geführt habe, dass das Straßennetz für alle Teilnehmer gut funktioniere.

Seiner Auffassung nach habe man an der Brücke zum Rosengarten kein verkehrliches Problem. Es gäbe eine Reduzierung des Verkehrs von 1990 bis heute um die Hälfte und in den letzten Jahren wurde als Ausweichstraße die HES gebaut, welche in der Lage sein wird, große Teile des Verkehrs aufzunehmen.

Ohne fachliche und zahlenmäßige Untersetzung soll jetzt in Millionenhöhe eine Investition getätigt werden, obwohl nicht nachvollzogen werden kann, wie sich die Verkehre in 50 Jahren entwickeln werden.

Er appellierte an die Antragsteller, dass es nicht von Nutzen sei, den Individualverkehr weiter voran zu treiben und die Prognosen und dargelegten Realitäten der Stadtverwaltung zu akzeptieren. An der vorbezeichneten Stelle reiche es aus, eine zweispurige Straße zu bauen.

Abschließend bat **Herr Feigl** die Antragsteller um Zurückziehung der Vorlage.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, machte darauf aufmerksam, dass sich durch die jetzt beantragte Erweiterung des Straßenquerschnitts unter der Brücke die Maßnahme Stadtbahnprogramm im Zuge dieser Beantragung möglicherweise um zwei bis drei Jahre verschieben wird. Auch habe die Deutsche Bahn mitgeteilt, dass die Stadt, je nach Fördergröße, möglicherweise für eine solche Aufweitung mindestens 1 Mio. Euro selbst zu tragen hat.

In diesem Zusammenhang verwies **Herr Dr. Meerheim** auf die Finanzplanung der nächsten Jahre, in der keine Gelder für eine solche Maßnahme eingestellt seien. Auch gäbe es zu jeder Haushaltsberatung die Verabredung, bei einem Ausgabevorschlag einem Deckungsvorschlag zu unterbreiten, welcher hier nicht vorliege.

In Bezug auf die Größenordnung von mindestens 1 Mio. Euro halte er eine Abstimmung zum vorliegenden Antrag für verantwortungslos. Da die Finanzplanung beschlossen sei, würde eine Umsetzung dieses Beschlusses durch die Verwaltung gegen bisher geltende Beschlüsse des Stadtrates verstoßen.

Gleiches gelte für den Antrag der CDU-Fraktion. Der Punkt 3 des Beschlussvorschlages sei bautechnisch nicht möglich und nicht zulässig, da die Stadt in Dinge eingreifen müsse, die ihr nicht zustehen. Dabei verwies **Herr Dr. Meerheim** darauf, dass beim Bau eines separaten Baukörpers eine durchgängige Vierspurigkeit der Merseburger Straße nicht möglich wäre, da möglicherweise Häuser abgerissen werden müssten.

Aus diesem Grund bat er darum, davon Abstand zu nehmen, eine Ausweitung der Merseburger Straße zu beantragen.

Ebenso mache es keinen Sinn, den Antrag noch einmal in den Finanzausschuss zu verweisen und er überlasse es der freien Entscheidung der Stadtverwaltung, wie damit verfahren werde.

Herr Dr. Meerheim forderte die Stadträte auf, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Zu Beginn seiner Ausführungen machte **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, deutlich, dass seine Fraktion den Antrag aufrechterhalten wird.

Zum Inhalt des Antrages führte er aus, dass es bereits vierspurige Bundesstraßen nach Halle gäbe und er nicht verstehe, weshalb jetzt eine Bundesstraße auf zwei Spuren zurück gebaut werden soll.

Ebenso könne er die von der Stadtverwaltung dargelegten Argumente nicht nachvollziehen, da sich diese nur auf Verkehrszählungen pro 16 Stunden und damit 16.000 Fahrzeuge beziehen.

Herr Scholtyssek argumentierte weiter, dass die von der Stadtverwaltung vorgenommene abschnittsweise Betrachtung nicht weiterführe, da die Verkehrsinfrastruktur ein Gesamtsystem darstellt und man könne jetzt nicht einen Teilabschnitt zurückbauen.

Herr Scholtyssek warb dafür, beiden Anträgen in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Zum gleichen Thema äußerte sich auch **Herr Sieber, fraktionslos**, und verwies auf die Osttangente HES. Nach deren Fertigstellung werde es eine weitere Verringerung des Fahrzeugverkehrs in der Merseburger Straße geben.

Desweiteren stelle sich für ihn die Frage, ob es überhaupt notwendig sei, die Brücke zu erweitern. Seiner Meinung nach könne man auch mit der vorhandenen Brücke bauen. Wenn so gebaut wird, dass man die Gleisanlagen der Straßenbahnlinie überfahren könne, seien auch vier Spuren möglich. Dazu müssten ca. 100 Meter Straße aus dem Stadtbahnprogramm herausgenommen und selbst finanziert werden.

Zum Antrag der CDU-Fraktion führte **Herr Sieber** aus, dass nicht anzunehmen sei, dass es später einen vierstreifigen Ausbau der Straße geben wird, da Halle nur mit Fördermitteln baue. Und wenn die HES funktionstüchtig sei, werde man bei keinem Fördermittelgeber für die geringere Verkehrsbelegung eine Vierspurigkeit finanziert bekommen.

Gleichfalls schloss **Herr Sieber** aus, das der geplante gemeinsame Rad- und Fußverkehr an dieser Straße funktionieren werde.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte deutlich, dass es besser wäre, Möglichkeiten zu suchen für sichere Fußwege und separaten Parkraum und Grünflächen, die eine Aufenthaltsqualität schaffen, welche dem kleinen Gewerbe mehr nütze, als das Durchfahren der Straße mit größeren Fahrzeugen. Sie unterstützte die Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim, da es keine Vorstellungen darüber gäbe, wie der Ausbau der Merseburger Straße finanziert werden soll.

Bezogen auf die Verkehrsentwicklung in der Stadt führte **Frau Dr. Brock** noch aus, dass es nur im Sinne des Bürgers sein könne, den Verkehr aus der Stadt herauszuführen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, äußerte sich dahingehend, dass man darüber nachdenken müsse, wie man konstruktiv mit einem solchen Vorschlag umgehen könne. Im Finanzbereich gäbe es immer Nachträge oder überplanmäßige Ausgaben. Diese Dinge würden dazu gehören, wenn man langfristige Überlegungen zu infrastrukturellen Maßnahmen anstellt.

Herr Kley, FDP-Fraktion, stimmte den Ausführungen von Herrn Krause zu und machte darauf aufmerksam, dass man als Stadtrat die Intention haben müsse, nicht darüber nachzudenken, das wenige Geld kurzfristig in irgendwelche Projekte zu stecken, die keine Effekte bringen, sondern an der Stelle, wo es um die Entscheidung für die nächsten hundert Jahre gehe, sich dafür einzusetzen.

Wenn die Brücke in ihrer Gänze ausgebaut werde, gäbe es nicht gleich morgen eine vierspurige Straße, sondern man habe hundert Jahre lang die Option, dort bei Bedarf die Straße ordnungsgemäß auszubauen.

Man müsse sich auch die Frage stellen, weshalb in Merseburg, im Saalekreis und in Leuna die Straßen vierspurig ausgebaut werden und man in der Stadt Halle die Meinung vertrete, mit einer Verkleinerung der Straße auch leben zu können. Damit falle man in den ländlichen Bereich ab und der Rat sollte sich überlegen, ob er Investitionen in die Zukunft tätigen wolle.

In Bezug auf die Finanzierung des Bauvorhabens der Brücke am Rosengarten erinnerte **Herr Felke** daran, dass es vor zwei, drei Jahren im Planungsausschuss eine Informationsvorlage gab, in welcher ganz konkrete Maßnahmen mit einer Summe von Eigenmitteln der Stadt dargestellt wurden. Dabei seien Straßen gewesen, welche nicht halb so bedeutend sind wie die Merseburger Straße und eine erhebliche Menge an Eigenmitteln voraussetzen.

Er appellierte daran, dass die Merseburger Straße eine große Bedeutung habe und deshalb in Zukunft so entsprechend ausgebaut werden müsse.

Herr Dr. Meerheim machte deutlich, dass man darüber entscheiden wolle, wofür das wenige Geld der Stadt ausgegeben werde. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, eher Finanzmittel in Schulen ausgegeben werden soll, bevor es für eine Straßenerweiterung ausgegeben werden soll, wo es verkehrsplanerisch und verkehrstechnisch nicht notwendig sei.

Seiner Meinung nach werde durch unnötig breite Straßen zusätzlicher Verkehr erzeugt, weil den Fahrzeugführern ein Angebot unterbreitet wird. Auch müsse man in Zukunft die Investition für die HES in Frage stellen, wenn der Verkehr in der Merseburger Straße vierspurig möglich ist.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte darauf

aufmerksam, dass sachlich beurteilt werden müsse, ob das Geld dafür vorhanden ist, sich eine solche Baumaßnahme zu leisten. Seiner Meinung nach sei es eine Vision, die Merseburger Straße vierspurig auszubauen.

Abschließend führte **Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, aus, dass er die Argumente für eine Vierspurigkeit der Merseburger Straße nicht nachvollziehen könne und keinen Bedarf sehe, diesen Bereich vierspurig auszubauen.

Außerdem habe man beim Bau der HES argumentiert, die Merseburger Straße damit zu entlasten.

**zu 7.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Neubau einer Eisenbahnbrücke über die Merseburger Straße
Vorlage: V/2014/12565**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die neu zu bauende Eisenbahnüberführung über die Merseburger Straße im Zuge der Strecke 6343 Halle – Hann. Münden wird so ausgeführt, dass die Straßenbahn- gleise einen eigenen Bahnkörper erhalten und je zwei Richtungsfahrbahnen sowie normgerechte Fuß- und Radwege unter der Brücke **möglich sind zur Verfügung stehen**.
2. Die Baumaßnahme ist so auszuführen, dass der Übergang im Rahmen des öffentlichen Verkehrs zwischen Straßenbahn und S-Bahn in alle Richtungen verbessert wird.
3. Die Stadtverwaltung beantragt Fördermittel aus dem Entflechtungsgesetz zur Senkung des Kostenanteils der Stadt nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz. Für den Umbau des Verknüpfungspunktes Straßenbahn / S-Bahn sollen durch die Stadt Mittel des Schnittstellenprogramms des Landes eingeworben werden.
Zu prüfen ist die Anlage eines Park & Ride Platzes an der Kasseler Straße.

**zu 8.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Verbesserung der verkehrlichen Leistungsfähigkeit der Merseburger Straße/Höhe Rosengartenbrücken
Vorlage: V/2014/12587**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in der Umsetzung des Stadtbahnprogramms Stufe 2

1. **die exakten Kosten für eine Aufweitung der geplanten neuen S-Bahnbrücke zu ermitteln.**
2. **eine Förderung der Zusatzkosten durch das Stadtbahnprogramm zu prüfen.**

3. bei den Planungen zur Umgestaltung der Merseburger Straße generell eine vierstreifige Ausführung vorzusehen.

**zu 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Zweckbestimmung kommunaler Unternehmen
Vorlage: V/2013/12283**

Herr Kley, FDP-Fraktion, begründete den Antrag seiner Fraktion damit, dass man dazu aufrufen wolle, dass die kommunalen Gesellschaften aus ihrem gesetzlichen Zweck heraus zuerst preiswerte Leistungen für den Bürger bringen und dafür sorgen, dass die Menschen der Stadt Dienstleistungen erhalten, die sie vielleicht andernorts nicht in dieser Qualität und für diesen Preis bekommen würden.

Im Moment stelle sich die Situation so dar, dass die Wohnungsunternehmen beklagen, dass sie Gewinne an die Stadt abführen sollen und man sich die Frage stellen müsse, wie ein Gewinn erwirtschaftet werden kann, wenn soziale Wohnungen mit möglichst niedrigen Mieten angeboten werden.

Auf der einen Seite werde darüber diskutiert, dass städtische Unternehmen an anderer Stelle versuchen, über ihren Einfluss in der Stadtverwaltung einen Bebauungsplan oder die Umwidmung eines Geländes zu erhalten. Damit habe man eine Entwicklung, dass städtische Unternehmen zunehmend ihre Möglichkeiten, über die öffentliche Hand in den Markt einzugreifen, dazu nutzen, Private heraus zu drängen.

Andererseits gäbe es im Haushalt für dieses Jahr 10 Mio. Euro Konzessionsabgaben. Das heißt, der Bürger der Stadt zahle mittlerweile für seinen Strom pro Haushalt 200 Euro mehr als der gleiche Haushalt im Saalekreis. Seine Fraktion wollte auf diese Einwicklung aufmerksam machen.

Aus den vorgenannten Gründen bat **Herr Kley** um Zustimmung zum Antrag, um damit ein klares Signal zu setzen, dass der Auftrag der städtischen Unternehmen darin besteht, was ihnen per Gesetz zugeteilt war und nicht über Zusatzsteuern und ähnlichen Leistungen zu ermöglichen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte deutlich, dass die städtischen Unternehmen durchaus im Wettbewerb mit dem Rest der Wirtschaft stehen. Sie müssten hart kalkulieren und dürften nicht überhöhte Preise nehmen, um einen Gewinn zu erwirtschaften. Es sei aber auch selbstverständlich, dass sie optimal und effektiv wirtschaften, alle Synergien ausnutzen und sich daraus ein Gewinn ergeben könne.

Und als Gesellschafter könne man erwarten, dass der Gesellschafter Stadt die Gewinne, die dort erwirtschaftet werden, für sich auch nutzen kann.

In Bezug auf den ersten Satz des Beschlussvorschlages der FDP-Fraktion merkte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, an, dass in einigen Gesellschaften dazu entsprechende thematische Aufsichtsratssitzungen stattfanden, die sich mit der Problematik des Inhaltes beschäftigten und diese dort auch gewillt waren, entsprechende Beschlüsse dazu zu fassen.

Dem zweiten Teil des Beschlussvorschlages könne er wie vorliegend zustimmen, jedoch teile er auch die Auffassung von Herrn Krause, dass es zulässig sei, wenn eine Gesellschaft Gewinne erzielt, dass der Gesellschafter das Recht habe, diese Gewinne zu vereinnahmen. Dabei müsse beachtet werden, in welcher Größenordnung die Gewinne vereinnahmt werden und ab wann die Situation eintrete, dass es wirtschaftlich nicht mehr zulässig sei, weil die Gesellschaften selbst in Not geraten.

Der Gesellschafter müsse auf jeden Fall das Recht haben, Gewinne aus seinen Gesellschaften in bestimmtem Umfang abziehen zu können.

Abschließend erklärte **Herr Dr. Meerheim**, dass seine Fraktion dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen könne.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird als Gesellschaftervertreter der kommunalen Beteiligungen aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass zur Leitlinie der Geschäftspolitik der Unternehmen wieder die Umsetzung von Gestaltungszielen der Stadt gehört. Kommunale Unternehmen dienen der preiswerten gesicherten Erbringung von Leistungen für die Bürger und nicht der Erzielung von Gewinnen zur Haushaltssanierung. ~~Eine asymmetrische Marktteilnahme der kommunalen Unternehmen wird abgelehnt.~~

**zu 7.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu Spontanpartys
Vorlage: V/2014/12475**

Frau Raab, FDP-Fraktion, begründete den Antrag ihrer Fraktion dahingehend, dass beim Thema Spontanpartys der Teil der Verantwortung gegenüber den betroffenen Anwohnern nicht berücksichtigt wurde.

Ihre Fraktion fordere die Verwaltung auf, bei solchen Veranstaltungen die gleichen Maßstäbe anzusetzen, die auch kommerzielle Veranstalter zum Schutz der Anwohner vor Lärm beachten müssen. Außerdem seien die Lärmeinwirkungen bei Spontanpartys auch an der Wohnbebauung in dB zu messen und nicht am Ausgang der Box in dB.

Zugleich erinnerte **Frau Raab** an ein im vorigen Stadtrat beschlossenes Konzept zur Nutzung der Peißnitz. Darin wurde die Anzahl der Veranstaltungen pro Jahr auf 12 begrenzt und mit dem Schutz der Natur und der Anwohner begründet.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, äußerte sich dahingehend, dass er dem Antrag zustimmen könne.

Bezogen auf die Stellungnahme der Verwaltung machte er darauf aufmerksam, dass darin auf § 16 der Gefahrenabwehrordnung aufgeführt sei, in welchem auf ein öffentliches Interesse hingewiesen werde.

Seiner Meinung nach könnte auch der § 9 Absatz 1 angewandt werden, wonach jeder, der ein Interesse hat und Beschallungstechnik einsetzen möchte, 14 Tage vorher einen Antrag stellen muss.

Bei einer Genehmigung habe die Stadt dann auch die Pflicht Lärmmessungen durchzuführen. Ansonsten läge es im Ermessen des Veranstalters, die Schallobergrenze von 103 dB einzuhalten.

Abschließend schlug **Herr Schachtschneider** vor, alle Veranstaltungsorte noch einmal bezüglich der Beschwerden von Bürgern zu überprüfen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, erklärte, dass er den Anregungen von Herrn Schachtschneider

zustimmen könne und bat die FDP-Fraktion um Umformulierung des ersten Satz ihres Beschlussvorschlages.

Desweiteren führte **Herr Krause** aus, dass bei der Prüfung aller Plätze und der Intention einer schärferen Kontrolle beide Seiten gut damit leben könnten.

Die Streichung der Würfelwiese als Veranstaltungsort, ohne vorher eine Prüfung vorzunehmen, halte er nicht für sinnvoll. Aus diesem Grund würde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Frau Raab richtete die Bitte an den Oberbürgermeister, sich zu diesem Thema konkret zu äußern. Denn bisher gäbe es die Aussage des Oberbürgermeisters, dass die Stadträte nur über die Orte der Spontanpartys entscheiden können und für die Ausführungsbestimmungen allein die Verwaltung zuständig sei.

Bezugnehmend auf die Streichung der Würfelwiese für Spontanpartys merkte **Frau Raab** an, dass diese nicht aus den Veranstaltungsorten gestrichen werden müsse, wenn sie den gleichen Bedingungen hinsichtlich des Lärmschutzes für Anwohner unterworfen werde, wie kommerzielle Veranstalter. Ebenso müsste die Anzahl der Veranstaltungen auf der Würfelwiese in die Gesamtanzahl der auf der Peißnitz stattfindenden Veranstaltungen eingerechnet werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass man sich im Ordnungsausschuss schon ausführlich mit dieser Thematik beschäftigt habe und eine Verständigung dazu erfolgte.

Die von der FDP-Fraktion dargestellten Vorschläge seien im Rahmen der Gefahrenabwehr zu weitreichend. Im Ordnungsausschuss habe man sich dahingehend verständigt, dass auf der Würfelwiese maximal zwei Veranstaltungen pro Jahr stattfinden, welche intensiv von der Stadtverwaltung begleitet werden sollen. Dies wurde mit den Anwohnern besprochen und findet deren Zustimmung.

Herr Müller, CDU-Fraktion, verwies darauf, dass er zwar mit dem ersten Satz des Beschlussvorschlages mitgehen, jedoch die weiteren Punkte nicht nachvollziehen könne. Seiner Meinung nach werden damit nur noch die Interessen der Anwohner berücksichtigt.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte darauf aufmerksam, dass man mit dem Vorschlag der Verwaltung mitgehen sollte, welcher eine Beschränkung und deutlichere Überwachung der Veranstaltungen beinhalte. Damit wäre es weiterhin möglich, Spontanpartys zu beantragen und die Anwohner seien in größerem Maße geschützt als bisher.

Herr Misch, CDU-Fraktion, machte deutlich, dass die Spontanpartys immer unter Berücksichtigung aller Gegebenheiten, die es im sonstigen täglichen Leben auch gäbe, gesehen werden müssen.

Dabei verwies er auf die Gefahrenabwehrverordnung mit dem Passus, dass zum Beispiel in der Mittagsruhe benzingetriebene Rasenmäher o. a., die eine bestimmte Schallstärke überschreiten, nicht benutzt werden dürfen. Das gleiche gelte an Sonn- und Feiertagen. Seiner Meinung nach seien die Spontanpartys nur unter Beachtung bestimmter Schallobergrenzen durchzuführen, was dann auch dem Schutz der Bürger dienen würde.

Zum gleichen Thema führte auch Herr Wolter, **Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, aus, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen müsse, da dieser zu unbestimmt sei.

Im Namen seiner Fraktion teilte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, mit, dass man

sich schon im Ordnungsausschuss zu diesem Thema verständigt und die Verwaltung einen Lösungsvorschlag vorgetragen habe. Seiner Meinung nach hätte sich der Antrag vor dem Hintergrund der Diskussion im Ordnungsausschuss erledigt und er bat die FDP-Fraktion darum, diesen zurückzuziehen.

Bezugnehmend auf die Lärmbelästigungen der Anwohner machte **Frau Raab** noch einmal deutlich, dass die Lärmmessungen immer an den Wohnbebauungen zu messen wären und nicht am Ausgang der Lautsprecherboxen. Es bedarf einer Objektivierung von Lautstärke. Und wenn es keine einzufordernde Schallgrenze an der Wohnbebauung gäbe, würden die Beschwerden nicht aufhören.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Würfelwiese wird aus der Liste der zugelassenen Plätze für Spontanpartys gestrichen.

Alle anderen Plätze werden unter dem Gesichtspunkt der Abwägung der Interessen der betroffenen Anwohner nochmal überprüft.

Als betroffene Anwohner im Sinne dieses Beschlusses sind alle Bewohner von Wohnungen zu verstehen, deren Wohnungen sich in Reichweite der vorgegebenen Schallobergrenze befinden.

Auch bei den Spontanpartys erfolgt die Messung an der nächsten Wohnbebauung und entspricht den Grenzwerten kommerzieller Veranstaltungen.

**zu 7.9 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Unterhaltungsverband "Untere Saale"
Vorlage: V/2014/12476**

Frau Fleischer, FDP-Fraktion, informierte darüber, dass die Mitgliedschaft im Unterhaltungsverband Untere Saale der Stadt jährlich 160.000 Euro kostet.

Da die Nachfragen ihrer Fraktion im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten nicht ausreichend beantwortet werden konnten, soll mit dem jetzt vorliegenden Antrag die Verwaltung gebeten werden, darzulegen, für welche Maßnahmen die Gelder verwendet worden sind.

Sie appellierte an die Verwaltung, die aufgeführten Punkte ausführlich zu beantworten und bat die Stadträte um Zustimmung des Antrages.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte darauf aufmerksam, dass es sich nicht um einen Antrag, sondern um Fragen handeln würde, welche schon beantwortet worden sind. Aus diesem Grund werde sie dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
17 Ja-Stimmen
18 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung möge dem Stadtrat darlegen,

- wie die Stadt Halle im Unterhaltungsverband (UHV) Untere Saale vertreten wird,
- wie der Stadtrat in Entscheidungen des UHV einbezogen werden kann,
- welchen Einfluss die Stadt Halle im UHV hat,
- welche Vorhaben des UHV auf Antrag der Stadt Halle umgesetzt wurden,
- welche „Vorhaben zur naturnahen Gewässerentwicklung“ zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union vom Unterhaltungsverband Untere Saale auf dem Gebiet der Stadt Halle beantragt bzw. umgesetzt wurden.

**zu 7.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung eines Bürgerentscheids gegen die Konzessionsabgabe auf Trinkwasser in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12615**

Herr Kley, FDP-Fraktion, führte aus, dass der ursprüngliche Antrag textlich geändert wurde und es im Wesentlichen um die Geschäftspolitik bei der Bereitstellung von Trinkwasser gehe.

Es gehe jetzt darum, wie die Bürger der Stadt Halle künftig ihr Trinkwasser bekommen möchten.

Wenn es zu einer Trinkwasserabgabe kommt, könne diese nur getätigt werden, wenn das Unternehmen vorher Gewinn erzielt hat. Das heißt, es gehe nicht darum, zukünftig noch die Wassersteuer darauf zu legen, sondern auch noch zusätzlich einen Gewinn zu erwirtschaften. Dies würde zu einer deutlichen Verteuerung des Trinkwassers in der Stadt Halle kommen.

Bisher wurde seitens der Stadtwerke und ihrer Tochterunternehmen alles unternommen, um den Bürgern der Stadt das Wasser preisgünstig zur Verfügung zu stellen. Jetzt soll eine Verteuerung eingeführt werden und seine Fraktion vertrete die Auffassung, dass die Bürger die Chance haben sollten, über diese Änderung der Geschäftspolitik abzustimmen.

Herr Misch, CDU-Fraktion, informierte darüber, dass generell eine Konzessionsabgabe nur dann erhoben werden kann, wenn sie gesetzlich zulässig ist. Diese gesetzliche Zulässigkeit beschränkt sich auch auf den Umstand, dass bestimmte Kriterien innerhalb der Unternehmen eingehalten werden müssen.

Und selbst bei Einhaltung der Kriterien hätte derjenige, der eine Konzessionsabgabe zu beanspruchen hat, sich an steuerrechtlich festgelegte Obergrenzen zu halten.

Herr Misch schlug die Ablehnung des FDP-Antrages vor.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte deutlich, dass dem Antrag nicht zugestimmt werden könne, da er rechtswidrig sei. Dies wurde auch von der Stadtverwaltung noch einmal dargelegt. Gerade die Trinkwasserpreise seien in den letzten Jahren in den Fokus der Kartellbehörden gerückt. Und mit dem, seiner Meinung nach überflüssigem Antrag, solle man an dieser Stelle nicht eingreifen.

Aus diesem Grund müsse der Antrag abgelehnt werden.

Herr Kley führte aus, dass es seiner Meinung nach auch im Interesse des einen oder anderen Bürgers sei, zu wissen, wenn das Trinkwasser teurer wird. Und wenn die Kommune ein Grundnahrungsmittel zur Verfügung stellt, sollte sie an dieser Stelle auch sparsam damit umgehen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte darauf aufmerksam, dass zum ursprünglichen Antrag der FDP-Fraktion eine Änderung der Formulierung dahingehend vorgenommen wurde, dass der Bürger darüber entscheiden soll, ob die HWS zukünftig mit der Bereitstellung von Trinkwasser in der Stadt Halle (Saale) Profit erwirtschaften soll.

In diesem Zusammenhang wies er noch darauf hin, dass mit einem hohen Einsatz an Investitionen das Wassernetz vorgehalten werde und die HWS in der allgemeinen Darlegung nie Profit erwirtschaften könne. Seine Fraktion sehe keine Möglichkeit, den Antrag zu unterstützen und werde ihn deshalb ablehnen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass in den Haushaltsdebatten die Konzessionen schon aus Konsolidierungsgründen beschlossen werden müssten. Ebenso habe man in der Stadt Halle über 400 km alte Kanalleitungen mit einem hohen Sanierungsbedarf und damit gute Gründe, sorgsam damit umzugehen. Seine Fraktion werde den Antrag auf jeden Fall auch ablehnen.

Zum Abschluss der Diskussion führte **Herr Misch** noch einmal an, dass bei einer Zahlung der angesetzten Konzessionsabgabe durch die HWS an die Stadt, der erhöhte Betrag pro Kubikmeter Trinkwasser für den Bürger so gering sei, dass eine Diskussion um diesen Betrag abgelehnt werden müsse. Aus diesem Grund lehne auch er die Vorlage ab.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage und wies darauf hin, dass für die Annahme eines Bürgerentscheids eine 2/3 Mehrheit notwendig sei.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) führt am 25.05.2014 einen Bürgerentscheid durch. Der Text lautet:

„~~Die Stadt Halle (Saale) erhebt auch künftig keine Konzessionsabgabe auf Trinkwasser.~~“

„Soll die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zukünftig mit der Bereitstellung von Trinkwasser in der Stadt Halle (Saale) Profit erwirtschaften?“

zu 7.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Entwicklung eines Konzepts der Wirtschaftsförderung
Vorlage: V/2014/12614

Zum Ziel des Antrages informierte **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, dass die Verwaltung mit der Entwicklung einer Konzeption zur Wirtschaftsförderung beauftragt werden soll. Dabei sei man dem Wunsch der Verwaltung insofern entgegen gekommen, das Konzept bis September 2014 vorzulegen.

In diesem Zusammenhang äußerte **Herr Häder** die Bitte, im Rahmen der Konzeptentwicklungsphase fortlaufend im Ausschuss darüber zu berichten, um frühzeitig den Stadtratsmitgliedern die Möglichkeit zu geben, Hinweise und Ideen einzubringen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Aussagen von Herrn Häder zu.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis ~~Juni~~ **September** 2014 ein Konzept für die Gesamtstruktur der Wirtschaftsförderung in der Stadt Halle vorzulegen.

In diesem Konzept sollen folgende Eckpunkte definiert werden:

- eine fundierte IST-Standanalyse der Situation vor Ort,
- Ziele der Wirtschaftsförderung hinsichtlich der Bestandspflege und Entwicklung der ansässigen Unternehmen, der Neuansiedlung von Unternehmen und der Schaffung von Arbeitsplätzen,
- die Strategie zur Erreichung der Ziele,
- aus Sicht der Verwaltung die Integration und Koordination der Aktivitäten bestehender Akteure wie Fachbereich Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing GmbH, Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalekreis mbH & Co (star park*), Hafen Halle GmbH, Dienstleistungszentrum Wirtschaft sowie Akteure außerhalb der Verwaltung wie z.B. Pro Halle u.a.
- die für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderungsstrategie erforderlichen personellen und finanziellen Mittel.

zu 7.13 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erläuterungen zum Haushaltsplan 2015
Vorlage: V/2014/12398
- erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters -

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fasste zusammen, dass der Antrag in der letzten Sitzung beschlossen wurde und der Oberbürgermeister Widerspruch, bezogen auf die Ziffer c des Antrages, mit der Begründung des Eingreifens in seine Rechte, eingelegt habe.

Nach Meinung seiner Fraktion greife man nicht in die Rechte des Oberbürgermeisters ein, da es nur darum gehe, die Ergebnisse der Haushaltsklausuren kommuniziert zu bekommen. Auch sei er der Annahme, dass der Stadtrat Herr des Verfahrens ist und deshalb das Recht habe, die innerhalb der Verwaltung gemachten Vorgaben zu kennen.

Aus diesem Grund bat **Herr Wehrich** darum, den Beschluss noch einmal zu fassen und damit den Widerspruch des Oberbürgermeisters zurückzuweisen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des vorliegenden Antrages.

Nach der Behandlung der Tagesordnungspunkte 7.14, 7.15 und 7.16 gab **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, den Hinweis, dass zur Abstimmung des Antrages TOP 7.13 eine Klarstellung erforderlich sei.

Er führte aus, dass nur über den Punkt c der Vorlage abzustimmen sei, auf welchen sich der Widerspruch des Oberbürgermeisters beziehe.

Nach Rücksprache mit Herrn Schreyer, Fachbereichsleiter Recht, stellte **Herr Bartl** klar, dass wegen des Widerspruchs des Oberbürgermeisters zum Punkt c) der Beschluss in Gänze einschließlich der hinzugefügten Änderungsanträge f) und g) abgestimmt werden muss und bat noch einmal um Abstimmung des Antrages.

Anmerkungen:

Die Mitglieder des Stadtrates verständigten sich darauf, den geänderten Beschluss aus der Stadtratssitzung vom 26. März abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

1 Nein-Stimme

geänderter Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Haushaltsplanentwurf 2015 folgende zusätzliche Erläuterungen in geeigneter Form aufzunehmen:
 - a. Darstellung aller neu vorgeschlagenen Vorhaben des Investitionsprogrammes mit jeweiliger Kurzbeschreibung
 - b. Darstellung aller - im Vergleich mit dem Investitionsprogramm des HH 2014 - nicht mehr für eine Umsetzung vorgeschlagenen Vorhaben des Investitionsprogrammes **ab einem Wertumfang von 50.000 €** mit jeweiliger Kurzbeschreibung
 - c. Darstellung aller infolge von Haushaltsklausuren der Stadtverwaltung festgelegten Konsolidierungsbeiträge
 - d. Darstellung der Abweichungen des Haushaltsjahres 2015 gegenüber dem Haushaltsjahr 2014 nicht nur zusammenfassend bei den Geschäfts- und Fachbereichen, sondern bei den einzelnen Produkten
 - e. gesonderte Kennzeichnung von neu vorgeschlagenen kw-Setzungen im Stellenplan
 - f. **Darstellung mit Kommentar von Strukturänderungen im gesamten Haushaltsplan im Vergleich zum Vorjahr, inklusive Darstellung aller Veränderung (Umbenennungen, Umbesetzungen etc.) im Stellenplan zum Vorjahr**
 - g. **quartalsweise Darstellung des IST Haushaltszahlen in Form einer Excel-Tabelle**

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Stadtratsbeschluss vom 27.03.2013 zur Darstellung der Leistungsebene in der Haushaltsplanung (Beschluss zu Antrag V/2013/11502) vollständig umzusetzen.

Dem Widerspruch des Oberbürgermeisters wurde damit nicht stattgegeben.

zu 7.14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu temporären Aufwertungsmaßnahmen am Saaleufer im Sommer 2014
Vorlage: V/2014/12611

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte darüber, dass die mit dem Antrag geforderte Umsetzung von Aufwertungsmaßnahmen am Saaleufer durch eine Privatinitiative schon umgesetzt wurde und zog im Namen ihrer Fraktion den Antrag zurück.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird zur einmaligen Erprobung kostengünstiger und niedrighwelliger Aufwertungsmaßnahmen während des Sommers 2014 beauftragt, die Aufschüttung eines Sandstrands am Saaleufer der Ziegelwiese und ein gastronomisches Angebot inklusive Sitzmöglichkeiten am Saalestrand unterhalb der Klausberge (Bereich Riveufer – Emil-Eichhorn-Straße) selbst umzusetzen beziehungsweise in Abstimmung mit Dritten sicherzustellen.

zu 7.15 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sauberkeit des Hufeisenseegeländes
Vorlage: V/2014/12504

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte zum Antrag ihrer Fraktion mit, dass rund um den Hufeisensee Abfallbehälter aufgestellt werden sollen. Diese Maßnahme werde damit begründet, dass es sich bei dem Gebiet um ein Naherholungsgebiet handelt, in welchem sich im Sommer viele Menschen aufhalten und es dort ein Müllproblem gäbe.

In den Beratungen im Ausschuss habe man zwar viele Gründe gehört, warum dies nicht möglich sei. Ihre Fraktion vertrete jedoch der Meinung, dass diese nicht zutreffen und die Stadtverwaltung hier eine Lösung finden sollte.

Die Argumente, dass es sich damit um eine Legalisierung des Badegewässers handelt oder zu Vandalismus führe, werden an anderer Stelle auch nicht angeführt.

Herr Misch, CDU-Fraktion, berichtete, dass im Ausschuss deutlich gemacht wurde, dass es aus technischen Gründen nicht möglich wäre, an allen Stellen große Abfallbehälter aufzustellen, weil das die Zufahrtswege dort nicht zulassen. Ebenso wurde herausgearbeitet, dass diejenigen, die ihren Müll entsorgen möchten, dies in dem aufgestellten Container tun können.

Seiner Auffassung nach beginne die Vermüllung nicht am Hufeisensee, sondern bei denjenigen, die ihren Müll dort einfach entsorgen. Als Beispiel führte **Herr Misch** die

Rathaustreppe an, welche trotz vorhandener Papierkörbe bei schönem Wetter stark verschmutzt wird. Deshalb sollte man nicht glauben, dass durch das Aufstellen von mehr Abfallbehältern sich in dem Bewusstsein derjenigen, die dieses jetzt nicht haben, etwas ändern würde.

Die Stadtverwaltung hätte jedoch noch die Möglichkeit, das Ordnungsrecht in Anspruch zu nehmen und mit Hinweis auf die Gefahrenabwehrverordnung höhere Strafen für Müllsünder zu erlassen und dies auch zu publizieren.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, merkte an, dass man es ebenfalls begrüßen würde, den Bereich des Hufeisensees mit Müllbehältern aufzuwerten.

Im Ausschuss wurde jedoch schon mitgeteilt, dass es nicht möglich wäre, da der See nicht ringsherum zugänglich sei. Für die Entleerung der Müllbehälter brauche man einen Rundweg, welcher zwar Bestandteil des B-Planes ist, den die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aber nicht zugestimmt hätten.

Bezüglich der Aussagen von Herr Scholtyssek zum B-Plan stellte **Frau Krausbeck** fest, dass diese Entscheidung anscheinend auch die Lösung der Stadtverwaltung sei.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, jährlich zwischen Mai und September rund um den Hufeisensee geeignete Abfallbehälter aufzustellen und regelmäßig entleeren zu lassen.

zu 7.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Bebauungsplans für den Riebeckplatz
Vorlage: V/2014/12507

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte den Antrag seiner Fraktion dahingehend, dass die Forderung bestehe, eine Rahmenleitplanung für den Riebeckplatz zu erarbeiten, welche dann in einen Bebauungsplan münde.

Er bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung Halle wird beauftragt, einen öffentlichen Prozess inklusive BürgerInnenbeteiligung zur Erstellung eines städtebaulichen Konzepts für die städtebauliche Gestaltung und Entwicklung des gesamten Riebeckplatz-Areals in die Wege zu leiten.
2. Der Betrachtungsbereich soll dabei die Fläche von der Magdeburger Straße/Einmündung Anhalter Straße im Norden bis zur ersten Gleisüberführung/Beginn der Delitzscher Straße im Osten, bis zur Kreuzung Merseburger Straße/Rudolf-Ernst-Weise-Straße/Willy-Brandt-Straße im Süden und der Einmündung Franckestraße/Höhe Haus des Lehrers im Westen umfassen.

3. Auf der Grundlage dieses städtebaulichen Konzepts legt die Stadtverwaltung dem Stadtrat den Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan zur Entscheidung vor.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

- zu 8.1 Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Zukunft des Stadtbads
Vorlage: V/2014/12680**
-

- zu 8.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag zur Zukunft des Stadtbads (V/2014/12680)
Vorlage: V/2014/12768**
-

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

- zu 8.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag zur Zukunft des Stadtbads (V/2014/12680)
Vorlage: V/2014/12768**
-

Abstimmungsergebnis: erledigt
Änderungen durch Antragsteller übernommen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird durch folgenden Text ersetzt:

~~Die Betriebsfähigkeit des Stadtbades wird umgehend wiederhergestellt. Die Finanzierung erfolgt aus den städtischen Mehreinnahmen aus dem FAG.~~

Stabstrich ergänzt:

- Die Sanierung der Frauenhalle des Stadtbades wird umgehend in Auftrag gegeben.

- zu 8.1 Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Zukunft des Stadtbads
Vorlage: V/2014/12680**
-

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Arbeitsgruppe Stadtbad des Stadtfachausschusses Schwimmen des Stadtsporthalles Halle (Saale), der Bäder GmbH und dem Förderverein Zukunft Stadtbad Halle (Saale) Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen,

- ein gemeinwohlorientiertes Betreibermodell für das Stadtbad zu entwickeln, das das Bad als identitätsstiftendes Baudenkmal und als Sportbad für das Schul-, Vereins- und öffentliche Schwimmen erhält,
- und eine Sanierungsvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und einem gemeinwohlorientierten Betreiber zu prüfen, die eine schrittweise Sanierung des Stadtbades mit Fördermitteln, städtischen Mitteln und Mitteln des Betreibers ermöglicht.
- **Die Sanierung der Frauenhalle des Stadtbades wird umgehend in Auftrag gegeben.**

Die Verwaltung wird beauftragt, im Stadtrat über das Ergebnis der Verhandlungen zu berichten.

zu 8.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Verbesserung der verkehrlichen Leistungsfähigkeit der Merseburger Straße/Höhe Rosengartenbrücken Vorlage: V/2014/12587

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem TOP 7.5 behandelt.

zu 8.3 Antrag der CDU-Fraktion zur Bewirtschaftung der Saale-Talsperren Vorlage: V/2014/12710

zu 8.3.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der CDU-Fraktion zur Bewirtschaftung der Saale-Talsperren Vorlage: V/2014/12786

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, informierte darüber, dass es seit dem Hochwasser im letzten Jahr vielfältige Überlegungen gäbe, die Stadt besser vor Hochwasser zu schützen. Eine Überlegung sei dabei auch eine Initiative der Städte Jena und Weißenfels, das Rückhaltevolumen in den Talsperren in Thüringen zu vergrößern. Derzeit werden dort nur etwa 10 % des Stauraumes für Hochwasserfälle freigehalten. Seine Fraktion halte es für sinnvoll, in die Diskussion um die Vergrößerung des Stauraumes einzutreten, um auch für die Stadt Halle die Auswirkungen eines Hochwassers zu verringern.

Herr Scholtyssek warb um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Mit Bezug auf den Änderungsantrag seiner Fraktion bat **Herr Krause, SPD-Fraktion**, die CDU-Fraktion um die Übernahme des Änderungsantrages.

Bezüglich der Gründungsveranstaltung der Initiative zum Hochwasserschutz soll durch die Stadt Halle ein Vertreter entsandt werden, um über die aktuelle Entwicklung informiert zu

sein.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte den Antrag und die überregionale Abstimmung der Stadt Halle zum Thema Hochwasser. Dabei sei die Frage des Retentionsvolumens der Saaletalsperren ein wichtiger Punkt.

Seine Fraktion werde dem Antrag der CDU-Fraktion und auch dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, teilte mit, dass seine Fraktion den Änderungsantrag der SPD-Fraktion übernehmen wird. Aus diesem Grund müsse nur über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt werden.

**zu 8.3.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der CDU-Fraktion zur Bewirtschaftung der Saale-Talsperren
Vorlage: V/2014/12786**

Abstimmungsergebnis:

erledigt

Änderungen durch Antragsteller übernommen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Dem Antragstext wird folgender Satz angefügt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zur Gründungsveranstaltung der Initiative am 29.06.2014 in Weißenfels einen Vertreter zu entsenden.“

**zu 8.3 Antrag der CDU-Fraktion zur Bewirtschaftung der Saale-Talsperren
Vorlage: V/2014/12710**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Die Stadt Halle (Saale) schließt sich der Initiative der Städte Jena und Weißenfels mit dem Ziel der Änderung der Bewirtschaftung der Saale-Talsperren zur Vergrößerung des Rückhaltevolumens bei Hochwasser an.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Gründungsveranstaltung der Initiative am 29.06.2014 in Weißenfels einen Vertreter zu entsenden.

**zu 8.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Kurzdarstellung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes
Vorlage: V/2014/12711**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Verwaltung erstellt auf wenigen Seiten eine Zusammenfassung des gültigen Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes. Der Auszug beschränkt sich auf Ziele, Grundsätze und Kriterien und dient als praxistauglicher Maßstab für eine eindeutige Entscheidung bei der Zulässigkeit von Vorhaben.

**zu 8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Anpassung der Halleschen Sortimentsliste
Vorlage: V/2014/12712**

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, machte deutlich, dass es seiner Fraktion mit dem Antrag darum gehe, die Fahrradhändler bzw. Fahrradladenbesitzer in den Einzelhandelszentren zu schützen. Bei den großen Discountern finde man auch Fahrräder im Angebot, was möglicherweise dazu führt, dass die Fahrradladenbesitzer weniger Kunden haben. Dies soll verhindert werden, da sich die Fahrradläden in der Stadt gut angesiedelt hätten.

Zur weiteren Diskussion verwies **Herr Dr. Meerheim** den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
und in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

*Der Stadtrat beschließt:
„Fahrräder und technisches Zubehör“ wird in der Halleschen Sortimentsliste dem Bereich
„Zentrenrelevante Sortimente“ zugeordnet.*

zu 8.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum gemeinsamen Internetauftritt der Kreisvolkshochschule Saalekreis und der Volkshochschule „Adolf Reichwein“ Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12603
- erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters -

Herr Krause, SPD-Fraktion, bat darum, dem Antrag zuzustimmen.

Entgegen der Aussage in der Stellungnahme der Verwaltung vertrete man die Meinung, dass das Anliegen nicht als laufendes Geschäft der Verwaltung betrachtet werden kann, sondern es sich um eine strukturelle Erweiterung des Ausbaus der Einrichtung handelt. Es sollen qualitativ neue und bisher nicht vorhandene Formen der Angebotspräsentation geschaffen werden.

Außerdem beinhaltet der Antrag den Auftrag an die Verwaltung, mit anderen Gebietskörperschaften über den Aufbau einer gemeinsamen Struktur auf der Internetseite in Verhandlungen zu treten. Dies hätte möglicherweise strukturelle Veränderungen bei den Einrichtungen oder den Abschluss eines Vertrages bzw. einer Zweckvereinbarung oder den Aufbau einer neuen gemeinsamen Rechtsform zur Folge. Dabei würde es sich nicht um ein laufendes Geschäft der Verwaltung handeln.

Auch sei es bisher aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich gewesen, ein Anmelde-, Zahlungs- und Abrechnungsverfahren bei den Volkshochschulen von einer gemeinsamen Internetseite aus, zu tätigen.

Herr Krause führte weiter dazu aus, dass er die Aussage der Verwaltung, mit dem Beschluss in den Wirkungsbereich des Oberbürgermeisters einzugreifen, nicht nachvollziehen könne.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass der Antrag unklar formuliert sei, da die Ausführungen von Herrn Krause nicht dem Antragstext entsprechen würden.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen gemeinsamen, integrierten Internetauftritt der Kreisvolkshochschule Saalekreis und der Volkshochschule „Adolf Reichwein“ Halle (Saale) auf den Weg zu bringen, der auch eine integrierte Anmelde-möglichkeit zu den Kursen beider Einrichtungen beinhaltet.

Anmerkung:

Dem Widerspruch des Oberbürgermeisters wurde damit nicht stattgegeben.

zu 8.7 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für die Katzenkastration
Vorlage: V/2014/12728

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, begründete das Anliegen des Antrages damit, das Wohl der Tiere zu sichern und die Gefahren für den Menschen so klein wie möglich zu halten. Im Jahr 2011 wurden die Mittel für die Katzenkastration gestrichen mit der Folge der Zunahme der Katzen in den Tierheimen, was ein großes Problem darstelle. Mit der Einstellung der Mittel hätten die Tierversuche die Möglichkeit, ihre gute Arbeit in der Stadt fortzusetzen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, sprach sich im Namen seiner Fraktion für die Unterstützung des Antrages der SPD-Fraktion aus. Er beantragte im Namen seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Finanzausschuss im September bzw. Oktober, um bei Vorliegen des Haushaltsentwurfes gegebenenfalls über die Deckung gemeinsam zu diskutieren.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte darauf aufmerksam, dass ihre Fraktion schon im Jahr 2011 dieses Thema angesprochen habe und das Problem nicht allein aus Spendenmitteln aktiviert werden kann. Deshalb werde ihre Fraktion den Antrag unterstützen.

Zum gleichen Thema informierte **Frau Raab, FDP-Fraktion**, dass ihre Fraktion schon im Jahr 2011, nach der Streichung der Mittel für die Tierschutzvereine zur Katzenkastration, mit einem Antrag zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung reagiert habe. Darin sollten die Besitzer freilaufender Katzen verpflichtet werden, diese zu kastrieren, um die negativen Auswirkungen abzumildern. Der Prüfauftrag wurde zum damaligen Zeitpunkt von der Verwaltung angenommen.

Frau Raab bat die Verwaltung darum, bei der Diskussion im Finanzausschuss im September bzw. Oktober zu diesem Thema, über das Ergebnis der Prüfung des damaligen Beschlusses zu berichten und ob beabsichtigt sei, die Gefahrenabwehrverordnung dahingehend zu ändern, die Katzenhalter freilaufender Katzen zu verpflichten, ihre Tiere kastrieren zu lassen.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Frau Raab machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf aufmerksam, dass die angesprochenen Punkte im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten schon ausführlich dargestellt und besprochen worden sind.

Im Namen seiner Fraktion verwies **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, den Antrag zur weiteren Diskussion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung
und Liegenschaften**
und
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in den Entwurf des Haushaltsplans 2015 10.000 Euro für die Bezuschussung der haleschen Tierschutzvereine zum Zweck der Durchführung von Kastrationen bei Streunerkatzen aufzunehmen.

zu 8.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Cinemaxx-Kinos im Charlottencenter Vorlage: V/2014/12717

Frau Fleischer, FDP-Fraktion, informierte darüber, dass die Stadtverwaltung aufgefordert werden soll, auf die Eigentümer und den Betreiber des Cinemaxx-Kinos einzuwirken, Verhandlungen dahingehend aufzunehmen, das Großkino in Halle weiter zu erhalten.

In diesem Zusammenhang erinnerte sie an die Forderung vom November an die Stadtverwaltung zur Erstellung eines Konzeptes zur Belegung der oberen Leipziger Straße. Es gäbe immer noch eine große Lücke in Bezug auf Leerstand und Citymanagement und die Aufgaben wurde bisher nicht in ausreichendem Maße erfüllt.

Da sich mit der Antwort der Verwaltung der Antrag erledigt habe, stellte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, den Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung des Antrages.

Herr Kley, FDP-Fraktion, informierte darüber, dass der Antrag seiner Fraktion mit der Stellungnahme der Verwaltung nicht abgeschlossen wäre, da die Verwaltung mit dem Ziel des Erhalts des Cinemaxx-Kinos aktiv werden soll. Bisher habe man keine ernsthaften Unternehmungen erkennen können, dass das Kino weiter zu betreiben ist. In dieser Angelegenheit sei ein klares Bekenntnis notwendig, um ein Signal zu setzen, dass das Interesse am Verbleiben des Cinemaxx-Kinos in der Stadt besteht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass er im nicht öffentlichen Teil der letzten Stadtratssitzung ausführlich zu diesem Thema Stellung bezogen habe.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Wolter auf Erledigung.

Abstimmungsergebnis:

erledigt
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion
MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem Eigentümer und dem Betreiber des Cinemaxx-Kinos im Charlottencenter Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, weiterhin im Charlottencenter ein Groß-Kino zu erhalten.

zu 8.9 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Kommunalwahl am 25.05.2014
Vorlage: V/2014/12718

Zum Anliegen des Antrages ihrer Fraktion teilte **Frau Raab, FDP-Fraktion**, mit, dass die Verwaltung ihre Möglichkeiten wahrnehmen soll, innerhalb der Schulen auf die Kommunalwahl aufmerksam zu machen und bat um Zustimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wirbt in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen der weiterführenden Schulen in Halle (Saale) insbesondere bei den 16- und 17-jährigen für die Teilnahme an der Kommunalwahl am 25.05.2014.

zu 8.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Gestaltungsbeirat der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12725

Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion, bezog sich in seinen Ausführungen darauf, dass der Gestaltungsbeirat eine freiwillige Leistung der Stadt sei, welche sie sich im Jahr 2001 auferlegt hat. Der Beirat war mit dem Ziel angedacht, städtische Großprojekte zu begleiten.

Laut Gesetz seien jedoch die Bauträger nicht verpflichtet, den Gestaltungsbeirat in ihre Vorhaben einzubinden. Und auch das Land habe es bei Großprojekten in Halle abgelehnt, den Gestaltungsbeirat einzubeziehen.

Auch in der letzten Sitzung des Beirates habe sich wieder deutlich gezeigt, dass der Gestaltungsbeirat in keine größeren Projekte einbezogen werde und mit der Vorstellung von Projekten die Einbeziehung des Beirates zu spät erfolgt.

Seiner Meinung nach rechtfertige sich deshalb nicht die Hochkarätigkeit des Beirates und seine Fraktion plädierte aus den genannten Gründen für die Abschaffung des Gestaltungsbeirates.

Herr Sänger, CDU-Fraktion, verwies den Antrag namens seiner Fraktion in den Planungsausschuss.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, konnte die Ausführungen von Herrn Dr. Wöllenweber nicht nachvollziehen. Er halte den Gestaltungsbeirat für sehr wichtig, da es mit ihm die Möglichkeit gäbe, dass Fachleute von außen Hinweise und Anregungen geben können, die bisher wesentlich zur Verbesserung der Bauprojekte beigetragen hätten.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, machte die gleichen Aussagen zur Arbeit des Gestaltungsbeirates wie Herr Feigl.

In Bezug auf die Verweisung des Antrages in den Planungsausschuss führte er aus, dass die Thematik mehr mit Kultur als mit Bauen zu tun habe und der Antrag deshalb auch in den

Kulturausschuss verwiesen werden sollte.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, merkte an, dass eine Aufgabe dahingehend definiert werden müsse, wie man es schaffen könnte, ein Instrument zur Mitgestaltung bei großen Baumaßnahmen in der Stadt zu erhalten, um eine Auseinandersetzung über die Baukultur in der Stadt zu führen.

Da das Thema sehr umfassend sei und in die Satzung eingreife verwies er den Antrag noch in den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion
in den
Kulturausschuss
und

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

1. *Der Beschluss des Stadtrates zur Bildung eines Gestaltungsbeirates (Beschluss-Nr.: III/2000/00980) vom 23.05.2001 und die dazu gehörenden Rechtsgrundlagen werden aufgehoben.*
2. *Die finanzielle Ausstattung der Arbeit des Gestaltungsbeirates wird zur Haushaltskonsolidierung herangezogen.*

**zu 8.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum künftigen Standort der Eissporthalle und dem Verlauf des Hochwasserschutzdeiches
Vorlage: V/2014/12736**

**zu 8.11.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum künftigen Standort der Eissporthalle und dem Verlauf des Hochwasserschutzdeiches
(V/2014/12736)
Vorlage: V/2014/12787**

Auf Antrag des Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Wiegand, wurde zum TOP 8.11 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Häder, Fraktion, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Eines der wichtigsten Bauvorhaben in unserer Stadt derzeit, ist leider auch eines der umstrittensten Bauvorhaben. Die Notwendigkeit einer neuen Hochwasserschutzanlage für die Neustadt ist sicher unbestritten und zieht niemand in Zweifel.

Heftig diskutiert wird der Verlauf des Deiches, insbesondere im Hinblick darauf, ob eventuell durch den derzeit geplanten Deichverlauf notwendige Überflutungsfläche verloren geht und die Hochwassergefahren für andere Stadtteile erhöht werden.

Inhaltlich möchte ich das gar nicht bewerten, sondern der Antrag zielt in eine ganz andere Richtung. Nämlich daran, dass das zuständige Landesamt die jetzige Planung ausschließlich damit begründet, dass die Eissporthalle in den Schutzbereich des Neubaus des Deiches einzubeziehen ist.

Wir wissen aber alle, dass die Eissporthalle an dem jetzigen Standort zunächst erst mal abgerissen werden soll und es fraglich ist, ob sie denn überhaupt wieder an diesem Standort errichtet wird, weil wir im letzten Stadtrat beschlossen haben, insgesamt drei Standorte nochmal einer näheren Prüfung zu unterziehen. Das ist zum einen der bisherige Standort, zum anderen der in relativer Nähe oder unmittelbarer Nähe gelegene Standort Blücherstraße und das dritte war in der Nietlebener Straße.

Ich denke, da wir momentan keine Klarheit über diesen Standort der Eissporthalle haben, ist es aus unserer Sicht nicht zwingend notwendig, zu sagen, die Eissporthalle ist an dem Punkt gesetzt und der Dammverlauf muss zwingend so gewählt werden, wie er gewählt werden müsste, wenn die Eissporthalle da stünde.

Die ganze Diskussion natürlich nur unter der Bedingung, wenn im Prinzip durch eine Veränderung der Deichführung, die vielleicht dadurch ermöglicht wird, wenn die Eissporthalle woanders hinkommt, es keinesfalls zur Verzögerung kommen soll, weil das auch nicht in unserem Interesse ist, zu sagen, dass die Neustadt länger als nötig ohne den notwendigen Schutz dasteht.

Aber wir haben ja schon gehört, dass zu befürchten ist, dass bei der Wahl des jetzigen Deichverlaufs mit Klagen der Anwohner aus der Klostervorstadt zu rechnen ist, was wiederum höchstwahrscheinlich zur Folge hätte, dass zwingend es zu einer Verzögerung des Baues kommt, was wiederum schlecht wäre, einen schnellstmöglichen Schutz zu erreichen.

Im Übrigen stellt sich natürlich die Frage, ob durch einen geraden Deichverlauf parallel zum Gimritzer Damm nicht sogar Kostenvorteile zu erzielen sind, weil natürlich die Trassenführung deutlich einfacher ist, als wenn ich da so einen geschlängelten Deich entlang der Halle-Saale-Schleife wähle.

Unter dieser Maßgabe geht es uns darum, zu sagen, wir würden nicht an dem bisherigen Standort Eissporthalle festhalten, wenn es positive Auswirkungen auf den Deichneubau hat und dementsprechend unter dieser Maßgabe wären wir bereit, zu sagen, die Eissporthalle soll an einem anderen Standort errichtet werden.

Und im Übrigen würden wir dann den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft bitten, dann die Planungen nochmals zu prüfen.

Vor dem Hintergrund können wir auch die Stellungnahme der Verwaltung nicht nachvollziehen, wo gesagt wird, der Stadtrat oder die Stadt wäre nicht zuständig für die Entscheidung, weil, die einzige Entscheidung, die wir hier treffen, wäre diejenige zum Standort der Eissporthalle. Das ist sicher zweifelsohne eine Aufgabe, mit der der Stadtrat zu befassen ist, zumal es auch entsprechende Vorlagen der Verwaltung in dieser Richtung gibt.

Desweiteren ist in dem Antrag lediglich eine Bitte an das zuständige Landesamt enthalten, so dass wir da auch gar keine Bedenken haben, hinsichtlich der Zuständigkeit des Stadtrates bei der jetzigen Fassung des Antrages.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Dankeschön, Herr Sprung bitte.

Herr Sprung, CDU-Fraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren.

Im Namen der CDU-Fraktion verweise ich diesen Antrag in den Planungsausschuss.

Das ist so weiterführend und komplex dieses Thema. Es geht ja nicht nur um die Eissport-halle an sich, sondern im Zusammenhang mit dem Damm, dass wir das gerne mit weiter-führenden Informationen besprechen würden in dem Gremium, was hier in den Rahmen nicht möglich ist.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Dr. Meerheim bitte.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE

Wir verweisen den auch. Nicht nur in den Planungsausschuss, sondern auch in den Sport- und in den Finanzausschuss. Und ich sage auch gleich warum.

Der Antrag an sich stimmt uns sehr positiv, nur seine Auswirkungen sind hier weder in der Stellungnahme der Verwaltung noch in dem Papier oder in den Anträgen selbst und damit in der Begründung dargestellt und war sicherlich auch nicht möglich. Ist gar kein Vorwurf.

Denn wenn wir heute beschließen würden, dass wir dort nicht bauen wollen, habe ich nur noch zwei Alternativen. Und wir haben damals einen Beschluss gefasst, das ist noch nicht so lange her, dass wir gesagt haben, wir wollen auch diese Alternative einer erneuten Prüfung, wie die beiden anderen Standorte Blücherstraße und Nietlebener Straße, unterziehen.

Und haben der Verwaltung auch aufgegeben, bis wann sie das uns wieder vorzulegen hat. Meines Wissens nächsten Monat. Denn damals galt ja noch die Frist 30. Juni für alle Anträge, die wir für die Fluthilfemittel beim Land abzugeben hatten.

Und ich hoffe sehr darauf, dass die Stadtverwaltung diesem Beschluss auch folgt und uns im Mai die Prüfungsergebnisse zu den einzelnen drei Standorten vorlegen kann. Dann kann man diesen Antrag, der wird ja dann wieder parallel dazu verhandelt.

Aber ich bin nicht bereit oder wir sind nicht bereit, diesen Standort komplett auszuschließen, weil wir nicht wissen, wie die Ergebnisse der Prüfungen zu den beiden anderen ausgehen. Sowohl was finanziell möglich oder notwendig wäre, wenn wir uns für einen der beiden Standorte entscheiden, welche Zusatzkosten auf die Stadt zu kommen.

Und vor dem Hintergrund ist es für uns wichtig, dass wir diese Dinge im Mai in den entsprechenden Ausschüssen erfahren und vielleicht gleich gemeinsam mit der erwartenden Beschlussvorlage der Stadtverwaltung im Mai dann behandeln können. Die Erkenntnisse müssten ja zumindest zum Zeitpunkt der Ausschüsse dann schon vorliegen und könnten dort in die Diskussion mit einfließen.

Deswegen würden wir es gern in diese drei Ausschüsse verweisen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Danke, Herr Wehrich.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ja, meine sehr geehrte Damen und Herren. Ich bedaure es, dass dieser Antrag verwiesen wurde.

Wir hätten nämlich heute gerne entschieden und zwar im Sinne unseres Änderungsantrages, weil wir denken, es ist jetzt an der Zeit zu entscheiden.

Wir dürfen diese Entscheidung nicht länger heraus zögern, weil im Grunde genommen alle Fakten ganz klar auf dem Tisch liegen. Wir denken, dass es eindeutig ist, dass dieser Standort nicht geeignet ist, dort die Eissporthalle zu bauen, aus unterschiedlichen Gründen. Und wir denken, dass es auch jetzt an der Zeit ist, klar zu bekennen, dass wir eine andere Deichlinie in diesem Bereich haben wollen.

Wir sind der Auffassung, dass die ganzen Entwicklungen, die in der letzten Zeit sich dort vollzogen haben, uns einfach keine andere Wahl lassen und dass es heute eigentlich der Zeitpunkt gewesen wäre, die Weichen dafür zu stellen, dass diese Entscheidungen getroffen werden.

Ich will noch ein paar Gründe nennen, Denis Häder hat ja schon einiges genannt.

Nochmal zum Thema Hochwasserschutz. Es ist für mich absolut klar, dass diese Variante, die dort jetzt in der Diskussion steht, dass es nicht die optimalste ist. Diese Variante und da sollten wir uns nichts vormachen, ist nur deswegen so entstanden, weil die Stadt die Vorgabe gemacht hat, die Eissporthalle soll wieder an diesen Standort.

Ohne die Eissporthalle würde der LHW auch eine ganz andere Linie bauen. Eine Linie die auch hydraulisch günstiger ist. Ohne das jetzt ganz konkret im Detail belegen zu können, ist aber auch klar, dass im Falle eines Hochwassers durch diesen Bauch, der dort eingebaut werden soll, dass ein sehr hoher Druck auf diesem Deich liegt und dass das ein Risiko im Hochwasserfall darstellt.

Und, auch darauf ist Denis Häder schon eingegangen, das ist auch für uns das wichtigste Argument, wir denken, dass es eine Beschleunigung der Verfahren bedeutet, wenn wir diese Entscheidung treffen, die Eissporthalle an einem anderen Standort zu bauen und eine andere Deichlinie zu wählen. Weil wir nämlich vermeiden, dass gegen diese Deichlinie geklagt werde. Und das ist das schlimmste, was in so einem Zusammenhang überhaupt passieren kann. Weil durch diese Klagen nämlich diese Vorhaben am allermeisten verzögert werden.

Und deswegen sollten wir alles tun, diese Klage zu vermeiden und wir denken, es führt dann zu einer Beschleunigung, weil es gelingen kann, dass dieser Deich dann schneller fertig gestellt wird.

Es wird natürlich länger dauern das Planungsverfahren. Aber das ist beherrschbar aus meiner Sicht, das würde sich nur um wenige Monate handeln, wenn das jetzt zügig umgesetzt wird. Aber der Deich würde in real viel schneller an dem Ort stehen und viel schneller den Schutz von Neustadt sicherstellen.

Und das gleiche gilt auch für die Eissporthalle. Weil, die Eissporthalle ist ja letztendlich am Standort Gimritzer Damm auch von den Deichplanungen abhängig. Das bedeutet, ohne Deich auch keine Eissporthalle am Gimritzer Damm.

Also würden wir implizit auch bewirken, dass die Eissporthalle schneller gebaut werden

kann.

Und last but not least noch ein Argument. Wir wissen alle, wir alle haben realisiert, wie schwierig diese Auseinandersetzung ist um diesen Deich. Wie die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Altstadt und Neustadt aufeinanderprallen.

Und ich denke, wir haben auch eine Verantwortung dafür, dass sich diese Konflikte nicht weiter ausweiten. Und deswegen kann es aus meiner Sicht nur eine Lösung geben, die da heißt, die Eissporthalle nicht an den Gimritzer Damm zu bauen und eine andere Deichlinie zu wählen, die keine negative Beeinflussung für die Altstadt mit sich bringt, keine Konflikte herbei beschwört und sehr schnell umgesetzt werden kann. Dankeschön.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Frau Raab bitte.

Frau Raab, FDP-Fraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte. Ich war auch, genau wie Denis Häder, bei dieser Veranstaltung in der Händelhalle, wo relativ klar zwei Botschaften übergebracht worden.

Zum Einen der Knickverlauf der jetzigen Planung, resultiert aus den Vorgaben der Stadt der schutzwürdigen Güter. Das ist zum einen Schutz Halle-Neustadts vor Hochwasser und zum anderen Schutz der Eissporthalle, also Einbindung der Eissporthalle in diesen Hochwasserschutz.

Das waren die Voraussetzungen, warum der Landesbetrieb diesen Verlauf geplant hat. Und ja, er hat bis jetzt keinen anderen Verlauf geplant.

Die Anwohner der Altstadt, der Klostervorstadt, des Gut Gimritz und zusammengeführt in dieser Interessengemeinschaft, haben auf jeden Fall vor, diesen Verlauf zu beklagen und das ist auch ihr gutes Recht. Dafür leben wir in einem Rechtsstaat. Wenn sie sich von diesen Entscheidungen bedroht fühlen, können sie das gern machen.

Wir belauern uns hier alle seit Monaten gegenseitig und müssen auch wirklich jetzt mal deutlich werden. Was steht hier, frei von Emotionen, zur Debatte? Hochwasserschutz.

Wenn die Anwohner der Altstadt klagen und das werden sie, zieht sich das bis zu drei Jahren hin, bis wir hier mal zu einer Entscheidung kommen und bauen können oder auch nicht.

Wenn der Landesbetrieb eine neue Planung macht, ist das eine Verzögerung von einem halben Jahr. Wenn ich wirklich ernsthaft Hochwasserschutz für die Neustädter möchte, dann muss ich mich doch für die kürzere Frist entscheiden, weil ich ja nicht voraussagen kann, wann das nächste Hochwasser kommt und beiße in den sauren Apfel und nehme das halbe Jahr Verzögerung und plane neu. Und pokere nicht bis auf Teufel komm raus, ob dann, wie dann dieser Prozess ausgeht, der dann bis zu drei Jahren dauern kann.

Mein Herz schlägt, ich hab oft genug zum Thema Eissporthalle gesprochen, natürlich für den alten Standort. Aber, mein Herz schlägt noch mehr überhaupt für eine Eissporthalle. Und ich habe echt Sorge, wenn wir uns hier weiter so belauern und keiner traut sich hier wirklich was auszusprechen. Man merkt es auch ein bisschen in dem Antrag der MitBÜRGER „wenn, und dann könnten wir doch“. Da finde ich den Antrag der GRÜNEN tatsächlich viel konkreter und viel zielführender.

Ich möchte sowohl eine neue Eissporthalle und ich möchte auch einen Hochwasserschutz für Halle-Neustadt und möglichst schnell.

Und da möchte ich lieber eine Eissporthalle an einem zweitbesten Standort, also dann nicht

am Gimritzer Damm, emotional betrachtet. Und einen schnellen Hochwasserschutz für Halle-Neustadt.

Und das geht dann nur, wenn wir uns jetzt endlich mal dazu bekennen, geben wir den Standort Gimritzer Damm für die Eissporthalle auf, gehen einfach gegenüber auf die Straßenseite. Es ist 500 Meter entfernt. Das ist emotional für die Fans auch noch annehmbar.

Und wenn dieser, die Verwaltung hat ja Prüfungen laut unserem Beschluss, im Auftragsbuch stehen, und wenn es dann herauskommt, dass es dort natürlich auch genauso möglich ist, eine Eissporthalle zu errichten, dann lieber dort als gar keine.

Weil, sämtliche Fristen mit Fluthilfe und weil man da was fertig haben muss, abgelaufen sind, wenn man nämlich nach den zu erwartenden Gerichtsprozessen um den Deichverlauf, nämlich gelandet ist. Dann haben wir weder eine Eissporthalle und vielleicht zwischendurch auch schon wieder das nächste Hochwasser gehabt. Und dann haben wir gar nichts gekonnt für die Stadt Halle.

Also wir unterstützen das Ansinnen dieses Antrages auf jeden Fall mit, beider Anträge. Auf welche Formulierung, muss man sich dann noch einigen, im Sinne eines schnellen Hochwasserschutzes für Halle-Neustadt und dass wir überhaupt eine Eissporthalle bekommen.

Und alle anderen Nebenthemen, die dann da noch so rumgehen, zuständig sind wir für den Standort der Eissporthalle. Das ist also nicht, dass wir nicht zuständig sind, wie in der Stellungnahme der Stadtverwaltung. Für den Standort sind wir zuständig.

Und wenn wir uns jetzt endlich mal dazu durchringen, den auch zu benennen, dann hat der für Hochwasserschutz zuständige Landesbetrieb auch keinen Grund mehr, die Knickvariante zu verfolgen, sondern kann, ein halbes Jahr verlorene Zeit sicherlich, neue Planungen machen.

Aber dann haben wir den Deich schneller als in drei Jahren, wenn alle Gerichtsprozesse beendet sind.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Die Fraktionen haben gesprochen. Noch bitte dann der Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Meine Damen und Herren. Wir haben genau die gleiche Situation, wie wir sie 2011 hatten. Da wurde diskutiert, nochmal diskutiert, nochmal verwiesen und so weiter. Und dann ist eine Diskussion entstanden, wo alle dann gesagt haben, die Stadt Halle kann sich nicht einigen und sich nicht verständigen. Diese Diskussion habe ich einmal durch.

2013 ist das nächste Hochwasser gekommen. Ich sage Ihnen das ganz deutlich. Seit einem Jahr wissen Sie, dass die Schlangenlinie diesbezüglich durchgeführt werden soll. Es sind alle Planungen durchgeführt bis zum Schluss. Kein weiterer Grund in irgendeiner Weise liegt vor und wurde vom Landesbetrieb auch deutlich gemacht, was dagegen spricht, diese Schlangenlinie auch durchzuführen. Nicht ein Grund.

Die Darstellung die Sie wählen und hier sagen, das ist vorgegeben. Die Schlangenlinie war schon existent, bevor das Hochwasser 2013 überhaupt gekommen ist. Die Planungen waren diesbezüglich vorbereitet. Und insoweit ist es eine Selbstverständlichkeit, dass diese Diskussion auch geführt wird.

Genau das, was nämlich Herr Aeikens, Minister für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, heute gesagt hat, zu sagen, ich schiebe das auf und diskutiere weiter. Es ist nicht ein halbes Jahr was hier verzögert wird, sondern mindestens ein Jahr. Der ganze

Baugrund muss untersucht werden. Es müssen sämtliche Planungen, was in der Arbeit innerhalb der Verwaltung und beim Landesbetrieb durchgeführt wurde, ist enorm. Sie kriegen in einem halben Jahr keine erneuten Entscheidungen.

Und jetzt, kurz vor der Wahl, zwei Wochen vorher, fangen Sie an. Obwohl der Landesbetrieb eindeutig gesagt hat, keine einzige Benachteiligung in den Höhenmetern findet statt. Jetzt kommen Sie wieder und sagen, jetzt müssen wir mal noch eine andere Linie prüfen.

Also, meine Herren und Damen, ich sage Ihnen, ich bin entsetzt. Jetzt bin ich mal entsetzt, in der Art und Weise wie die Diskussion auch hier geführt wird.

Ich mache Sie darauf aufmerksam und deshalb habe ich auch ganz klar um ein Wortprotokoll gebeten, das was Sie hier machen, kurz vor Toresschluss. Das Landesverwaltungsamt ist in der Lage und bereit, nachdem alle Unterlagen vorliegen, nachdem die öffentliche Anhörung stattgefunden hat, in den nächsten zwei, drei Wochen oder in den nächsten zwei Wochen zu entscheiden, wie es weitergeht mit dem Damm und wie die Situation ist.

Und da sagen Sie, jetzt schieben wir das in die Ausschüsse hinein und von daher warten wir erst mal und diskutieren diese Situation, die keine einzige nachteilige Belastung gibt. Ganz im Gegenteil, wir geben Flächen auf. Es werden Flächen aufgegeben, weil Sie sagen, Sie möchte eine gerade Linie. Es kommen immense Kosten auf die Stadtwerke dazu, die Umverlegungen entsprechend durchzuführen. Dieses alles ist nicht berechnet. Das muss durchkalkuliert, durchgerechnet werden.

Und deshalb muss ich deutlich sagen, kann ich das aus meiner Sicht überhaupt nicht nachvollziehen. Und deshalb muss ich Ihnen das hier so deutlich sagen.

Und wenn Sie sagen, es gibt Klagen. Klagen oder ähnliches oder Eilanträge wird es immer geben, siehe Pauluspark. Irgendeiner ist auch mit der neuen Linie, mit der anderen Linie nicht einverstanden und wird dagegen klagen. Deshalb hat der Richter im ersten Verfahren ganz deutlich gemacht und hat herausgehoben, dass hier ein Eilantrag besteht und hier die Anordnung der sofortigen Vollziehung die Möglichkeit ist, es in einem Eilverfahren dann auch durchzuführen.

Ich sage Ihnen deutlich, es besteht nach wie vor Gefahr für Leib und Leben.

Und Sie, diejenigen die diese Anträge und diese, sage ich mal, ohne Grund, wie der Landesbetrieb es deutlich gemacht hat, diese Anträge stellen, das ist verantwortungslos.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Sieber, Geschäftsordnungsantrag bitte.

Herr Sieber, fraktionslos

Ich wollte nur den Geschäftsordnungsantrag stellen, dass der Stadtrat heute beschließt, dass die Verweisung in den nächsten Planungsausschuss erfolgt und nicht mit der Tagesordnung dann erst in den übernächsten, um da nicht einen Monat zu verlieren.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Das hieße jetzt Abstimmung darüber.

. . . unverständliche Zwischenrufe . . .

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Sieber, in der nächsten erreichbaren Sitzung wird darüber verhandelt, in den drei

Ausschüssen und dadurch ist Ihre Anfrage hinfällig.

Und jetzt die SPD. Die will auch noch dazu Stellung nehmen, bitte. Die hat noch nicht dazu gesprochen.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Ich mache es ganz kurz, wir wollten eigentlich nicht aufstehen.

Aber nach Ihrer Rede, Herr Oberbürgermeister, muss ich sagen, wir wollten dazu nicht reden, wir haben den Antrag auch nicht gestellt.

Aber ich hoffe, meine Stadtratskolleginnen und -kollegen sind damit einverstanden, dass ich den Anwurf der Verantwortungslosigkeit, wenn wir uns über das Thema unterhalten, darüber diskutieren, wenn ich das zurückweise. Das ist nicht in Ordnung.

Und uns, erst einen Alleingang zu machen, und uns dann nachher vorzuwerfen, wenn wir die Anliegen der Anwohner auch aufnehmen, und zwar auf beiden Seiten. Und die Altstädter sind eben ein bisschen später gekommen, weil die natürlich sehr genau überlegt haben, was das für sie bedeutet, wenn der Damm so läuft.

Dann muss man sagen, muss die Zeit auch noch sein, über diese Linienführung zu diskutieren. Sogar der Minister reagiert so und ich möchte den nicht als verantwortungslos bezeichnen.

Also ich finde, da sollten Sie ein Stück auf Ihre Wortwahl achten. Wir üben unser demokratisches Recht auch im Sinne der Bürger aus. Und wir haben nicht die Absicht, hier irgendwas zu verzögern.

Wir haben auch die Gefahr im Blick, die damit verbunden ist. Aber es gibt gute Gründe. Ich weiß nicht, wer es von den Räten jetzt gesagt hat, aber ein zweites Berlin-Brandenburg brauchen wir hier nicht, flughafentechnisch, meine ich.

Wir brauchen so eine Verzögerung nicht.

Ja, ich erkläre es Ihnen, wenn Sie es nicht verstanden haben. Wenn tatsächlich Verzögerungen durch Klagen kommen, die erheblich sind, dann haben wir ein echtes rechtliches Problem. Und da können Sie mit der Variante Kurve kommen oder geradeaus. Das spielt nachher erst mal gar keine Rolle.

Wenn Klagen im Raum sind dann haben wir abzuwarten, wie die Justiz sozusagen Recht spricht. Und da sind wir erst mal mit dem außen vor. Und dann gehen tatsächlich etliche Monate mehr ins Land.

Deswegen ist es schon richtig, wenn wir nochmal diskutieren und zu einer gemeinsamen Haltung kommen. Und ich sage es nochmal an der Stelle, es ist doch gut, wenn die Verwaltungsspitze und der Stadtrat möglichst eine Meinung finden und eine gemeinsame Haltung auch vertreten, die beide Seiten, beide Bürgerschaften von beide Seiten des Dammes, mit so berücksichtigt, dass es sozusagen vernünftig ist, ein vernünftiger Deichverlauf ist.

Und wenn sich herausstellt, dass es hier eine Mehrheit gibt, die den Altstandort Eissporthalle nicht mehr präferiert aus guten Gründen, dann ist es doch sinnvoll, darüber nachzudenken, ist der Deichverlauf anders. Und da muss man die Planung anpassen, in der Tat. Das ist tatsächlich so.

Und ich lade Sie dazu ein, dass wir da versuchen, eine gemeinsame Haltung zum Wohle aller Seiten zu finden. Das ist doch das entscheidende.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Antrag 8.11 der Fraktion Mitbürger – NEUES FORUM zum künftigen Standort der Eissporthalle und dem Verlauf des Hochwasserschutzdeiches in den Planungsausschuss, den Sportausschuss, den Finanzausschuss verwiesen.

Ende des Wortprotokolls

**zu 8.11.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum künftigen Standort der Eissporthalle und dem Verlauf des Hochwasserschutzdeiches (V/2014/12736)
Vorlage: V/2014/12787**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den

Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den

Sportausschuss

und in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

Der Stadtrat beschließt, die Eissporthalle nicht am bisherigen Standort Gimritzer Damm wieder zu errichten.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft darüber zu informieren, dass die Eissporthalle nicht am Standort Gimritzer Damm wieder errichtet werden soll und somit ein Hochwasserschutz des Geländes um den bisherigen Standort der Eissporthalle nicht mehr erforderlich ist.

Der Oberbürgermeister wird darüber hinaus beauftragt, gegenüber dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft anzuregen, die Deichlinie den veränderten Gegebenheiten anzupassen.

zu 8.11 **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum künftigen Standort der Eissporthalle und dem Verlauf des Hochwasserschutzdeiches**
Vorlage: V/2014/12736

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
Sportausschuss
und in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die Eissporthalle nicht am bisherigen Standort wieder zu errichten, soweit der Neubau des Deiches im Bereich Peißnitz/Gimritzer Damm durch die sich dadurch ergebenden Alternativen beim Deichverlauf vereinfacht und beschleunigt wird sowie entsprechende Umplanungen nicht zu finanziellen Mehrbelastungen für die Stadt Halle führen.

Der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft wird unter der vorgenannten Maßgabe gebeten, bei den weiteren Planungen zum Deichneubau auch Varianten – wie beispielsweise den Deichverlauf parallel zum Gimritzer Damm – zu berücksichtigen, die von einem Wegfall der Eissporthalle nebst Nebenanlagen und Wiedererrichtung an einem anderen Ort ausgehen.

zu 8.12 **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu urbanes Gärtnern in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: V/2014/12746

zu 8.12.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu urbanes Gärtnern in der Stadt Halle (Saale) (V/2014/12746)**
Vorlage: V/2014/12789

Herr Wolter, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte darüber, dass in der Stellungnahme der Verwaltung der Antrag zwar erst abgelehnt, im Einzelfall diesem jedoch zugestimmt werden könne.

Weiterhin merkte er an, dass seine Fraktion den kompletten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernehmen wird.

Bezüglich des Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigte sich **Herr Müller, CDU-Fraktion**, irritiert darüber, dass die Stadtverwaltung beauftragt werden soll,

urbanes Gärtnern in der Stadt zu ermöglichen, was seiner Meinung nach schon in den Kleingärten, Vorgärten und Innenhöfen stattfindet.
Er könne deshalb nicht nachvollziehen, warum die Stadt Kontakte zu Eigentümern vermitteln soll, um Bürgern urbanes Gärtnern zu ermöglichen.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass es im vorliegenden Antrag darum gehen, kleine Flächen im öffentlichen Raum zum Gärtnern zur Verfügung zu stellen. Der Änderungsantrag ihrer Fraktion gehe dahin, die privaten Initiativen zum urbanen Gärtnern zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang machte **Herr Müller** darauf aufmerksam, dass das Anliegen in anderen Städten auch ohne die Unterstützung der Stadtverwaltung funktionieren und in dies in Halle ebenso möglich sein müsse.

Frau Raab, FDP-Fraktion, fragte bei den Antragstellern an, wo genau das Gärtnern stattfinden soll.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, erläuterte, dass die Stadtverwaltung den Bürgern dahingehend Hilfe leisten soll, zu informieren, welche Flächen für urbanes Gärtnern genutzt werden können.

zu 8.12.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu urbanes Gärtnern in der Stadt Halle (Saale) (V/2014/12746)
Vorlage: V/2014/12789

Abstimmungsergebnis:

erledigt
Änderungen übernommen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, urbanes Gärtnern durch Bürgerinnen und Bürger in der Stadt zu ermöglichen und zu unterstützen und im konkreten Einzelfall bei der Kontaktaufnahme zu Eigentümern behilflich zu sein sowie die Verfügbarkeit und Nutzbarkeit städtischer Flächen zu prüfen.

zu 8.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu urbanes Gärtnern in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12746

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, urbanes Gärtnern durch Bürgerinnen und Bürger in der Stadt zu ermöglichen und zu unterstützen und im konkreten Einzelfall bei der Kontaktaufnahme zu Eigentümern behilflich zu sein sowie die Verfügbarkeit und Nutzbarkeit städtischer Flächen zu prüfen.

zu 8.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Analyse über die Leistungsfähigkeit der Saalesparkasse
Vorlage: V/2014/12753

Auf die Anfrage von **Herrn Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, in Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Vertagung des Antrages, stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung bis zur nächsten Stadtratssitzung.

Herr Krause, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass die Verwaltung hätte erkennen müssen, dass der Stadtrat nicht zuständig sei, da die Saalesparkasse eine besondere Rechtsform mit bestimmten Auskunftspflichten habe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bestätigte die Aussagen von Herrn Krause. Die Vertagung des Antrages werde dazu genutzt, Rücksprache dazu mit der Saalesparkasse zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

durch Geschäftsordnungsantrag
des Oberbürgermeisters

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt,

dass die BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) (BMA) mit einer Analyse über die Leistungsfähigkeit der Saalesparkasse betraut wird.

Die Ergebnisse der Analyse sind dem Stadtrat in seiner Sitzung im September 2014 vorzulegen.

zu 8.14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass
Vorlage: V/2014/12741

zu 8.14.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass (Vorlagen-Nr.: V/2014/12741)
Vorlage: V/2014/12790

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte darüber, dass ihre Fraktion mehrere Anfragen zum Halle-Pass gestellt und aus den Antworten hervorgeht, dass sich die Inanspruchnahme der Ermäßigungen, die mit dem Halle-Pass erlangt werden können, mit der Zeit reduzieren.

Aus diesem Grund schlage ihre Fraktion vor, dass die Stadt anderen Städten folgt und sich um Verbesserung bemüht.

Mit dem Antrag soll die Verwaltung um Überprüfung der Anspruchsberechtigung, der Zurverfügungstellung von Angeboten und der Bewertung der Angebote beauftragt werden.

Da jetzt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKEN vorliege, obwohl ihre Fraktion nur einen Prüfantrag gestellt hat verwies **Frau Krausbeck** den Antrag in den Sozialausschuss, um der Stadtverwaltung noch einmal die Möglichkeit zu geben, ihre Stellungnahme dazu nachzureichen.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE, begründete den Änderungsantrag ihrer Fraktion damit, dass ihnen die Prüfung der vorgeschlagenen Punkte durch die Verwaltung nicht ausreiche und man den politischen Anspruch habe, deutlich zu sagen, in welche Richtung eine Prüfung erfolgen sollte.

Aus diesem Grund wurde der Änderungsantrag durch ihre Fraktion vorgelegt und sie bat darum, die beiden Anträge gemeinsam zu betrachten.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass der Antrag nicht konkret genug sei und er diesen als „Wahlkampfantrag“ sehe. Aus diesem Grund könne die CDU-Fraktion diesem nicht zustimmen.

Frau Hintz, SPD-Fraktion, verwies den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Finanzausschuss.

**Zu 8.14.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass (Vorlagen-Nr.: V/2014/12741)
Vorlage: V/2014/12790**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den

Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
und

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion
in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Der Punkt 1 wird wie folgt ergänzt:

- 1. Die Anspruchsvoraussetzungen für den Halle-Pass besitzen Bürgerinnen und Bürger, die ein geringes Einkommen, welches das Eineinhalbfache des maßgeblichen Regelsatzes zuzüglich des jeweiligen Anteils an den tatsächlichen Unterkunftskosten nicht übersteigt. Je nach Haushaltsgröße ergeben sich damit gestaffelte Einkommensgrenzen.*

Der Punkt 2 wird wie folgt ergänzt:

- 2. Die Mittel für die Leistungen des Halle-Pass G werden ab 2015 wieder in Höhe von 30.000 € in den Haushalt der Stadt Halle (Saale) eingestellt.*

Die Stadtverwaltung entwickelt ein Konzept zur Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV in Halle (Saale).

zu 8.14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass
Vorlage: V/2014/12741

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
und
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion
in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Attraktivität des Halle-Passes weiter ausgebaut werden kann. Die Prüfung sollte unter folgenden Gesichtspunkten erfolgen:

- 1. Erweiterung des Kreises der Antragsberechtigten,*
- 2. Ausbau des Leistungsangebotes,*
- 3. Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und des Verfahrens der Antragsstellung.*

Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat im September 2014 vorgelegt.

zu 8.15 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt von Turnhalle und Nebengebäude des Künstlerhauses 188
Vorlage: V/2014/12748

In Bezug auf das Gebäude des Künstlerhauses 188 zitierte **Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, aus dem Denkmalschutzgesetz § 10 „Eingriffe, im Sinne dieses Gesetzes sind Veränderungen in die Substanz oder Nutzung von Kulturdenkmalen, die deren Denkmalqualität erheblich beeinträchtigen können oder zur Zerstörung eines Kulturdenkmals führen. Alle Eingriffe in ein Kulturdenkmal sind auf das notwendigste Mindestmaß zu beschränken.“

Herr Feigl machte darauf aufmerksam, dass in Folge des Beschlusses zum Abriss des Künstlerhauses die Turnhalle bzw. das ehemalige Kino des Künstlerhaus188 mit abgerissen werden sollen. Das Gebäude sei saniert, in einem guten Zustand und nutzungsfähig und werde von den Baumaßnahmen in keiner Weise tangiert.

Aus diesem Grund bat er um Zustimmung des Antrages seiner Fraktion, um dem Abriss der vorgenannten Gebäude entgegenzutreten. Seiner Meinung nach habe das Gebäude einen eigenen Denkmalwert und sei separat nutzbar.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass mit dem Antrag ein vom Stadtrat gefasster Beschluss nicht akzeptiert und eine Form gefunden werden soll, diesen zu modifizieren. Die Gebäude seien eigenständig schwer zu ertüchtigen, was auch weitere finanzielle Aufwendungen bedeuten würde. Deshalb werde sie den Antrag ablehnen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, stellte dar, dass es schwierig sei, einzelne Gebäude an dieser Stelle stehen zu lassen. Zur weiteren Diskussion verwies er im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Planungsausschuss.

Im Namen seiner Fraktion verwies **Herr Krause, SPD-Fraktion**, den Antrag in den Finanzausschuss.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Sportausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion
in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**
und
durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Sportausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat spricht sich für den Erhalt der Turnhalle und ihres Nebengebäudes auf dem Gelände Böllberger Weg 188 aus und beauftragt die Stadtverwaltung mit der entsprechend angepassten Umsetzung des Beschlusses V/2012/11289. Turnhalle und Nebengebäude sollen dementsprechend weiter der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden.

**zu 8.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Information über städtische Baumfällungen und Neupflanzungen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2014/12752**

Herr Misch, CDU-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass in den vergangenen Jahren die bereitgestellten Mittel für Baumpflege und Grünflächen nicht ausreichten und Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, mitgeteilt habe, dass für die Pflege aller Grün- und Parkanlagen sowie Bäume in einem mittleren Standard 20 Mio. Euro notwendig wären.

In Bezug auf den Antrag informierte **Herr Misch**, dass die Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Baumfällliste der Stadt im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten immer wieder fachlich in Zweifel gezogen hätten, ohne ein konkretes Argument dazu zu liefern. Seiner Meinung nach sollten die Mittel für eine öffentliche Darstellung, die an dem Zustand nichts mehr ändert, für die Pflege und den Erhalt der Bäume eingesetzt werden.

Aus diesem Grund bat er darum, den Antrag abzulehnen.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte beim Antragsteller nach dem Unterschied zwischen dem jetzt gestellten Antrag und der im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

vorgelegten Baumfällliste.

Bei der Verwaltung fragte nach der Möglichkeit der Veröffentlichung der Baumfällliste im Internet.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwies den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Finanzausschuss und in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Bezüglich der Darstellung in der Baumfällliste merkte **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE**, an, dass nicht die zu fällenden Bäume das Problem seien, sondern die Ersatzmaßnahmen, die durch die Stadt durchgeführt werden sollten.

Die Anfrage von **Herr Dr. Diaby** beantwortete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** dahingehend, dass die im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten vorliegenden Listen der Baumfällungen in gleicher Darstellung im Internet veröffentlicht werden.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte den Antrag ihrer Fraktion und teilte mit, dass zwar die Baumfällliste im Internet einsehbar sei, es sich aber dabei um private und städtische Baumfällungen handeln würde, von denen die Verwaltung ausgeht, dass ihnen ein hohes öffentliches Interesse zukommt.

Im Antrag ihrer Fraktion gehe es nur um städtische Baumfällungen und um die Notwendigkeit der Fällungen. Man sei mit der derzeitigen Darstellung der Veröffentlichung nicht einverstanden und habe sich an der Stadt Magdeburg orientiert, welche die Veröffentlichung durch den Eigenbetrieb für Grünflächenmanagement durchführen lässt.

Mit der Verweisung des Antrages erklärte sich **Frau Krausbeck** einverstanden, um auch die von der Verwaltung angeführten Kosten für die Durchführung bzw. Unterhaltung einer solchen Liste im Internet besprechen zu können.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
in den

Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

und in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit über die von städtischen Fachbereichen konkret realisierten Baumfällungen und Neupflanzungen zu informieren. Dazu werden - vergleichbar mit der Vorgehensweise des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe der Stadt Magdeburg - laufend aktuell anstehende Baumfällungen unter Angabe von Baumart, Baumhöhe, Kronendurchmesser, Stammumfang, Fotodokumentation und Fällgrund sowie jährliche Zusammenstellungen über Neupflanzungen nach Standort und Baumart veröffentlicht.

zu 8.17 Antrag des Stadtrates Olaf Sieber zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und zur Einstellung des Aufstellungsverfahrens des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 162 "Dörlau, Wohngebiet am Heideweg"
Vorlage: V/2014/12601

zu 8.17.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag des Stadtrates Olaf Sieber zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und zur Einstellung des Aufstellungsverfahrens des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 162 „Dörlau, Wohngebiet am Heideweg“ (Vorlage V/2014/12601)
Vorlage: V/2014/12738

Herr Sieber, fraktionslos, wies darauf hin, dass sich sein Antrag nicht gegen die GWG, gegen die Vorhabenträger bzw. die Verwaltung richte, sondern es darum gehe, dass in einer angepassten Form gebaut werden soll. Anhand von Grafiken gab er Erläuterungen zum Bebauungsplan sowie den Traufhöhen bei den bestehenden und den von der GWG geplanten Wohngebäuden.

Seiner Meinung nach sei eine ausreichende ortsübliche Bebauung möglich, ebenso wie die Unterbringung der Stellplätze auf dem Grundstück, ohne Tiefgarage.

Herr Müller, CDU-Fraktion, führte aus, dass man mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eine Kompromissvariante zwischen Investor und Anwohnern auszuhandeln, nur die Bürgerinitiative im Blick habe. Auch sei aus seiner Sicht eine ortstypische Bebauung für Dörlau nicht so einfach zu beurteilen. Von daher sei der Kompromissantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auch nicht abstimmungsfähig.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte darüber, dass seine Fraktion das Ansinnen von Herrn Sieber und auch die vorgebrachten Sorgen der Anwohner von Dörlau nachvollziehen könne.

Mit der Bürgerbeteiligung gäbe es viele berechtigte Einwendungen gegen die vorgestellte Planung. Und deren Berücksichtigung in der frühzeitigen Phase sei der Ansatz des Änderungsantrages seiner Fraktion.

Herr Felke, SPD-Fraktion, teilte mit, dass seine Fraktion der Argumentation der Stadtverwaltung folgen wird. Trotzdem müsse sich mit den Vorschlägen der Anwohner auseinandergesetzt werden.

Auch **Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, machte deutlich, dass es auch Verärgerungen der Anwohner darüber gäbe, dass beim Auftreten von Einzelpersonen als Bauherr die Stadt sehr kritisch sei und bei größeren Unternehmen als Bauherr dies nicht immer so gehandhabt werde.

Auf die Nachfrage von **Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, wie die Verwaltung die Konflikte mit den Anwohnern lösen wolle, informierte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, dass die Stadtplanung den nächsten Termin mit der GWG zu diesem Sachverhalt am 13.05.2014 habe.

Die Verwaltung werde dem Stadtrat einen Vorschlag unterbreiten, der beide Interessen berücksichtigt. Am Ende müsse der Stadtrat über den B-Plan entscheiden.

Herr Kley, FDP-Fraktion, führte aus, dass der Bebauungsplan dazu genutzt werde, eine Fläche zu ordnen, um die Möglichkeit zu schaffen, über Erschließung und geordnetes Bauen städtebauliche Akzente zu setzen. Seiner Meinung nach sei an dieser Stelle auch eine Bebauung möglich, die den Interessen aller entspricht. Es könnten Gebäude errichtet werden mit entsprechender Traufhöhe, es gäbe eine Erschließung und dazu wäre ein Bebauungsplan völlig überflüssig.

Für ihn stelle sich die Frage, warum die Stadt ein B-Planverfahren initiiert. Offensichtlich werde damit beabsichtigt, Bauten zu errichten, die nicht in diese Gegend passen und sich nicht einfach nach § 34 Baugesetzbuch umsetzen lassen und die deutlich abweichen von dem, was ortsüblich ist. Ansonsten brauchte man keine Sonderregelung.

Mit diesen Bauten werden viele Probleme diskutiert und man müsse die Frage stellen, warum man nicht an dieser Stelle das Verfahren beendet, denn es verbessere nicht die Wohnbarkeit.

Insgesamt ist die Bebauung völlig abweichend von dem, was vor zwei Jahren diskutiert wurde. Damals ging es um den Erhalt des Heideschlösschens und es gab auch Investoren, die bereit gewesen wären, diese Substanz zu erhalten. Stattdessen habe man dort alles abgerissen und Bäume gefällt und versuche jetzt, dort „Hochhäuser“ zu installieren.

Seine Fraktion werde deshalb den Antrag von Herrn Sieber unterstützen, das Aufstellungsverfahren zu beenden und die Möglichkeit einer Bebauung nach § 34 Baugesetzbuch zu gestatten.

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, plädierte für die Fortsetzung des Bebauungsplanes und zur Weiterführung des Verfahrens, weil es die einzige Chance sei, für die Bürgerinnen und Bürger die richtige Lösung zu finden. Ziel wäre es, vom Stadtrat aus mit der Verwaltung die Lösung zu verfolgen und zu begleiten und mit der Bürgerinitiative abzustimmen.

**zu 8.17.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag des Stadtrates Olaf Sieber zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und zur Einstellung des Aufstellungsverfahrens des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 162 „Dörlau, Wohngebiet am Heideweg“ (Vorlage V/2014/12601)
Vorlage: V/2014/12738**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert und erhält folgende neue Fassung:

- ~~1. Der Stadtrat beschließt, den Beschluss zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 162 "Dörlau, Wohngebiet am Heideweg" vom 10.7.2013 (Beschluss-Nr.: V/2013/11569) aufzuheben.~~
- ~~2. Der Stadtrat beschließt, das Aufstellungsverfahren des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 162 "Dörlau, Wohngebiet am Heideweg" einzustellen.~~
- 1. Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, in der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 162 „Dörlau, Wohngebiet am Heideweg“ (Vorlage V/2013/11569) eine zwischen Investor sowie Anwohnerinnen und**

Anwohnern vermittelte Kompromissvariante mit ortstypischen Gebäudehöhen, Geschosshöhen und Bauvolumen zur Abstimmung vorzulegen.

- 2. Weiterhin wird die Stadtverwaltung aufgefordert, bis zum rechtsverbindlichen Abschluss des Bebauungsplanverfahrens keine weiteren Tatsachen durch vorzeitige oder vorläufige Maßnahmenbeginne oder Baugenehmigungen zu schaffen oder schaffen zu lassen.**

zu 8.17 Antrag des Stadtrates Olaf Sieber zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und zur Einstellung des Aufstellungsverfahrens des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 162 "Dölau, Wohngebiet am Heideweg"
Vorlage: V/2014/12601

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Stadtrat beschließt, den Beschluss zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 162 "Dölau, Wohngebiet am Heideweg" vom 10.7.2013 (Beschluss-Nr.: V/2013/11569) aufzuheben.*
- 2. Der Stadtrat beschließt, das Aufstellungsverfahren des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 162 "Dölau, Wohngebiet am Heideweg" einzustellen.*

zu 8.18 Antrag des Stadtrats Olaf Sieber zum Bau des neuen Deiches am Gimritzer Damm
Vorlage: V/2014/12696

Herr Sieber, fraktionslos, begründete den Antrag mit der Aufforderung an die Verwaltung, den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft darum zu bitten, so viel Retentionsraum neu zu schaffen, wie durch die Verlegung des Dammes bzw. Abgrabungen verloren gehen.

Herrn Knöchel, Fraktion DIE LINKE, verwies den Antrag namens seiner Fraktion in den Planungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) bittet den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft als Ausführenden und das Landesverwaltungsamt als Genehmigungsbehörde, beim Bau des neuen Deiches des Gimritzer Damms durch Abgrabungen mindestens so viel Retentionsraum im Bezugsbereich des Deichbaus neu zu schaffen, wie hinter diesem, bezogen auf den Höchststand des Hochwassers 2013, verlorengehen wird.

**zu 8.19 Antrag des Stadtrats Olaf Sieber zum verbesserten Hochwasserschutz für
Altstadtbereiche Halles
Vorlage: V/2014/12697**

Herr Sieber, fraktionslos, informierte, dass es in dem Antrag darum gehe, das LHW zu bitten, über weitere Maßnahmen zum Hochwasserschutz nachzudenken und in die Wege zu leiten.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bat darum, den Antrag nicht zu verweisen und die Bitte an den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft heranzutragen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadt Halle (Saale) bittet den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft und das Landesverwaltungsamt, Wege für einen verbesserten Hochwasserschutz gefährdeter Altstadtbereiche zusammen mit der Stadt zu beschreiten.

Insbesondere soll ermöglicht werden, einen besseren Abfluss des Wassers aus dem Gebiet südlich des Hochstraßenzuges bis zur Giebichensteinbrücke zu erreichen, um den Wasserstand möglichst niedrig zu halten.

**zu 8.20 Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zu Abschlags-
zahlungen für flutgeschädigte Vereine
Vorlage: V/2014/12769**

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, informierte darüber, dass der Dringlichkeitsantrag im Finanzausschuss eine breite Zustimmung gefunden hat und bat die Stadträtinnen und Stadträte ebenfalls um Zustimmung dazu.

Herr Krause, SPD-Fraktion, merkte an, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen wird, da sie es ebenfalls für wichtig halten, schnell zu reagieren und den in Finanznot befindlichen Vereinen zu helfen, wenn es nötig wäre.

Einen bestimmten Verein konnte **Herr Krause** auf Anfrage von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** nicht benennen,

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, teilte mit, dass der Finanzausschuss aufgrund der Problemlage der Gefährdung von einem Sportverein und der Möglichkeit, dass es noch weitere in Not geratene Vereine gäbe, das Ansinnen von Herrn Bönisch unterstützt.

Desweiteren sei er davon ausgegangen, dass die Verwaltung einen Vorschlag macht, wie mit dem Anliegen umgegangen werde, da die Verwaltung erklärt habe, dass die Stadt nicht als Bank oder Darlehensgeber fungieren könne, wenn nicht gesichert sei, dass es eine Rückzahlung gäbe.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Wolter** bei Herrn Bürgermeister Geier an, wie er bei einer Zustimmung den Beschluss umsetzen werde oder ob von der Verwaltung Alternativen zur Änderung des Antrages vorbereitet worden sind.

Herr Bürgermeister Geier machte noch einmal deutlich, dass er im Finanzausschuss die Kriterien der Prüfung durch die Stadt erklärt habe. Ein Kriterium sei die Rückmeldung von der Investitionsbank zur Höhe der Summe, die anerkannt werden kann. Ebenso müsse die Nachhaltigkeit erwiesen sein.

Im Finanzausschuss habe man sich auf die Formulierung geeinigt, einen Ermessensspielraum auszuüben und die Kriterien bei Einzelfallprüfungen anzuwenden. Aus seiner Sicht habe er keine Notwendigkeit gesehen, den Antrag weiter zu kommentieren.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat ~~der Finanzausschuss~~ beschließt, dass denjenigen Vereinen der Stadt Halle (Saale), die mit erheblichem Aufwand im Jahr 2013 Flutschäden an stadt eigenen Vereinsanlagen behoben haben, die dafür entstandenen Kosten im Wege einer Abschlagszahlung vorläufig ersetzt werden.

Dabei sind alle diejenigen Einzelmaßnahmen zu berücksichtigen, für die, entsprechend den geltenden Regeln, erwartet werden kann, dass die dafür angefallenen Kosten nach Antragstellung durch die Stadt vom Land Sachsen-Anhalt erstattet werden.

zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 9.1 Anfrage der CDU-Fraktion zur Nutzerfreundlichkeit öffentlicher Toiletten in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12706**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.2 Anfrage der CDU-Fraktion zum Stellenplanentwurf
Vorlage: V/2014/12707**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Kaimauer am MMZ
Vorlage: V/2014/12709**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zum Umgang mit gebietsfremden, allergische Reaktionen auslösenden Pflanzen im öffentlichen Raum
Vorlage: V/2014/12719**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.5 Anfrage des Stadtrates Lothar Dieringer (CDU-Fraktion) zum KfW Förderprodukt 201
Vorlage: V/2014/12684**

Herr Dieringer CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass seine Fragen von der Verwaltung nicht beantwortet worden sind.

Herr Bürgermeister Geier antwortete dahingehend, sich auf das STARK III Programm bezogen zu haben, da es dort auch um Energieeffizienzfragen gehe. Ergänzend teilte er mit, dass man versucht habe, mit dem Landesverwaltungsamt entsprechende Maßnahmen zu definieren, bei denen es auch um Energieverbesserungen gehe. Dies war an der Stelle, wo es um Heizungsanlagen ging, ohne Zustimmung und deshalb schied dieser Punkt für die Stadtverwaltung von vornherein aus.

**zu 9.6 Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU-Fraktion) zum Gasthof „Hubertus“ in der Dölauer Heide
Vorlage: V/2014/12683**

Herr Müller, CDU-Fraktion, bedankte sich für die Auskunft der Verwaltung zu seiner Anfrage.

Er bat die Verwaltung darum, mit dem Eigentümer Kontakt aufzunehmen, um eine eventuelle Unterstützung der Stadt anzubieten.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, nahm die Anregung zur nochmaligen Kontaktaufnahme mit dem Eigentümer des Gebäudes auf.

**zu 9.7 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zur ehemaligen „Garnisonskirche“ im Wohngebiet Heide-Süd
Vorlage: V/2014/12729**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.8 **Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zum Genehmigungsverfahren für den Bau einer Pyrolyse-Anlage am Hafen Trotha**
Vorlage: V/2014/12723

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.9 **Anfrage der Stadträtinnen Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE), Sabine Wolff (Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM) und des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Situation der Leitungsarbeit in Kindertagesstätten**
Vorlage: V/2014/12716

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt in der nächsten Stadtratssitzung im Mai 2014.

zu 9.10 **Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE) zur Belästigung der Tauben in der Neustädter Passage**
Vorlage: V/2014/12742

In Bezug auf die Antwort der Verwaltung fragte **Herr Lange, Fraktion DIE LINKE**, nach der Möglichkeit der Beseitigung der Verschmutzungen mit Wasser und Seife, um eine grundständige Reinigung zu erreichen.

Herr Lange fragte weiterhin an, ob die Seiteneingänge zur Neustädter Passage auch entsprechend gereinigt werden. Die teilweise sehr groben Verschmutzungen sehe er als eine Form der Gefahrenabwehr, um welche sich die Stadtverwaltung unbedingt kümmern müsse. Seiner Meinung nach reichten die von der Stadtverwaltung veranlassten Maßnahmen nicht aus.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, teilte mit, dass sich die Verwaltung der angesprochenen Problematik noch einmal annehmen werde.

zu 9.11 **Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE) zum Gelände um den Bruchsee**
Vorlage: V/2014/12743

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.12 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Zukunft der Garagen-
gemeinschaften am Standort Halle-Neustadt
Vorlage: V/2014/12730**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.13 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Ampelanlage Paul-Suhr-
Straße/Südstadtring
Vorlage: V/2014/12732**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.14 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Anzahl geschlossener
Verträge der sogenannten Feuerwehr-Rente
Vorlage: V/2014/12733**

Herr Krause, SPD-Fraktion, bedankte sich für die Antwort der Verwaltung. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung innerhalb der Feuerwehr animiert, weitere Verträge abzuschließen.

Mit Blick auf die Verträge fragte **Herr Krause** nach der Höhe des Zuschusses und bat um eine Antwort dazu im nächsten Finanzausschuss.

**zu 9.15 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bearbeitungszeit des
Elterngeldes
Vorlage: V/2014/12734**

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt bis zur nächsten Stadtratssitzung im Mai 2014.

**zu 9.16 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Anlieferzone in der
Kleinen Steinstraße
Vorlage: V/2014/12737**

Herr Krause, SPD-Fraktion, teilte mit, dass die Antwort der Verwaltung nicht genüge. Er bat um Prüfung der Möglichkeit, auf den Investor einzuwirken, um den Missetand zu beheben.

Dazu teilte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, mit, dass in den vergangenen Jahren schon Gespräche mit dem Investor geführt worden sind. Man werde noch einmal auf diese zugehen, um die Veranlassung einer Veränderung des Zustandes zu erreichen.

zu 9.17 Anfrage der Stadträtin Hanna Haupt (SPD-Stadtratsfraktion) zur Immobilie des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes
Vorlage: V/2014/12597

Frau Haupt, SPD-Fraktion, zeigte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden. Ihre ersten Anfragen zur Immobilie des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes habe sie schon im November 2013 und auch im März 2014 gestellt.

Sie bat darum, in der Stellungnahme der Verwaltung das Wort – **voraussichtlich** – zu streichen, da sie im Mai 2014 eine Antwort der Verwaltung dazu erwarte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass in der Anfrage eine ausführliche schriftliche Darstellung der Prüfung der verschiedenen Verwendungs- und Nutzungsmöglichkeiten gewünscht wurde, was in der Kürze der Zeit nicht zu leisten sei.

Dementsprechend machte **Frau Haupt** deutlich, dass es im Paulusviertel den Druck unter anderem auch mit der Situation der Horte gäbe und sie im November 2013 und März 2014 dieses Problem schon angesprochen habe.

Laut den Aussagen von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** befinde man sich in der Prüfung und Abstimmung gemeinsam mit dem Jugendbereich und der HWG. Im Anschluss an die Stadtratssitzung würde er sie jedoch noch konkreter darüber unterrichten.

zu 9.18 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Sportareal Robert-Koch-Straße
Vorlage: V/2014/12724

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.19 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur mehrjährigen Nutzung des Eiszeltes
Vorlage: V/2014/12740

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.20 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum ausstehenden Konzept der Städtepartnerschaften (V/2013/12375)
Vorlage: V/2014/12744

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.21 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu der Nutzung von Recyclingpapier an kommunalen Schulen
Vorlage: V/2014/12745

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Barrierefreiheit von Haltestellen
Vorlage: V/2014/12727

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Parkraumsituation im Paulusviertel und der Möglichkeit der Einrichtung von Bewohnerparken
Vorlage: V/2014/12731

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden. Er bat um eine nochmalige Stellungnahme dazu.

In Bezug auf die Erhebung vom September 2013 fragte **Herr Wehrich** nach, wann mit der Auswertung bzw. den Ergebnissen zu rechnen sei. Desweiteren fragte er nach den konkreten Planungen für die anvisierte Parkraumkonzeption für das gesamte Stadtviertel und mit welchen Kosten bei einer solchen Konzeption gerechnet werden muss.

zu 9.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Halle-Pass (G)
Vorlage: V/2014/12739

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.25 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Schullaufbahneempfehlungen
Vorlage: V/2014/12747

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.26 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum geplanten Verwaltungsstandort am Riebeckplatz
Vorlage: V/2014/12749

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.27 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gewässerunterhaltung in Halle
Vorlage: V/2014/12750

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte darüber, dass in Magdeburg zu dem gleichen Thema diskutiert werde und man sich dazu entschlossen habe, Verfassungsbeschwerde einzureichen. Er bat die Verwaltung, sich mit Magdeburg dahingehend in Verbindung zu setzen, gemeinsam vorzugehen.

zu 9.28 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Baumfällungen und Baumpflanzungen im Stadtgebiet im Jahr 2013
Vorlage: V/2014/12751

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.29 Anfrage des Stadtrats Olaf Sieber (fraktionslos) betreffs eines Urteils zum Sponsoring
Vorlage: V/2014/12754

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10 Mitteilungen

zu 10.1 Indikatorenbericht für Migration und Integration der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12488

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.2 Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse
Vorlage: V/2014/12532

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.3 Umsetzung des Grundsatzbeschlusses Papierlose Ratsarbeit
Vorlage: V/2013/12267**

Herr Bürgermeister Geier informierte darüber, dass von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagen wurde, iPad mit 32 GB zu verwenden. Die Verwaltung sehe darin kein Problem und werde dem folgen.

Die ursprüngliche Variante mit 64 GB war unter der Annahme, dass die Stadträte über den Zeitraum der Wahlperiode sämtliche Daten und Dokumente zur Verfügung haben sollten. Bei der Abweichung auf das iPad mit 32 GB könnte es möglich sein, dass eventuell im vierten Jahr Daten gelöscht werden müssten.

Bezüglich des Datenvertrages empfahl **Herr Bürgermeister Geier**, bei der von der Verwaltung vorgeschlagenen Tarifvariante mit der Telekom zu bleiben.

**zu 10.4 Informationsvorlage zur Übertragung der Ratssitzungen im Internet (Live-Stream)
Vorlage: V/2014/12417**

Herr Bürgermeister Geier teilte mit, dass die Übertragungen der Stadtratssitzungen von TV-Halle nicht eingestellt werden.

**zu 10.5 Information zur Vorgehensweise der Einbindung und Information beim Zustandekommen städtebaulicher Verträge im Rahmen der Bauleitplanung
Vorlage: V/2014/12544**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.6 Turnusmäßige projektorientierte Berichterstattung des FB Bauen
Statusberichte für die Bauprojekte Radweg Kröllwitz,
Haupterschließungsstraße 4. Abschnitt, Gewerbegebiete Halle-Ost sowie
Endberichte zu den Vorhaben BW 28 Brücke Carl-Robert-Straße, BW 34/35
Brücken über Riebeckpatz
Vorlage: V/2014/12631**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.7 Informationsvorlage zum Konzept für ein Kinderbetreuungsangebot für Stadtrats- und Ausschussmitglieder
Vorlage: V/2014/12757

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass im dritten Absatz der Informationsvorlage darauf verwiesen wird, dass „ . . . entstandene und erforderliche Kosten für die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen auf formlosen Antrag . . . von der Stadt erstattet werden.“

In diesem Zusammenhang fragte er an, wie viel für einen pflegebedürftigen Angehörigen berechnet werde. Eine Antwort dazu könne auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

zu 10.8 Mitteilungen zu personalwirtschaftlichen Maßnahmen

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass nachfolgende mündliche Anfragen in schriftlicher Form vorlägen:

1. Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Umsetzung des Beschlusses zur Würdigung der Verdienste von Gudrun Goesecke
2. Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu Bauplanungen am Fliederweg
3. Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu möglichen Planveränderungen beim Bau des Steintor-Campus
4. Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Zustand der Stadtmauer an der Moritzkirche
5. Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Bebauungsplanverfahren Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee"

Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Prüfung einer Würdigung der Verdienste von Gudrun Goesecke

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, teilte dazu mit, dass ein Vorschlag zur Straßenumbenennung vorliege und als Beschlussvorlage eingebracht werden soll, wenn die neue Straße am Steintor gebaut wird.

Der Nachlass von Frau Gudrun Goesecke wurde im Stadtarchiv aufgearbeitet und steht der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu Bauplanungen am Fliederweg

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, informierte darüber, dass im Gebäudekomplex Ecke Vogelweide/Paul-Suhr-Straße/Fliederweg für die Stellflächen eine Baugenehmigung erteilt und 42 Parkplätze errichtet werden sollen.

Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu möglichen Planveränderungen beim Bau des Steintor-Campus

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, teilte dazu mit, dass der Verwaltung keine geplanten Änderungen hinsichtlich des Baues des Geistes- und Sozialwissenschaftliches Zentrums bekannt seien.
Eine Bebauung im Innenbereich des Campus sei grundsätzlich nach § 34 Baugesetzbuch zulässig, es liege jedoch kein Bauantrag vor.

Nach Kenntnis der Stadtverwaltung sei die Errichtung eines Parkhauses in der Ludwig-Wucherer-Straße noch immer beabsichtigt und das Land suche derzeit nach entsprechenden Investoren.

Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Zustand der Stadtmauer an der Moritzkirche

Zur Anfrage von Herrn Feigl teilte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, mit, dass für die Mauer die Stadt selbst verfügungsbefugt und verantwortlich sei und im Haushalt 2014 finanzielle Mittel in Höhe von 15.000 Euro für die Instandsetzung eingestellt worden sind.

Bezüglich der Behebung des Schadens stehe die Stadt mit dem Pfarrer der Moritzkirche in Kontakt.

Die Ausschreibung der denkmalgerechten Instandsetzung werde derzeit vorbereitet und eine Realisierung im 3. Quartal 2014 stattfinden.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Bebauungsplanverfahren Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee"

Laut Aussage von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, soll der Abwägungsbeschluss im Juni 2014 eingebracht werden. Änderungen seitens des Investors des Golfplatzes seien nicht geplant.

Jedoch habe der Wakepoortanlagenbetreiber den Wunsch nach einer Wakepoortanlage zurückgezogen, weil sie keine olympische Disziplin wurde und deshalb wirtschaftlich nicht sinnvoll wäre.

Anfrage Frau Ewert, SPD-Fraktion, zum TOP 9.17 – Immobilie Kreiswehrrersatzamt

In Bezug auf die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur Anfrage von Frau Haupt zum Kreiswehrrersatzamt bat **Frau Ewert** Herrn Oberbürgermeister darum, den Sachstand im nicht öffentlichen Teil darzustellen und nicht nach der Sitzung nur Frau Haupt darüber informieren zu wollen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass kein neuer Sachstand vorliege.

Anfrage Frau Ewert, SPD-Fraktion, zum Widerspruch Wirtschaftsplan HWG

Frau Ewert machte darauf aufmerksam, dass das Landesverwaltungsamt dem Widerspruch des Oberbürgermeisters zum Wirtschaftsplan der HWG nicht stattgegeben habe. In diesem Zusammenhang fragte sie nach dem weiteren Vorgehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass keine Änderung im Haushaltsplan stattfinde. Entscheidend sei, was im Jahresabschluss in die Gewinnabführung einfließt. Die Planung der Stadtverwaltung gehe von dem avisierten Betrag aus.

Anfrage Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, zum Einstellungsstopp

Frau Dr. Wünscher bezog sich in ihrer Anfrage auf die Aussage von Herrn Bürgermeister Geier im Finanzausschuss im März, dass unmittelbar nach den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst es unter anderem für die Stadt bedeute, einen Einstellungsstopp zu verhängen.

In diesem Zusammenhang fragte sie an, ob dies auch die zu besetzende Stelle des Leiters des Stadtsingechores und die Stellen am Konservatorium betreffe, die seit Jahren von den Stadträten gefordert und die entsprechenden Verfahren stattgefunden haben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass in den vorliegenden Fällen jeweils eine Einzelfallprüfung durchgeführt werde. Die Stelle beim Stadtsingechor werde davon nicht tangiert.

Anfrage Herr Dieringer, CDU-Fraktion, zur papierlosen Ratsarbeit

Bezüglich der papierlosen Ratsarbeit fragte **Herr Dieringer** an, weshalb sich die Verwaltung auf das Produkt Apple und nicht auf Dell festgelegt habe.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass sich im letzten Jahr die Verwaltung gemeinsam mit Vertretern der Fraktionen über die technische Ausstattung der Geräte abgestimmt und es daraufhin eine Abfrage unter potentiellen Anbietern gegeben habe. Aufgrund der Architektur und der vorhandenen Erfordernis habe sich Apple als das bestmögliche Produkt herausgestellt.

Anfrage Herr Dieringer, CDU-Fraktion, zum Wirtschaftsbeirat

Herr Dieringer fragte an, weshalb im Wirtschaftsbeirat kein Vertreter des Handwerks vertreten sei.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass das Handwerk eingeladen war, jedoch mitgeteilt habe, dass die Zuständigkeit nicht gegeben sei.

Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zum Hochwasserbeirat

Herr Scholtyssek fragte nach, ob im Hochwasserbeirat auch ehrenamtliches Engagement einfließen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand äußerte sich dahingehend, dass es noch keine klaren Vorstellungen dazu gäbe und diese erst noch erarbeitet werden. Sie sollen in der nächsten Stadtratssitzung vorliegen.

Anfrage Frau Dr. Bergner , CDU-Fraktion, zum Verwaltungsrat Saalesparkasse

Frau Dr. Bergner informierte darüber, dass in Dörlau eine neue große Sparkassenfiliale vorgehalten werde und sie fragte an, ob eventuell zusätzliche Bushaltestellen für die Bewohner von Heide-Nord, die diese Sparkasse in Anspruch nehmen wollen, eingerichtet werden können.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass er dies prüfen und schriftlich beantworten werde.

Anfrage Herr Müller, CDU-Fraktion, zu Mobilfunkanlagen an der Pauluskirche

Herr Müller informierte, dass sich Funksendeanlagen im Paulusviertel im Turm der Pauluskirche befinden, die gewisse Grenzwerte überschreiten und sich die höchsten Messwerte im Bereich der Kindertagesstätte Hasenberg befinden würden.

Er fragte an, ob dieser Umstand der Stadtverwaltung bekannt sei und wie man gedenke, auf die Ängste der Bürger zu reagieren.

Laut Aussage von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, waren die Ängste der Bürger in der Stadtverwaltung bisher nicht bekannt.

In Bezug auf die Antennenanlagen teilte er mit, dass diese keine Baugenehmigung brauchen und von der Bundesnetzagentur genehmigt werden.
Im Internet könne man dies unter der Adresse „emf3.bundesnetzagentur.de“ nachvollziehen.

Dort könnten sich die Bürger auch direkt hinwenden und ihre Beschwerden oder Hinweise eingeben. Laut der Webseite war das letzte Messdatum am 24.05.2011 mit der Feststellung, dass keine Überschreitung stattgefunden habe.

Herr Beigeordneter Neumann sagte zu, das Anliegen aufzunehmen und bei der Bundesnetzagentur vorzutragen.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Osendorfer See

Herr Bönisch erinnerte an seine Anfrage vor einigen Monaten zum Osendorfer See. Damals wurde darauf hingewiesen, dass zum Schadensfall des Straßendamms noch eine Auswertung vorgenommen werden muss. **Herr Bönisch** fragte nach den Rechercheergebnissen im Hinblick auf den nicht wieder geschlossenen Straßendamm.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass die Antwort der Verwaltung dazu schon verteilt wurde. Da sie bei Herrn Bönisch nicht vorliege, werde ihm diese noch einmal zugesandt.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zur papierlosen Ratsarbeit

Bezugnehmend auf die Informationsvorlage und den Änderungsvorschlägen zur papierlosen Ratsarbeit fragte **Herr Bönisch** an, wie konkret die Stadtverwaltung vorhabe, mit der Vorbereitung zur papierlosen Ratsarbeit fortzufahren.

Ebenso wolle er wissen, ob die Vorlage dem neuen Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werde, da eine konkrete technische Umsetzung noch nicht beschlossen wurde.

Herr Bürgermeister Geier merkte dazu an, dass die Beschlusslage schon drei Jahre zurück liege. Mit dem Beginn der neuen Wahlperiode des Stadtrates sehe die Verwaltung den richtigen Zeitpunkt zur Umsetzung des Beschlusses.

Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur papierlosen Ratsarbeit

Auch **Herr Wolter** machte darauf aufmerksam, dass seiner Meinung nach das Thema der papierlosen Ratsarbeit noch nicht abschließend diskutiert wurde.

Es habe Hinweise und Verabredungen in den Arbeitsgruppen gegeben, welche jetzt keine Beachtung fanden. Dabei bezog er sich darauf, dass die sachkundigen Einwohner nicht beteiligt sind und Einsparungen definiert worden, welche die gesamte Kostenpalette der Papierarbeit in den Ausschüssen und Fraktionen darstellt, inklusive den Zusendungen an die sachkundigen Einwohner. Er bat um eine detailliertere Darstellung im Finanzausschuss.

Herr Paulsen, Grundsatzreferent Büro des Oberbürgermeisters, teilte mit, dass ein Grundsatzbeschluss des Stadtrates zur Einführung der papierlosen Ratsarbeit vorliege. Aus diesem Grund habe man sich im letzten Jahr mit den Fraktionen zusammengesetzt, um sich darüber zu verständigen, wie der Beschluss kostengünstig umgesetzt werden könne.

Mit der Informationsvorlage habe die Verwaltung noch einmal dargestellt, wie der Beschluss umgesetzt werden soll. Nach wie vor sei die Verwaltung auch an Hinweisen zu dieser Thematik interessiert.

Aus Sicht der Verwaltung stehe einer Umsetzung des Beschlusses nichts mehr im Weg und es wird angestrebt, ab der nächsten Wahlperiode in die papierlose Ratsarbeit zu starten.

Herr Wolter bat darum, dass die Verwaltung dafür Sorge tragen müsse, zu erfragen, weshalb die von seiner Fraktion gegebenen Hinweise nicht aufgenommen worden sind. Seiner Meinung nach müsse über die Vorlage noch diskutiert werden, da auch nicht geklärt sei, wie der nächste Stadtrat damit umgehen werde.

Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu personalrechtlichen Maßnahmen

Zum Thema personalwirtschaftliche Modelle führte **Herr Wolter** aus, dass aufgrund der vom Landesverwaltungsamt übertragenen Aufgaben an die Stadtverwaltung hinsichtlich des Beschlusses des Stadtrates zur Durchführung von personalwirtschaftlichen Maßnahmen, dieser korrigiert werden muss.

Weiter wies er darauf hin, dass noch nicht abschließend gemeinsam mit den Stadträten über diese Thematik gesprochen wurde. Ebenso könne er nicht verstehen, warum die Mitarbeiter vor vollendete Tatsachen gestellt und ihnen im Intranet mitgeteilt werde, dass die beantragten Modelle der Arbeitszeitverkürzung bis auf weiteres nicht ausgeführt werden können.

Nach Kenntnis des Schreibens vom Landesverwaltungsamt teile er auch nicht die Auffassung der Verwaltung, dass die Arbeitszeitmodelle nicht umsetzbar wären.

In diesem Zusammenhang fragte Herr Wolter an, wann sich die Verwaltung gemeinsam mit den Stadträten mit den Aufträgen des Landesverwaltungsamtes beschäftigen und es eine Vorlage zur Änderung der personalwirtschaftlichen Maßnahmen geben wird. Desweiteren müsse eine Diskussion zu Auswirkungen auf den Haushalt 2014 und folgend geführt werden, wenn die Maßnahmen nicht umgesetzt werden können.

Herr Bürgermeister Geier informierte darüber, dass es zur zeitlichen Abfolge die Vereinbarung gäbe, vorab im Personalausschuss und danach im Stadtrat darüber zu diskutieren.

Zum gleichen Thema führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass man sich zum Termin des nächsten Personalausschusses verständigt habe und dieser von Herrn Bürgermeister Geier vorbereitet werde.

In Bezug auf die Information im Intranet führte er aus, dass Herr Bürgermeister Geier den Mitarbeitern der Stadtverwaltung mitgeteilt habe, dass unter den momentanen Gegebenheiten die angebotenen Teilzeitvarianten nicht möglich sind.

Anfrage Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Finanzierung der Wasserspiele

In Bezug auf die Finanzierung der Wasserspiele fragte **Frau Krausbeck** an, ob für diese Mittelverwendung nicht der Stadtrat zuständig gewesen wäre.

Sie begründete dies damit, dass der Stadtrat in den Haushaltsberatungen die Mittel für den Betrieb der Wasserspiele anders verwandt und für Spielflächen eingesetzt habe. Wenn jetzt 95.000 Euro für den Betrieb der Brunnen ausgegeben werden sollen, hätte der Stadtrat seine Entscheidung wieder aufheben müssen.

Herr Bürgermeister Geier informierte darüber, dass es zu den Wasserspielen eine Korrektur im Rahmen der Haushaltsdiskussion gab. Bei verschiedenen Umschichtungen blieb eine Position von 45.000 Euro übrig. Dann gab es einen Antrag auf überplanmäßige Ausgabe aus dem Baudezernat mit dem Antrag, Gelder in Höhe von 50.000 Euro in diese Position umzuschichten. Diesem Antrag ist gemäß der Verwaltungszuständigkeit gefolgt worden.

45.000 Euro Ansatz plus 50.000 Euro aus der überplanmäßigen und in sich gedeckten Umschichtung ergeben die 95.000 Euro.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Beschlussfassung Eisenbahnbrücke Merseburger Straße

Bezogen auf die Entscheidung zur Brücke über die Merseburger Straße fragte **Herr Wehrich** bei der Verwaltung an, wie mit dem heute gefassten Beschluss umgegangen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass sich die Verwaltung zu diesem Thema beraten werde. Er wies darauf hin, dass der Oberbürgermeister zwei Wochen Zeit habe, sich dazu zu äußern.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Errichtung eines Parkhaus im Paulusviertel

Bezugnehmend auf die Antwort von Herrn Beigeordneten Neumann auf die Anfrage von Herrn Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum GWZ und der Errichtung eines Parkhauses sowie der erfolgten Antwort von Herrn Beigeordneten Neumann darauf, fragte **Herr Wehrich** an, ob es Überlegungen bzw. Planungen gäbe, wie damit umgegangen werde, wenn die Mitarbeiter des GWZ und die Studierenden dort parken wollen und keine Parkflächen vorhanden sind.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, erklärte, dass die Universität einen Investor für das Parkhaus sucht und man noch keinen Anlass habe, davon auszugehen, dass kein Investor gefunden werde.

Zur Frage der Parkplätze für Mitarbeiter und Studenten wies er darauf hin, dass die Stadt ÖPNV ausgelegt sei und es von der Universität mit der HAVAG inzwischen ein Angebot diesbezüglich gäbe.

Abschließend machte **Herr Beigeordneter Neumann** noch deutlich, dass es sich um ein Bauvorhaben des Landes handelt.

Herr Wehrich erklärte sich mit der Antwort von Herrn Beigeordneten Neumann nicht einverstanden. Seiner Meinung nach werde dieses Thema auch zum Problem der Stadt und die Verwaltung müsse mit dieser Situation umgehen und sich darauf einstellen.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Star Park

Herr Wehrich merkte an, dass es eine Meldung zum Verkauf von 12,5 Hektar Fläche des Star Park gab. Er fragte nach näheren Informationen zum Unternehmen, welches diese Fläche gekauft habe und wann mit der Realisierung der Investition zu rechnen ist.

Von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde die Nachreichung einer schriftlichen Information zugesagt.

Anfrage Herr Sieber, fraktionslos, zur Filiale Saalesparkasse in Heide-Nord

Herr Sieber merkte an, dass seine Fragen zu diesem Thema schon von Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, angesprochen worden sind.

Er machte darauf aufmerksam, dass sich mit der Zusammenlegung der Sparkassenfilialen auch für die Einwohner von Dörlau keine Verbesserungen ergeben würden.

Ebenso stelle es ein echtes Problem dar, dass die Fußgängerzone in Heide-Nord einen Ankermieter verloren habe, was von der Stadtverwaltung nicht so einfach akzeptiert werden dürfe.

Anfrage Herr Sieber, fraktionslos, zur papierlosen Ratsarbeit

In Bezug auf die Bildschirmgröße der geplanten iPads für die Stadträte äußerte sich **Herr Sieber** dahingehend, dass es seiner Meinung nach nicht möglich wäre, damit zum Beispiel Lagepläne oder Karten im Planungsausschuss richtig zu lesen und mit diesen zu arbeiten.

Er wies darauf hin, dass eine Lösung mit größeren Bildschirmen gefunden werden müsse.

Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, zum Anmeldeschluss bei Schulen

Herr Lange fragte an, ob alle Schüler bzw. Eltern der Schüler darüber informiert sind, auf welche Schulen die Schüler im nächsten Schuljahr gehen werden, besonders mit Blick auf die Gymnasien und Gesamtschulen.

Dazu antwortete **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, dass gestern von den Schulen bzw. dem Landesverwaltungsamt noch nicht alle Unterlagen vorgelegen hätten. Er werde aber veranlassen, die fertige Auflistung im Bildungsausschuss zu verteilen bzw. dem Protokoll anzuhängen.

Anfrage Herr Misch, CDU-Fraktion, zur Finanzierung der Wasserspiele

Anknüpfend an die Fragestellung von Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu den Wasserspielen berichtete **Herr Misch**, dass im Haushaltsplanentwurf bei den Brunnen eine Summe von 100.000 Euro eingestellt war. Auf Grund eines Antrages gab es im Finanzausschuss und auch im Stadtrat die politische Entscheidung, nur das für die technische Unterhaltung der Brunnen unbedingt notwendige Geld bereitzustellen.

Seiner Auffassung nach bedürfe es wieder einer politischen Entscheidung, wenn jetzt Geld zur Verfügung stehe, welches für die Brunnen ausgegeben werden soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, dass Herr Bürgermeister Geier schon ausführlich dazu geantwortet habe und die Summe in der Verantwortung des Oberbürgermeisters liege.

Eine schriftliche Information zum Sachverhalt werde durch die Verwaltung nachgereicht.

zu 12 Anregungen

zu 12.1 Anregung der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2014/12713

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

**zu 13.1 Antrag auf Akteneinsicht der SPD-Stadtratsfraktion in Unterlagen zu
Einstellungen**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass die SPD-Fraktion einen Antrag auf Akteneinsicht in die Unterlagen zu Einstellungen im Büro der Oberbürgermeisterin im Jahr 2008 gestellt hat.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die 54. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin